



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht September 2016



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

1. September 2016

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2),
allegra47 – Fotolia.com (S. 7), Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum
Darmstadt (S. 8), storm – Fotolia.com (S. 9), uinmine – Fotolia.com
(S. 10), Freepik (S. 13), Prasit Rodphan – Shutterstock (S. 16),
Rawpixel Ltd – iStock (S. 18), cornfield – Shutterstock (S. 22),
Vinko93 – Shutterstock (S. 23), Jürgen Fälchle – Fotolia.com
(S. 25), gagarych – Fotolia.com (S. 29)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage	14
Mit gebündelter Kraft auf in neue Märkte	16
Einbindung aufstrebender Exportnationen in internationale Regeln zur Exportfinanzierung	22
Für ein umfassendes, integriertes Konzept der Regionalpolitik ab 2020	25
II. Wirtschaftliche Lage	31
Internationale Wirtschaftsentwicklung	32
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	34
III. Übersichten und Grafiken	45
1. Gesamtwirtschaft	46
2. Produzierendes Gewerbe	54
3. Privater Konsum	62
4. Außenwirtschaft	64
5. Arbeitsmarkt	66
6. Preise	68
7. Monetäre Entwicklung	72
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	74
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	76

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Der Umbau unserer Energieversorgung geht mit großen Schritten voran. Erneuerbare Energien liefern mittlerweile 33 Prozent unseres Stroms. Im Jahr 2025 werden es 45 Prozent sein. Damit der Ausbau kräftig, planvoll und gleichzeitig kosteneffizient weitergeht, haben wir in diesem Sommer das Erneuerbare-Energien-Gesetz grundlegend erneuert. Im gleichen Zuge haben wir den Strommarkt fit für das Zeitalter der erneuerbaren Energien gemacht. Und wir haben den gesetzlichen Rahmen für die Digitalisierung der Energiewende gesetzt.

Doch all das allein reicht nicht, um die Energiewende zum Erfolg zu führen. Denn es ist nicht nur wichtig, wie wir Energie *produzieren*. Mindestens genauso wichtig ist, wie viel Energie wir *verbrauchen*. Daher müssen wir neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien die zweite Säule der Energiewende ebenso entschlossen stärken: die Energieeffizienz.

Nur wenn wir in Zukunft noch effizienter mit Energie umgehen, können wir unser Ziel erreichen, bis 2020 40 Prozent weniger Treibhausgase als im Jahr 1990 auszustößen. Gleichzeitig lohnt sich Energieeffizienz für den Geldbeutel: Bürgerinnen und Bürger sparen bares Geld, indem sie auf effiziente Haushaltsgeräte umsteigen, Stromfresser ausschalten oder in energetische Sanierung von Wohngebäuden investieren. Und auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist Energieeffizienz entscheidend. Denn Unternehmen, die weniger Energie verbrauchen und weniger Emissionen ausstoßen, verschaffen sich wichtige Kostenvorteile im internationalen Wettbewerb.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der Bundesregierung, den Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zum Jahr 2008 zu senken. Auf diesem Weg konnten wir schon viel erreichen. Mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bereits im Dezember 2014 ein umfangreiches Arbeitsprogramm vorgelegt und mittlerweile alle wesentlichen Maßnahmen umgesetzt. Privaten Haushalten, Unternehmen und Kommunen stehen heute Beratungs- und Förderangebote für alle wichtigen Bereiche zur Verfügung, um Energie noch effizienter zu nutzen. Insgesamt stehen hierfür bis 2020 17 Milliarden Euro bereit.

Ein Beispiel ist das neue Programm zur Förderung der Heizungsoptimierung. In vielen deutschen Heizungskellern sind veraltete Heizungs- und Warmwasserpumpen im Einsatz, die unnötig viel Energie verbrauchen. Ein Artikel in dieser Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ zeigt, wie Hauseigentümer, Unternehmen und Kommunen seit dem 1. August dabei unterstützt werden, alte Anlagen auszutauschen und das Heizungssystem zu optimieren. Das schafft häufig Stromeinsparungen von 70 bis 80 Prozent.

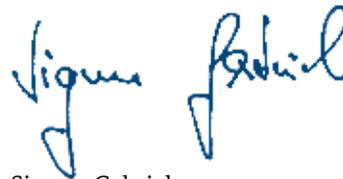
Neben der finanziellen Förderung geht es aber auch darum, einen Bewusstseinswandel anzustoßen und die Menschen zu motivieren, sich mit dem Thema und seinen Möglichkeiten auseinanderzusetzen. Deshalb haben wir die breit angelegte Informationsoffensive „Deutschland macht's effizient“ gestartet. Herzstück der Kampagne ist die Website www.machts-effizient.de. Eine wichtige Kernaussage: Kluge Maßnahmen für mehr Energieeffizienz haben nichts mit Verzicht zu tun. Sondern sie schaffen Mehrwert – für mehr Komfort, für die Haushaltskasse und schließlich für den Klimaschutz.

Doch auch über die bisherigen Maßnahmen hinaus werden wir das Tempo steigern müssen, um die langfristigen Einsparziele zu erreichen. Welche weiteren Maßnahmen in Zukunft notwendig sein werden, steht im Zentrum der öffentlichen Konsultation zum „Grünbuch Energieeffizienz“, die das BMWi am 12. August 2016 begonnen hat. Ich lade Sie herzlich dazu ein, sich in die bereits intensiv laufende Diskussion einzubringen. Auf der Website www.gruenbuch-energieeffizienz.de erhalten Sie alle weiteren Informationen und können Stellung beziehen.

Neben dem Förderprogramm zur Heizungsoptimierung finden Sie in dieser Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ unter anderem Beiträge zur Bündelung der Exportinitiativen des BMWi unter der Dachmarke „Mittelstand Global“, zu aktuellen Vorschlägen für die Förderung strukturschwacher Regionen in Deutschland ab 2020 sowie zu weiteren aktuellen wirtschaftspolitischen Themen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Ihr



Sigmär Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Energiewende im Heizungskeller wird weiter vorangebracht – Neues Förderprogramm zur Heizungsoptimierung gestartet



Am 1. August 2016 ist ein neues Programm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zur Förderung der Heizungsoptimierung gestartet. Das Programm setzt neue Impulse für Investitionen in Energieeffizienz und soll die Energiewende großflächig in die Heizungskeller bringen. Bürger, Unternehmen und Kommunen werden bis 2020 mit insgesamt rund 1,9 Milliarden Euro dabei unterstützt, alte Heizungs- und Warmwasserpumpen auszutauschen und den Betrieb der Heizungsanlagen zu optimieren.

Zum Hintergrund: Der Gebäudebereich spielt bei der Umsetzung der Energiewende eine entscheidende Rolle. Rund 35 Prozent des Endenergieverbrauchs in Deutschland und etwa ein Drittel der Treibhausgasemissionen fallen hier an. Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der Bundesregierung, dass der Gebäudebestand in Deutschland bis zum Jahr 2050 nahezu klimaneutral ist. Damit das gelingt, muss die Energieeffizienz hier weiter deutlich verbessert werden.

Mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) und der Energieeffizienzstrategie Gebäude (ESG) hat die Bundesregierung in den letzten Jahren auch im Gebäude-

bereich eine Reihe zusätzlicher Sofortmaßnahmen und weiterführender Arbeitsprozesse zur Energieeffizienzsteigerung angestoßen. Zusätzlich sollen nach einem Beschluss des Koalitionsausschusses vom 1. Juli 2015 mit einem neuen Maßnahmenpaket zur Energieeinsparung weitere Investitionen in die effiziente Nutzung von Energie angereizt und als Beitrag zum Klimaschutzziel 2020 umgesetzt werden.

Durch den Start des neuen Programms des BMWi zur Förderung der Heizungsoptimierung folgt jetzt ein weiterer Schritt zur Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich.

Weitere Potenziale im Gebäudebereich sollen genutzt werden

Insbesondere bei der Wärmeversorgung von Gebäuden existieren nach wie vor große Potenziale für mehr Energieeffizienz. So ist ein Großteil der Heizungs- und Warmwasserpumpen ineffizient und entspricht nicht dem heutigen Stand der Technik. Die Potenziale für Energieeinsparungen sind enorm, da diese Pumpen einen hohen Stromverbrauch in Wohngebäuden und auch in Nichtwohngebäuden verur-

sachen. Durch den Einbau von modernen, hocheffizienten Pumpen können ohne großen baulichen Aufwand Stromersparungen von 70 bis 80 Prozent erreicht werden.

Auch durch die Optimierung des Betriebs der Heizungsanlage kann zusätzlich Energie eingespart werden. So empfiehlt es sich häufig, einen so genannten hydraulischen Abgleich durchzuführen, durch den die Wärmeverteilung im Gebäude optimiert wird. Zudem bieten sich oft weitere vergleichsweise kostengünstige Maßnahmen zur Systemoptimierung an – wie etwa der Tausch der Thermostatventile. Eine Kombination von Pumpentausch und Heizungsoptimierung ist dabei häufig sinnvoll und kann in einem Zug durchgeführt werden.

Kasten 1: Was wird gefördert?

1. Austausch alter Heizungs- und Trinkwasserzirkulationspumpen durch hocheffiziente Pumpen in Gebäuden.
2. Heizungsoptimierung durch hydraulischen Abgleich sowie zusätzliche niedriginvestive Maßnahmen, wie z. B. den Tausch von Thermostatventilen.

Beide Maßnahmen können auch kombiniert werden.

Die Förderung erfolgt als Zuschuss. Gefördert werden jeweils 30 Prozent der förderfähigen Maßnahmenkosten (Nettoinvestitionskosten).

Zusätzliche Impulse für Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen

Durch die zusätzlichen Impulse für Investitionen in Energieeffizienz soll die Energiewende großflächig in die Heizungskeller gebracht werden: Bis zum Jahr 2020 sollen jährlich der Austausch von bis zu zwei Millionen Pumpen und die Optimierung des Betriebs von 200.000 Heizungsanlagen gefördert werden. So sollen Emissionen in Höhe von bis zu 1,8 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr 2020 vermieden werden. Daneben soll das Förderprogramm dazu beitragen, neue und hocheffiziente Produkte wie die Pumpen noch stärker in den Markt zu bringen. Für das Programm sind bis 2020 insgesamt rund 1,9 Mrd. Euro Fördermittel vorgesehen.

„Deutschland macht's effizient“

Aufgrund seiner Breitenwirkung soll das Programm zugleich auch Hausbesitzer für die Vorteile von Effizienzmaßnahmen sensibilisieren und auf die weiteren Beratungs- und Förderangebote in diesem Bereich aufmerksam machen. Daher ist das Programm eng in die im Mai gestartete Kommunikations- und Aktivierungskampagne „Deutschland macht's effizient“ des BMWi eingebunden.

Kasten 2: Wer kann das Programm nutzen?

Anträge stellen können folgende Eigentümer von Heizungsanlagen:

Privatpersonen, Unternehmen, freiberuflich Tätige, Kommunen, kommunale Gebietskörperschaften und kommunale Zweckverbände sowie sonstige juristische Personen des Privatrechts (insbesondere Vereine, Stiftungen, gemeinnützige Organisationen oder Genossenschaften).

Eine Antragstellung durch bevollmächtigte Dritte, etwa den Hausverwalter (z. B. bei Wohneigentümergeinschaften), ist grundsätzlich möglich.

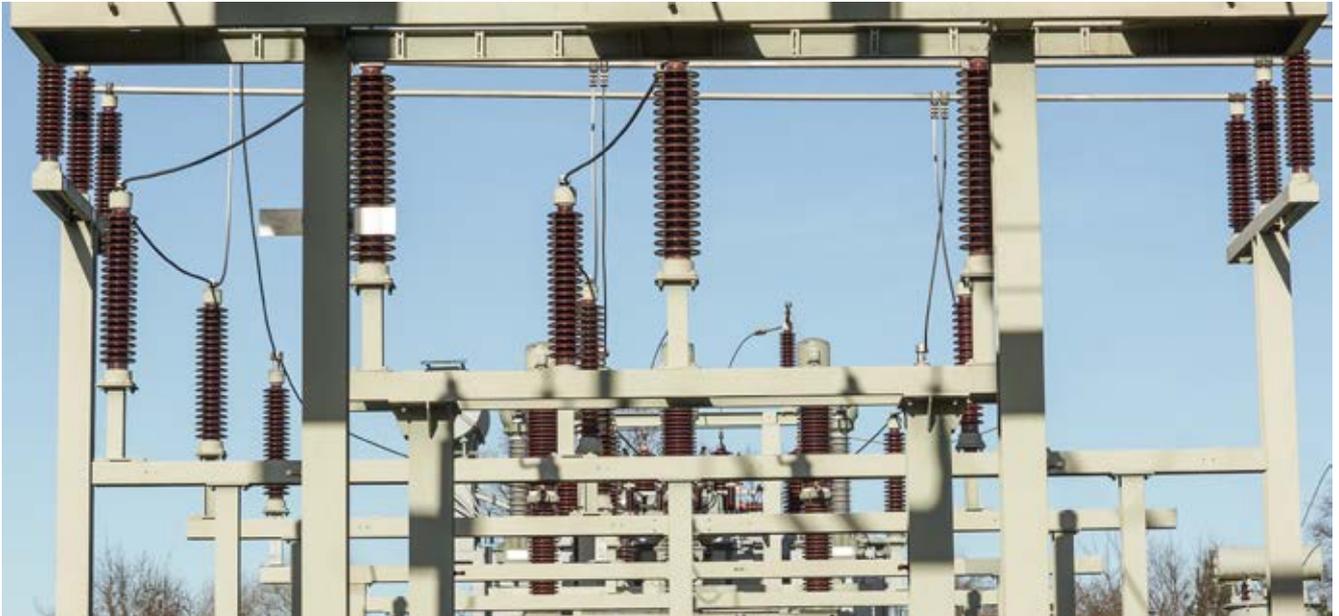
Auch Mieter können von einem hydraulischen Abgleich und einer neuen Pumpe profitieren, da die Energie- und die umlegbaren Stromkosten in der Betriebskostenabrechnung sinken.

Das Förderprogramm zur Heizungsoptimierung wird durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) verwaltet. Die Registrierung zur Förderung kann direkt beim BAFA vorgenommen werden.

Weitere Informationen zum Programm und den Förderkonditionen sind erhältlich unter www.machts-effizient.de/heizungsoptimierung oder beim BAFA unter www.bafa.de sowie über die Hotline des BAFA unter der Telefonnummer 06196 / 908 1001.

Kontakt: Johannes Thomas
Referat: Energiepolitische Grundsatzfragen im Gebäudesektor

Moderner Regulierungsrahmen für Verteilernetze: Neue Anreizregulierungsverordnung beschlossen



Mit der Energiewende kommen neue Aufgaben auf die Verteilernetze zu: Die Netze vor Ort müssen den Strom nicht nur „verteilen“, sie übernehmen auch den Netzanschluss der zahlreichen Erneuerbare-Energien-Anlagen. Damit müssen sie Strom in beide Richtungen transportieren – und gleichzeitig die schwankende Stromeinspeisung der erneuerbaren Energien und den Stromverbrauch der Unternehmen und Haushalte ausbalancieren. Damit die Verteilernetze diese Aufgaben auch in Zukunft erfolgreich bewältigen können, müssen die Verteilernetzbetreiber in Deutschland rechtzeitig in den Ausbau und die Modernisierung der Netze investieren. Gleichzeitig sollen die Kosten für die Energieverbraucher möglichst gering gehalten werden.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundeskabinett am 3. August 2016 die neue Anreizregulierungsverordnung beschlossen. Damit tritt voraussichtlich noch in diesem Sommer ein investitionsfreundlicher Regulierungsrahmen für die Verteilernetze in Kraft, der wirksame Effizienzreize umfasst und für mehr Transparenz sorgt. Die Verordnung bildet die Grundlage dafür, dass die Energiewende in den Verteilernetzen zügig und kosteneffizient vorangeht und die deutschen Verteilernetze auch weiterhin zu den sichersten weltweit zählen werden. Der Bundesrat hatte zuvor am 8. Juli 2016 verschiedene Maßgaben zur Verordnung beschlossen, die die Bundesregierung mit dem Kabinettsbeschluss angenommen hat.

Mit der Novellierung der Anreizregulierungsverordnung verbessert die Bundesregierung den Investitionsrahmen für Verteilernetzbetreiber grundlegend: Anstelle pauschaler Budgets werden die Kosten der Investitionen in die Verteilernetze ohne Zeitverzug und vollständig anerkannt. Die Verteilernetzbetreiber können diese Kapitalkosten damit künftig umgehend bei den Netzkosten berücksichtigen und über die Netzentgelte refinanzieren. Auf der anderen Seite kommen Entlastungen bei den Kapitalkosten in Zukunft schneller den Energieverbrauchern zugute.

Der bewährte Effizienzvergleich zwischen den Verteilernetzbetreibern wird gestärkt, indem die Bundesnetzagentur zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten erhält. Besonders effiziente Netzbetreiber werden mit einem finanziellen Bonus belohnt. Das fördert den Einsatz effizienter und innovativer Lösungen und hilft, die Netzentgelte für Verbraucher zu begrenzen.

Verfahrensvereinfachungen und Transparenzvorgaben helfen dabei, Informationsdefizite abzubauen, und erhöhen schließlich die Nachvollziehbarkeit der komplexen Prozesse der Netzregulierung für Verbraucher und Investoren.

Kontakt: Agnetha Mey
Referat: Netzregulierung

„Weiterbildung 4.0 – Lernen im Umfeld von Digitalisierung und Industrie 4.0“: 1. Regionalkonferenz im Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Darmstadt



Digitale Transformation erfordert neues Lernen

Die steigende Nachfrage nach Produkten mit besonderen Eigenschaften und maßgeschneidertem Design in kleinsten Stückzahlen erfordert eine durchgehende Digitalisierung der Herstellungs- und Wertschöpfungsprozesse. Gefragt sind neue, interaktive Geschäftsmodelle, die die unterschiedlichen Zulieferer und Hersteller mit ihren hocharbeitsteiligen Fertigkeiten in Kooperationsnetzwerke einbinden.

Die digitale Transformation stellt für die deutsche Wirtschaft und insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen eine große Herausforderung dar. Um die Potenziale der Digitalisierung ausschöpfen zu können, benötigen Unternehmen entsprechend qualifizierte Fachkräfte. Mitarbeiter müssen künftig sowohl das für eine digitalisierte Arbeitswelt erforderliche technische Know-how als auch ein ganzheitliches Verständnis der sie umgebenden Prozessketten haben. Die Personalentwicklung und die innerbetriebliche Weiterbildung wandeln sich zum Schlüsselement für den Transformationsprozess und müssen unter „digitalem“ Vorzeichen als stetige außer- und innerbetriebliche Lernprozesse neu organisiert werden.

Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren unterstützen die digitale Transformation

Um mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe bei der digitalen Transformation zu unterstützen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bun-

desweit so genannte Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren eingerichtet. Aufgabe der Kompetenzzentren ist es, aktuelles, praxisrelevantes Wissen zur Digitalisierung, Anwendung von Industrie 4.0 und Vernetzung betrieblicher Prozesse zusammenzuführen und weiterzuentwickeln. Die Kompetenzzentren tragen dieses Wissen in den Mittelstand, informieren, qualifizieren und sensibilisieren für die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung. Um die Unternehmen in ihren Regionen über neue Informationsangebote zu unterrichten, führen sie unter anderem zwei bis drei Mal jährlich zu unterschiedlichen Themen so genannte Regionalkonferenzen durch.

1. Regionalkonferenz im Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum Darmstadt zur Weiterbildung 4.0

Am 28. Juli 2016 fand im Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Darmstadt die 1. Regionalkonferenz zum Thema „Weiterbildung im Umfeld von Digitalisierung und Industrie 4.0“ statt. In ihrer Eröffnungsrede betonte die Parlamentarische Staatssekretärin, Brigitte Zypries, dass sich nicht nur die Arbeitsprozesse der Industrie, sondern die digitale Bildung und Weiterbildung insgesamt verändern. Dazu sind die Digitale Agenda der Bundesregierung und der diesjährige IT-Gipfel wichtige Orientierungshilfen.

Die Veranstaltung und besonders auch die Führung in der Lernfabrik CiP (Center für industrielle Produktivität) stieß bei den rund 140 Teilnehmern auf große Resonanz. In der Lernfabrik werden im Rahmen des Projektvorhabens „Effi-

ziente Fabrik“ Beispiele für schlanke und stabile Wertströme dargestellt. Sowohl Studierende als auch Mitarbeiter aus der Industrie werden in den Denkweisen und Methoden der hocheffizienten Produktion geschult. Durch die Weiterbildung sollen sie in die Lage versetzt werden, ihre Kompetenzen aktiv zu erweitern und ihr eigenes Handeln in digitalisierten Umgebungen eigenständig zu verbessern.

Die Angebote der Lernfabrik CiP richten sich im Rahmen des Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrums Darmstadt insbesondere an Mitarbeiter aus mittelständischen Unternehmen, da gerade bei diesen Unternehmen zunehmend Fachkräfte fehlen, die im Umgang mit betrieblicher IT vertraut sind und den künftigen Produktionsstrukturen mit der notwendigen Offenheit begegnen. Die Lernfabrik möchte zum einen dazu beitragen, Kompetenzlücken auf dem Weg in eine digitalisierte und ressourceneffiziente Produktion zu schließen. Zum anderen möchte sie die Teilnehmer durch ein eigens konzipiertes Curriculum befähigen, sich fach-

kundig mit den bestehenden Prozessen auseinanderzusetzen und diese selbst weiterzuentwickeln. Hierdurch sollen Möglichkeiten geschaffen werden, Mitarbeitern größere Freiheitsgrade bei der Gestaltung ihrer Arbeitsumgebung zu eröffnen.

Dank der bisherigen Erfolge könnte sich die Lernfabrik selbst zum Erfolgsmodell entwickeln. Sie könnte als eigenständiges Produkt an interessierte Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft vermarktet werden.

Weiterführende Informationen finden Sie unter:
www.mittelstand-digital.de

Kontakt: Angelika Müller
Referat: Mittelstand-Digital
und Dr. Franz Büllingen, Leiter Begleitforschung
Mittelstand-Digital

Workshop im BMWi zum Thema „Modellierung der langfristigen Wachstumsperspektiven in Deutschland“



Am 23. Mai 2016 fand im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein Workshop zum Thema „Modellierung der langfristigen Wachstumsperspektiven in Deutschland“ statt. Die Teilnehmer aus internationalen Organisationen, Wissenschaft und den Ministerien diskutierten über die Möglichkeiten, Zukunftsszenarien zu modellieren. Der Workshop wurde vom Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW) für das Bundesministerium organisiert.

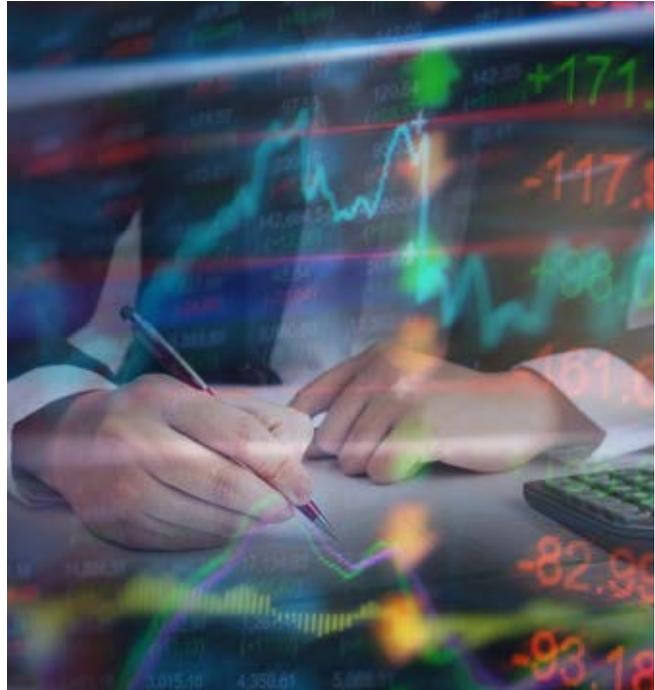
Ziel des Workshops war es, die methodischen Grundlagen für eine anwendungsorientierte Modellierung langfristiger gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzungen zu diskutieren. Bei langfristigen Vorausschätzungen geht es um Zeiträume von zehn, 30 oder sogar 50 Jahren. Warum ist es sinnvoll, so weit in die Zukunft zu blicken? Die Analyse langfristiger Entwicklungen kann zum Beispiel dabei helfen, frühestmöglich Planungs- und Handlungserfordernisse für die

Politik aufzuzeigen. In Form von Szenarien, Projektionen und Vorhersagen kann der Blick in die Zukunft so dazu beitragen, die politische Diskussion auf eine fundierte Grundlage zu stellen. Informationen über mögliche langfristige Entwicklungen zu erhalten, ist daher von erheblichem gesellschaftspolitischen Interesse.

Einige Beispiele: Makroökonomische Langfristprojektionen sind Grundlage für die Tragfähigkeitsberichte des Bundesministeriums der Finanzen, die Versorgungs- und Demografieberichte des Bundesministeriums des Innern sowie die Rentenversicherungsberichte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Im ersten Vortrag des Workshops stellte Stefan Kooths vom IfW Kiel die Arbeitsproduktivität (Pro-Kopf-Produktion) ins Zentrum seiner Analyse und Prognose des Wirtschaftswachstums. In vielen Ländern würde sich die Arbeitsproduktivität schwach entwickeln. Während sich Deutschland und die Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer Arbeitsproduktivität früher noch angeglichen hätten, könne seit dem Jahr 1970 keine Konvergenz mehr beobachtet werden. Würde man die Pro-Kopf-Produktion beider Länder in einen zeitlichen Vergleich setzen, wären die Vereinigten Staaten Deutschland zwölf bis 16 Jahre voraus. Allerdings muss auch die unterschiedliche durchschnittliche Arbeitszeit je Beschäftigten in beiden Ländern beachtet werden. Stellt man auf die Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde ab, betrage der Vorsprung der USA nur noch zwei bis drei Jahre. Zum Abschluss unterstrich Stefan Kooths, dass für die Modellierung von langfristigem Wachstum neben technologischem Fortschritt, quantitativem Arbeitseinsatz und Kapital explizit auch das Humankapital, das heißt, das Ausbildungs- bzw. Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, als Erklärungsfaktor berücksichtigt werden sollte.

Werner Röger von der EU-Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen stellte die Methoden der Europäischen Kommission zur Vorhersage langfristiger makroökonomischer Entwicklungen vor. Auf Basis des Produktionsfunktionsansatzes zur Modellierung und Prognose des Wachstums in Deutschland lassen sich drei Perioden zwischen 1981 und 2060 unterscheiden: Zwischen 1981 und 2007 war das Wachstum charakterisiert durch einen starken Anstieg der Produktivität bei gleichzeitig sich abschwächendem technologischen Fortschritt. Ein Grund für die schwache Entwicklung des technologischen Fortschritts in Deutschland ist aus Sicht von Werner Röger, dass die technologische Konvergenz mit den Vereinigten Staaten weitgehend abgeschlossen sei. Als mögliche Quellen für eine Beschleunigung



des technischen Fortschritts nannte er zum Beispiel Aufwendungen in Forschung und Entwicklung und künstliche Intelligenz; er wies aber auch auf Probleme der statistischen Erfassung von technischem Fortschritt hin, insbesondere, wenn er auf Qualitätsverbesserungen fußt. Zwischen 2008 und 2020 leistete und leistet der zunehmende Einsatz des Faktors Arbeit einen positiven Wachstumsbeitrag. Grund dafür ist unter anderem eine höhere Partizipation auf dem Arbeitsmarkt. Zwischen 2021 und 2060 dürfte der Beitrag dieses Faktors aufgrund des Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials (demografischer Wandel) jedoch negativ ausfallen.

Martin Werding von der Universität Bochum präsentierte seine Modellierung langfristiger Wachstumsperspektiven in Deutschland, die er im Rahmen des Forschungsauftrags zum Tragfähigkeitsbericht des Bundesministeriums der Finanzen durchführt. Das vorgestellte Modell prognostiziert bis zum Jahr 2060 einen Anstieg der Arbeitsproduktivität um ca. 1,7 bis 1,8 Prozent und liegt damit etwas über denen des Ageing Report der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2015, der 1,5 Prozent vorhersagt.

Johann Fuchs vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung Nürnberg (IAB) stellte die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingszuwanderung in den Mittelpunkt. Den Projektionen des IAB zufolge wird der Arbeitskräftebedarf bis 2030 leicht sinken. Im mittleren Bildungssegment

(berufliche Lehre) komme es voraussichtlich ab etwa dem Jahr 2020 zu Fachkräfteengpässen in einzelnen Bereichen.

Für Carsten-Patrick Meier von Kiel Economics ist die Kapitalbildung zentral für das Verständnis von Wirtschaftswachstum. In der an seinen Vortrag anschließenden Diskussion wurde eine differenzierte Betrachtung von Kapital angeregt, die zum Beispiel zwischen Wohnbauten, Nichtwohnbauten und Ausrüstungen unterscheidet. Zudem sollte die Bedeutung des Staates als politischer Akteur (zum Beispiel durch Setzung steuerlicher Rahmenbedingungen) für das langfristige Wirtschaftswachstum nicht vernachlässigt werden.

Aus Sicht von Steffen Elstner vom Wissenschaftlichen Stab des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liegt eine Herausforderung bei Mittel- und Langfristprognosen darin, den Trend der fallenden Zuwachsraten des technologischen Fortschritts in Deutschland seit dem Jahr 1970 zu berücksichtigen. Deshalb modelliere er unter anderem die Auswirkungen des demografischen Wandels und des Bildungsniveaus der Bevölkerung auf die Produktivität. Seine Analyse ergab, dass die alternde Erwerbsbevölkerung keinen spürbaren Effekt auf die Zuwachsraten des technologischen Fortschritts in Deutschland hat.

Die offene und anregende Diskussion zeigte, dass es nicht den einen optimalen Ansatz zur Modellierung des langfristigen Wachstums in Deutschland gibt. Vielmehr existieren verschiedene angemessene Ansätze. Der Workshop sollte eine Grundlage dafür bereiten, die Methoden zur Erstellung von Zukunftsszenarien künftig weiterzuentwickeln. Nicht zuletzt war der Workshop auch Teil der Forschungsbemühungen, den langfristigen Rückgang des Produktivitätswachstums zu analysieren und angemessene wirtschaftspolitische Antworten darauf zu entwerfen.

Kontakt: Dr. Thomas Knaus
Referat: Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

September 2016	
06.09.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)
07.09.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)
09./10.09.	Eurogruppe/Informeller ECOFIN
12.09.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
16.09.	Treffen der Staats- und Regierungschefs EU 27 in Bratislava
22./23.09.	Informeller Handelsminister-Rat
29.09.	Wettbewerbsfähigkeitsrat (Industrie)
Ende Sept. 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Oktober 2016	
06.10.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)
07.10.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)
10./11.10.	Eurogruppe/ECOFIN
12.10.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
20./21.10.	Europäischer Rat
Ende Okt. 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
November 2016	
07./08.11.	Eurogruppe/ECOFIN
07.11.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
08.11.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
11.11.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11.11.	Handelsministerrat
16.11.	ECOFIN und Kohäsionsrat
21.11.	vs. Eurogruppe
28.11.	Wettbewerbsfähigkeitsrat/Industrie
Ende Nov. 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html

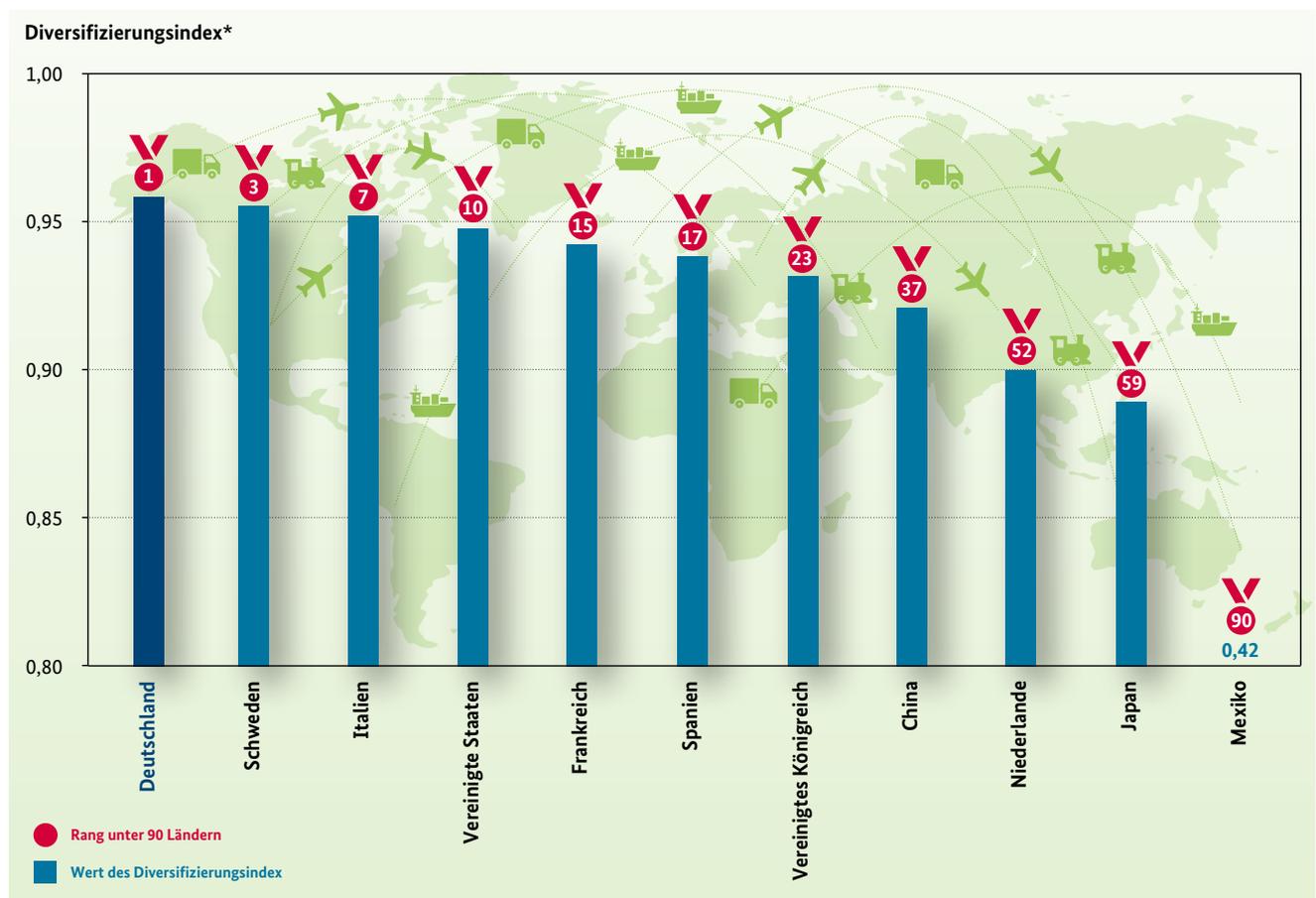


Grafik des Monats

Die Exportstärke Deutschlands ...

... zeigt sich nicht nur im Umfang der Exporte, sondern auch in deren Stabilität. Hierzu trägt unter anderem die hohe regionale Diversifizierung der deutschen Exporte bei. Deutsche Exporteure sind in einer Vielzahl von Ländern aktiv. Die regionale Differenzierung ist vor allem durch die Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Union nochmals gestiegen. Im Jahr 2015 war Deutschland im Vergleich von 90 Ländern das Land mit der höchsten regionalen Diversifizierung der Exporte. Das macht die deutsche Wirtschaft widerstandsfähiger gegenüber negativen Entwicklungen auf einzelnen Zielmärkten.

Regionale Diversifizierung der Exporte in ausgewählten Ländern (2015)



*Basierend auf dem normierten Herfindahl-Index (nur Warenhandel), der ein Konzentrationsmaß darstellt. Den Diversifizierungsindex erhält man durch Subtraktion des Herfindahl-Index von 1.

Quelle: WITS-World Integrated Trade Solutions, Berechnungen des BMWi

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Das Wachstum in Deutschland ist weiterhin robust, die Dynamik der deutschen Wirtschaft hat sich jedoch etwas verlangsamt.
- ▶ Die außenwirtschaftlichen Risiken haben sich erhöht. Dies ist vor allem auf das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich zurückzuführen.
- ▶ Die Industrieproduktion stieg im Juni, entwickelte sich aber im zweiten Quartal insgesamt eher schwach. Die gute Baukonjunktur wird noch durch witterungsbedingte Sondereffekte überlagert.
- ▶ Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter stabil positiv.

Das Wachstum in Deutschland ist weiterhin robust.¹ Zwar hat sich die wirtschaftliche Dynamik im zweiten Vierteljahr etwas verlangsamt, das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich mit +0,4%² aber stärker als erwartet. Nach dem sehr kräftigen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal von 0,7% war mit einer Abschwächung zu rechnen. Vor allem bei der Bauproduktion schlug die verhaltene Frühjahrsbelebung nach dem milden Winter zu Buche. Die Produktion in der Industrie war saisonbereinigt ebenfalls niedriger als im ersten Quartal. Der Beschäftigungsaufschwung blieb aber intakt und erfolgt insbesondere in den expansiven Dienstleistungsbereichen. Auf der Nachfrageseite hat sich der Anstieg der Ausfuhren zwar etwas verlangsamt, führte aber bei schwacher Einfuhrentwicklung zu einem positiven Wachstumsimpuls des Außenhandels insgesamt. Auch die privaten und staatlichen Konsumausgaben nahmen im zweiten Quartal weiter zu. Die Investitionen in Maschinen und Anlagen sowie in Bauten wurden dagegen nach dem deutlichen Zuwachs im ersten Vierteljahr etwas eingeschränkt. Das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft wurde durch das Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich nur wenig eingetrübt. Die Unwägbarkeiten nach dem britischen Votum erhöhen die Unsicherheit in der Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft ist jedoch in einer guten Verfassung und hat es, auch dank der geografischen Diversifizierung der deutschen Ausfuhren, immer wieder geschafft, sich auf neue Situationen einzustellen.

Die Weltwirtschaft entwickelt sich weiterhin wenig dynamisch. In den Vereinigten Staaten fiel das Wachstum im zweiten Quartal deutlich niedriger aus als erwartet. Für den Euroraum wurde in der Schnellschätzung ein moderates Wachstum von 0,3% gemeldet. Für das Vereinigte Königreich wurde ein überraschend kräftiges Wachstum von 0,6% veröffentlicht. Insgesamt haben sich die konjunkturellen Abwärtsrisiken mit dem Brexit-Referendum jedoch erhöht. Zahlreiche Analysten haben daher ihre Wachstumserwartungen für das kommende Jahr für das Vereinigte Königreich, aber auch für die Eurozone zurückgenommen. Für die japanische Wirtschaft zeichnet sich weiter kein nachhaltiger Aufschwung ab. China meldet weiterhin ein hohes, aber sich verlangsames Wachstum. Die Rezession in Brasilien scheint sich allmählich abzuschwächen.

Angesichts des weltwirtschaftlich schwierigen Umfelds hat sich das Wachstum der deutschen Ausfuhren leicht abgeschwächt. Dabei kamen die Zuwächse überwiegend aus den Ländern der Europäischen Union. Die gestiegenen Risiken der Weltwirtschaft deuten in den nächsten Monaten eher auf eine moderate Zunahme der Exporte hin. Die Einfuhren an Waren haben sich zuletzt etwas erholt. Im zweiten Vierteljahr nahmen sie dennoch nominal um 1,3% ab.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich zum Ende des zweiten Quartals etwas belebt. Im Juni wurde 0,8% mehr produziert als im Vormonat. Einem deutlichen Anstieg der Produktion in der Industrie (+1,5%) steht ein Rückgang im Baugewerbe (-0,5%) gegenüber. Produktionszuwächse erreichten die Investitionsgüter- (+3,5%) und die Konsumgüterproduzenten (+1,2%), während es bei den Produzenten von Vorleistungsgütern zu einem leichten Rückgang kam (-0,7%). Die Energieerzeugung wurde zurückgefahren (-2,7%). Im zweiten Vierteljahr ist die Industrieproduktion im Vergleich zum Vorquartal leicht gesunken (-0,7%). Die Auftrags-eingänge in der Industrie entwickeln sich in der Tendenz derzeit eher seitwärts. Angesichts der Entwicklung der Auftrags-eingänge und der Stimmungslage in der Industrie dürfte in den kommenden Monaten eine allenfalls moderate Aufwärtsentwicklung zu erwarten sein. Die Erzeugung im Baugewerbe sank nach einem witterungsbedingt sehr starken ersten Vierteljahr im jüngsten Quartal deutlich (-4,3%). Die gute Auftragssituation im Baugewerbe spricht jedoch für eine Fortsetzung der guten Baukonjunktur.

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. August 2016 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

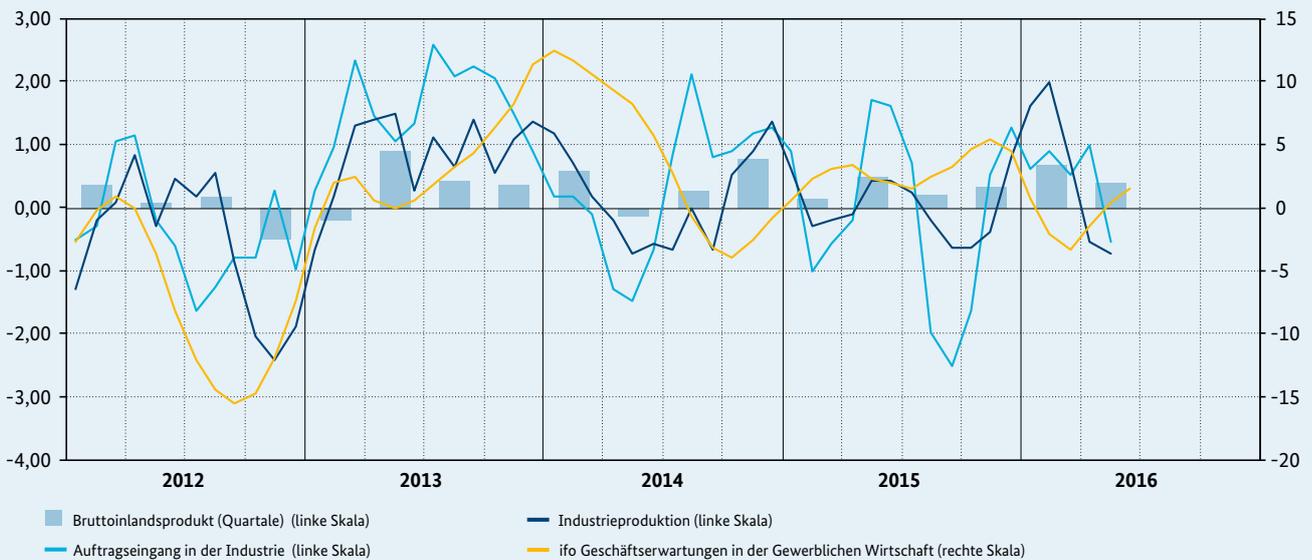
Der private Konsum dürfte im zweiten Quartal weniger stark zugenommen haben als in den Vorperioden. Das Umsatzvolumen im Einzelhandel konnte im zweiten Quartal erstmals seit über einem Jahr nicht gesteigert werden (-0,4%) und stellte sich in der Tendenz zuletzt eher rückläufig dar. Auch der Kfz-Handel konnte seinen lang anhaltenden Aufwärtstrend zuletzt nicht fortsetzen. Im Mai lagen die Umsätze um 1,4% unter dem Wert des Vormonats. Dagegen entwickelte sich die Zahl der privaten Kfz-Neuzulassungen trotz eines Dämpfers im Juli tendenziell positiv. Insgesamt bleibt das Geschäftsklima im Einzelhandel auf hohem Niveau stabil und das Konsumklima unter den Verbrauchern gut.

Der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hält unvermindert an. Die Zahl der Erwerbstätigen

erhöhte sich um 1,2% gegenüber dem Vorjahresmonat und stieg im Juni auf eine neue Rekordmarke von rund 43,7 Mio. Personen. Saisonbereinigt waren 45.000 Personen mehr beschäftigt als im Mai. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im Juli aufgrund der Sommerferien leicht auf 2,66 Mio. Personen gestiegen, saisonbereinigt setzt sich der schrittweise Abbau der Arbeitslosigkeit allerdings fort. Dazu haben auch die ausgeweiteten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beigetragen. Die Unterbeschäftigung steigt saisonbereinigt weiter an, nicht zuletzt aufgrund der hohen Zahl an zugewanderten Flüchtlingen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften befindet sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Die Frühindikatoren senden optimistische Signale für den Arbeitsmarkt und deuten auf eine Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus hin.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Mit gebündelter Kraft auf in neue Märkte

Bündelung der Exportinitiativen und des KMU-Markterschließungsprogramms unter der neuen Dachmarke „Mittelstand Global“

In einer zunehmend vernetzten Weltwirtschaft liegen die Wachstumschancen vor allem im Exportgeschäft. Damit die deutsche mittelständische Wirtschaft diese künftig noch besser nutzen kann, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sein Unterstützungsangebot gebündelt und stärker aufeinander abgestimmt.



Eine steigende Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen wagt den Schritt ins Exportgeschäft, um neue Märkte zu erschließen und zu sichern. Mit gutem Erfolg, wie die Zahlen zeigen: Der Exportumsatz von kleinen und mittleren Unternehmen hat seit 2000 um fast 40 Prozent auf heute über 200 Milliarden Euro zugenommen. Dies entspricht rund 20 Prozent ihres Gesamtumsatzes.

Gute Erfolgchancen haben insbesondere Firmen, die mit Nischenprodukten im Ausland Fuß fassen: 1.300 mittelständische Weltmarktführer („Hidden Champions“), vor allem aus den Bereichen Elektroindustrie, Maschinenbau und Industrieprodukte, gibt es in Deutschland – mehr als in jedem anderen Land.

Das in der Bundesregierung für die Außenwirtschaftsförderung federführende BMWi unterstützt Unternehmen auf vielfältige Weise, damit diese die Herausforderungen des Exportgeschäfts besser bewältigen können. Zum einen durch eine Verbesserung der handelspolitischen Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen im Ausland. Zum anderen durch gut aufeinander abgestimmte Instrumente der

Außenwirtschaftsförderung, die sich unmittelbar an die Unternehmen richten. Dazu zählen die vielfältigen Informationsangebote der Bundesgesellschaft Germany Trade & Invest (GTAI), die Unterstützung durch das Netzwerk der Auslandshandelskammern (AHK), das Auslandsmesseprogramm und finanzielle Garantieinstrumente, wie die Hermes-Bürgschaften. Ein wichtiger Baustein sind aber auch die in den letzten Jahren geschaffenen Exportinitiativen und das KMU-Markterschließungsprogramm, mit denen das BMWi den Weg in neue Märkte mit branchenspezifischen Informationen und Geschäftsreisen begleitet.

Die Exportinitiativen und das KMU-Markterschließungsprogramm waren schon in der Vergangenheit aufeinander bezogen, traten aber unter verschiedenen Marken und teils auch mit unterschiedlichen Teilnahmemodalitäten auf. Um diese Einzelmaßnahmen stärker zu bündeln und einen einheitlichen kommunikativen Auftritt zu schaffen, werden diese künftig unter der gemeinsamen Dachmarke „Mittelstand Global“ zusammengeführt und noch stärker verzahnt. Schon im Namen wird deutlich: Im Fokus steht hier ganz besonders die Unterstützung kleiner und mittlerer Unter-

nehmen (KMU), da deren personelle und materielle Basis für den Eintritt in internationale Märkte oft begrenzt ist. „Mittelstand“ ist zugleich ein auch im englischen Sprachraum bekannter Begriff, der Assoziationen mit starken Familienbetrieben und kreativen Technologieschmieden weckt. „Mittelstand Global“ vereint verschiedene Unterstützungsangebote in zwei Strängen. Der erste Strang beinhaltet das branchenübergreifende KMU-Markterschließungsprogramm, Angebote für die neuen Bundesländer und die Exportinitiativen in den Bereichen Industrie und Gesundheit. Der zweite Strang bündelt die Exportinitiativen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zur Exportinitiative Energie.

Gemeinsames Modulsystem mit Unterstützungsangeboten

Kern von „Mittelstand Global“ ist ein abgestimmtes Modulsystem mit Unterstützungsangeboten, das sich an den einzelnen Phasen der Auslandsmarkterschließung orientiert:

Angefangen bei fundierten Informationen über das Ziel-land bis hin zur Geschäftsanbahnung mit Kunden vor Ort.

Um den Bedürfnissen der exportinteressierten Unternehmen gerecht zu werden, werden die Unterstützungsangebote kontinuierlich weiterentwickelt. Diese sind so konzipiert, dass interessierte Unternehmer das passende Angebot je nach Interesse und Markteintrittsphase frei und unabhängig voneinander wählen können:

1. Eintägige **Informationsveranstaltungen** in Deutschland für die erste Marktorientierung richten sich an exportinteressierte oder auf neue Märkte beziehungsweise neue Marktsegmente zielende KMU.
2. Bei **Markterkundungsreisen** steht die Sondierung von Geschäftsmöglichkeiten in schwierigen oder neuen Märkten beziehungsweise Marktsegmenten im Vordergrund. Lokale und deutsche Experten stellen vor Ort Informationen für den Marktzugang bereit und ermöglichen Kontakte zu lokalen Multiplikatoren, Behörden, öffentlichen Einrichtungen und Geschäftspartnern.

Auf in neue Märkte!

**9000 Seemeilen.
20 Tage.
Ihr Export.**

*Lassen Sie Ihr Know-how die Welt sehen.
Wir helfen Ihnen dabei.*



Egal, ob in Übersee oder Europa – wir unterstützen mittelständische Unternehmen dabei, mit ihren Produkten oder Dienstleistungen neue Märkte zu erschließen. Das Förderangebot unserer Exportinitiativen ist jetzt gebündelt und noch besser auf Ihre Anforderungen zugeschnitten.

Informieren Sie sich auf: www.bmwi.de/mittelstandglobal



3. Die **Leistungspräsentation** ist eine Unternehmerreise mit Symposium, durch die insbesondere die Leistungsfähigkeit deutscher Unternehmen einer bestimmten Branche präsentiert und der Aufbau eines Netzwerkes im Zielland ermöglicht wird.
 4. Die **Geschäfts(anbahnungs)reise** ist eine Unternehmerreise mit dem Ziel der konkreten Anbahnung von Geschäftskontakten in bereits bestehenden Märkten. Schwerpunkt sind konkrete und für jedes Unternehmen individuell organisierte Geschäftstreffen auf Basis von Zielmarktanalysen mit individuellen Informationen zu potenziellen Geschäftspartnern. Zum Auftakt einer Geschäftsreise stellen die teilnehmenden Unternehmen ihre Produkte oder Dienstleistungen im Rahmen einer Präsentationsveranstaltung vor Ort einem interessierten Fachpublikum vor.
 5. Bei **Einkäuferreisen** werden ausländischen Unternehmern, von denen bereits im Vorfeld konkrete Beschaffungsabsichten bekannt sind, in Deutschland deutsche Produkte, Technologie und Dienstleistungen im Rahmen einer drei- bis fünftägigen Reise präsentiert. Inhalt der Reise sind insbesondere eine Präsentationsveranstaltung, in der Firmen und Experten die Leistungsstärke der Branche vorstellen, Firmen- und Referenzobjektbesichtigungen und die Vermittlung individueller Geschäftskontakte.
 6. Im Rahmen von **Informationsreisen** werden ausländischen Multiplikatoren (Verbands- und Behördenvertreter, Wissenschaftler, Presse) Besichtigungen von Referenzobjekten bei deutschen Unternehmen angeboten sowie Informationen über den deutschen Markt, zur jeweiligen Branche und deren Leistungsspektrum vermittelt.
- Hinsichtlich der Teilnahmebedingungen werden die Angebote von „Mittelstand Global“ künftig enger aufeinander abgestimmt. Beispielsweise werden die bislang stark abweichenden Regelungen zu Eigenbeiträgen der Teilnehmer überprüft und so weit wie möglich angeglichen.

Bündelungsstrang KMU-Markterschließungsprogramm, Neue Bundesländer, Industrie und Gesundheit

Das **KMU-Markterschließungsprogramm** hat trotz vergleichsweise kleiner Mittelausstattung (rund vier Millionen Euro jährlich) eine große Breitenwirkung für exportorientierte Unternehmen. Das BMWi fördert damit auf Basis des oben dargestellten Modulsystems Maßnahmen zur Erschließung von Auslandsmärkten in nahezu allen Bereichen des produzierenden Gewerbes und für Dienstleister. Damit können jährlich rund 100 Veranstaltungen und Projekte für etwa 1.200 Unternehmen ermöglicht werden. Gut drei Viertel der Teilnehmer sind KMU, die damit ihre Geschäftschancen deutlich erhöhen. Rund 80 Prozent der Teilnehmer an Projekten zur Geschäftsanbahnung schätzen ihre Exportentwicklung infolge des Projekts als gut bis sehr gut ein. Die gemeldeten Exportzuwächse der teilnehmenden Firmen liegen zwischen 50.000 und vier Millionen Euro.

Gezielt gefördert werden daneben Exportbemühungen von Unternehmen, die in den **neuen Bundesländern** ansässig sind. Dazu führt die GTAI im Auftrag des BMWi jährlich etwa drei Delegationsreisen für KMU aus den neuen Bundesländern auf Basis der oben dargestellten Grundmodelle der Exportförderung durch. Es handelt sich hier vor allem um Geschäftsanbahnungsreisen mit Kooperationsbörsen für ostdeutsche Unternehmen und Akteure im Zielmarkt. In Ausnahmefällen werden bei besonderen Zielmärkten Markterkundungsreisen durchgeführt, wie beispielsweise in diesem Jahr nach Kuba.

Die Anfang 2015 gestartete **Exportinitiative Umweltechnologie** unterstützt KMU aus den Bereichen nachhaltige Wasserwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Luftreinhaltung beziehungsweise Lärm und nachhaltige Mobilität bei deren internationaler Positionierung. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf Märkten in Entwicklungs- und Schwellenländern. Trotz einiger branchenspezifischer Besonderheiten finden auch hier die Modulangebote des allgemeinen Markterschließungsprogramms Anwendung. Angeboten werden etwa Informationsveranstaltungen in Deutschland zu den betreffenden Auslandsmärkten, Geschäftsanbahnungsreisen in interessante Zielmärkte sowie Informationsreisen ausländischer Entscheider nach Deutschland. Jährlich werden rund 20 Projekte durchgeführt, hauptsächlich Geschäftsanbahnungsreisen.



MITTELSTAND GLOBAL

Mit der **Exportinitiative Zivile Sicherheitstechnologien und -dienstleistungen** unterstützt das BMWi insbesondere kleine und mittelgroße Sicherheitsunternehmen bei der Erschließung internationaler Märkte und der Erhöhung des Bekanntheitsgrads deutscher Sicherheitstechnik und -dienstleistungen im Ausland. Die Auswahl der relevanten Zielmärkte richtet sich nicht allein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern trägt auch sicherheitspolitischen Erwägungen Rechnung. Neben dem allgemeinen Marktpotenzial, das sich aus Bedeutung und Wachstumsperspektiven der Zielmärkte ergibt, ist deshalb auch der mögliche Beitrag deutscher Sicherheitstechnologien und -dienstleistungen zur Verbesserung der regionalen Sicherheitslage von großer Relevanz. Aufgrund der besonderen Kompetenz deutscher Anbieter spielen solche projektbezogenen Aktivitäten eine besondere Rolle, die komplexe Systemlösungen erfordern. Dazu gehören vor allem Sicherheitstechnologien und -dienstleistungen für Infrastrukturbaumaßnahmen (beispielsweise Flughäfen, Häfen, Eisenbahnen, Energieversorgungsanlagen) und gesellschaftliche Großereignisse (beispielsweise Sportturniere).

Die **Exportinitiative Gesundheitswirtschaft** entwickelt für deutsche Unternehmen aus der Gesundheitswirtschaft passgenaue Maßnahmen im In- und Ausland. Sie vernetzt und bündelt Aktivitäten, die dabei helfen, weltweit neue Absatzmärkte zu erschließen und ihr bestehendes Marktpotenzial auszubauen. Dies ermöglicht Vorhaben, welche die Unternehmen oder beteiligte Träger (insgesamt 14 Fachverbände im Bereich Arzneimittel, Medizintechnik, Medizinische Biotechnologie und digitale Gesundheitswirtschaft) ohne zusätzliche Unterstützung nicht umsetzen könnten. Bei den Veranstaltungen der Exportinitiative in Deutschland informieren Experten aus den jeweiligen Zielländern über allgemeine und rechtliche Rahmenbedingungen, über die konkrete Marktsituation und über Marktchancen, Trends, Handelsbedingungen, technische Voraussetzungen und Verfahren. Bei Veranstaltungen im Ausland erhalten deutsche KMU die Möglichkeit, ihre Innovationen aus der Gesundheitstechnik „made in Germany“ zu präsentieren und Kontakte mit potenziellen Einkäufern aufzubauen.

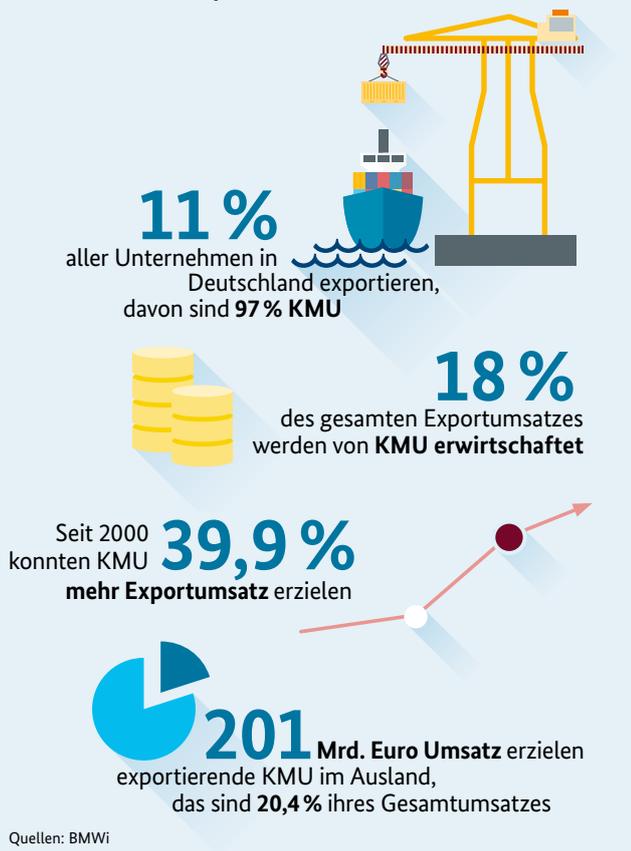
Bündelungsstrang Energie

Teil der Bündelungsaktivitäten ist die Zusammenführung der beiden bisherigen Exportinitiativen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu einer neuen gemeinsamen Exportinitiative Energie (Mittelausstattung insgesamt 18,5 Millionen Euro jährlich). Dadurch konnten die bereits bestehenden Synergien noch weiter verbessert werden. Insbesondere kann die mehrjährig angelegte Förderstrategie für die verschiedenen Zielregionen thematisch leichter auch auf Systemlösungen ausgeweitet werden. Im Fokus stehen dabei die Bereiche Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Intelligente Netze und Speichertechnologien sowie neu entwickelte Technologien. Das Marktpotenzial für deutsche Energietechnologien wird dadurch im Ausland erhöht. Zudem können durch die Zusammenlegung Haushaltsmittel eingespart und für weitere Fördermaßnahmen im Rahmen der Exportinitiative Energie eingesetzt werden. Gleichzeitig unterstreicht die Sonderstellung der Exportinitiative Energie als eigener Bündelungsstrang die Bedeutung der Energiewendepolitik der Bundesregierung im Ausland.

Die Exportinitiative Energie verwendet im Wesentlichen die oben beschriebenen Angebote, um KMU mit Sitz in Deutschland beim Export zu unterstützen. Hinzu kommen weitere Angebote, die die Unternehmen branchenspezifisch in den Exportphasen Marktvorbereitung, Marktsondierung, Markterschließung und Marktsicherung unterstützen. Besonders hervorzuheben ist auch das Projektentwicklungsprogramm für Entwicklungs- und Schwellenländer, das aufgrund einer Forderung des Deutschen Bundestages (BT-Drs. 14/8278) eine bessere Verzahnung zwischen Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht. Die Exportinitiative Energie umfasst folgende zusätzliche Angebote:

- ▶ Umfangreiche **Auslandsmarktinformationen** werden auf speziellen Veranstaltungen, in umfassenden Studien und Analysen, auf der Internetseite, über den Newsletter und in den sozialen Medien bereitgestellt.
- ▶ Als Ergänzung zu ausgewählten Geschäftsreisen in schwierig zu erschließende Märkte werden den Unternehmen **Beratungen zur Export- und Projektfinanzierung** angeboten.
- ▶ Im Rahmen des **Sondermesseprogramms** können sich Unternehmen zu günstigen Konditionen auf einem Gemeinschaftsstand auf Auslandsmessen unter dem Label „energy solutions – made in Germany“ präsentieren.
- ▶ Auf einem **englischsprachigen Internetportal** können deutsche Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen in eine Datenbank einstellen, um von potenziellen Geschäftspartnern im Ausland gefunden zu werden.
- ▶ Leuchtturmprojekte für Erneuerbare-Energien-Anlagen werden im Rahmen des **Renewable-Energy-Solutions Program (RES)** mit Unterstützung der Deutschen Energie-Agentur (dena) installiert und öffentlichkeitswirksam beworben.
- ▶ Bei **Energieeffizienz-Leistungsschauen** werden bereits erfolgreich im Ausland realisierte Projekte aus dem Gebäude- und Industriebereich mit Unterstützung der deutschen Auslandshandelskammern als deutsche Leuchttürme präsentiert.

Abbildung 1: Der Mittelstand ist eine wichtige Stütze für die deutsche Exportwirtschaft



- ▶ Das **Projektentwicklungsprogramm für Entwicklungs- und Schwellenländer** (PEP) unterstützt deutsche Unternehmen dabei, die schwierigen Märkte in Südostasien und Subsahara-Afrika zu erschließen und ausgeschriebene Projekte zu entwickeln. Gleichzeitig werden Technologiekooperationen sowie Wissens- und Technologietransfers durch Politikberatung gefördert.
- ▶ Spezielle **Fortbildungsangebote** für ausländische Führungskräfte und **Innovationseminare** in ausgewählten Hochschulen im Ausland dienen der Marktvorbereitung, indem Wissen über nachhaltige Energietechnologien verbreitet wird.

Rund 700 Unternehmen (KMU-Anteil 90 Prozent) nehmen jährlich an den Veranstaltungen der Exportinitiative Energie teil. Seit 2004 wurden rund 1.100 Veranstaltungen durchgeführt. Etwa 70 Prozent der Teilnehmer schätzen ihre Markteintrittschance nach einer Geschäftsreise als gut bis sehr gut ein. Durch die Unterstützung der Exportinitiative Energie wird der Zeit- und Kostenaufwand gesenkt und der Umsatz bei rund 74 Prozent der teilnehmenden Unternehmen gesteigert.

Ausblick

Die Bündelung der bislang getrennten Exportinitiativen, Außenwirtschaftsaktivitäten für die neuen Bundesländer und des Markterschließungsprogramms unter der gemeinsamen Dachmarke „Mittelstand Global“ ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Außenwirtschaftsförderung aus einem Guss. Sie ermöglicht es, durch engere Verzahnung und bessere Abstimmung gegenseitig von erfolgreichen Ansätzen zu lernen, Strategien aufeinander auszurichten und Doppelungen zu vermeiden. Wirtschaft und Politik haben damit künftig ein noch effizienteres, flexibleres und nachfrageorientiertes Förderangebot zur Verfügung. All dies sind wesentliche Ziele der Bündelung, die wir in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft erreichen und weiter ausbauen wollen. Jetzt kommt es darauf an, die neuen Möglichkeiten in der Praxis mit Leben zu füllen – und mit gebündelter Kraft in neue Märkte zu starten. Mit „Mittelstand Global“ ist das BMWi mehr denn je ein starker Partner auf diesem Weg.

Kontakt: Dr. Christian Storost
Referat: Außenwirtschaftsförderung, Standortmarketing,
Investorenanwerbung

Einbindung aufstrebender Exportnationen in internationale Regeln zur Exportfinanzierung

Die International Working Group on Export Credits (IWG)

Im Juli 2016 fand im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Berlin die 11. Sitzung der International Working Group on Export Credits statt. Deutschland hat als Gastgeber den seit 2012 laufenden Verhandlungen über ein neues Regelwerk für staatlich geförderte Exportkredite mit breitem Teilnehmerkreis frische Impulse gegeben und Verantwortung für gemeinsame Fortschritte übernommen.



Der Kreis der Exportnationen ist gewachsen

Eine wichtige Grundlage für gleiche Wettbewerbsbedingungen bei der Exportförderung durch Exportkredite ist der „OECD-Konsensus über staatlich geförderte Exportkredite“. Der Konsensus ist ein „gentlemen’s agreement“, wird aber von den OECD-Mitgliedern, die sich ihm angeschlossen haben, praktisch wie eine rechtlich bindende Vorgabe befolgt. In der EU ist er über die Umsetzung in einer EU-Verordnung sogar unmittelbar anwendbares Recht. Der Konsensus wurde seit 1978 in mehreren Schritten ausgearbeitet und fortlaufend angepasst. Mit Australien, den Mitgliedstaaten der EU, Japan, Kanada, Korea, Neuseeland, Norwegen, der Schweiz und den USA nehmen fast alle entwickelten Industrienationen der OECD an dieser Vereinbarung teil. Die EU wird durch die Kommission vertreten, in deren handelspolitische Zuständigkeit die Regelungsmaterie fällt. Bei der Ausarbeitung des Konsensus seit 1978 war der Teilnehmerkreis gleich-

bedeutend mit dem Kreis der relevanten Exportnationen. Alle bedeutenden Exportkreditagenturen waren daher seinerzeit an die Regeln des Konsensus gebunden. Die zwei wesentlichen Zielsetzungen der Vereinbarung waren damit erreicht:

- ▶ die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen zwischen den Exporteuren („level playing field“),
- ▶ die Vermeidung eines Wettlaufs der Exportkreditagenturen hin zu immer günstigeren Finanzierungsbedingungen für Exportkredite („race to the bottom“).

Zugleich schafft der Konsensus einen rechtlichen Rahmen (so genannten „safe haven“), innerhalb dessen Exportfinanzierung nicht gegen das Subventionsverbot des Artikel 3 des „Agreement on Subsidies and Countervailing Measures“ der Welthandelsorganisation verstößt.

Seit 1978 hat sich die Weltkarte der führenden Industrie- und Exportnationen dramatisch verändert. Mit dem Aufstieg insbesondere von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika sind neue, starke Exportnationen auf den Plan getreten, die ihrerseits Exportförderung betreiben. Dabei sind sie an die Regelungen des Konsensus nicht gebunden.

Auf der Suche nach einem neuen „level playing field“

Von gleichen Wettbewerbsbedingungen zwischen Mitgliedern des OECD-Konsensus und Nicht-Mitgliedern kann daher heute nicht mehr ohne weiteres ausgegangen werden. Der Wettbewerbsdruck seitens der aufstrebenden Exportnationen ist erheblich angestiegen, auch aufgrund staatlich unterstützter Finanzierungsbedingungen für Exporteure, die den Vorgaben des Konsensus nicht entsprechen. Es gibt vereinzelt bereits Anzeichen dafür, dass auch Mitglieder des Konsensus zunehmend auf Finanzierungsangebote ausweichen, die den OECD-Beschränkungen nicht unterliegen. Dadurch können auch ihre Exporteure günstige Finanzierungen anbieten. Damit kündigt sich ein mögliches „race to the bottom“ an. So stellt beispielsweise die US EXIM Bank in einem Bericht von Juni 2016 fest, dass der Anteil der dem Konsensus unterliegenden staatlichen Exportunterstützung weltweit von 50 Prozent im Jahre 2011 auf nur noch 33 Prozent im Jahre 2015 zurückgegangen sei. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, droht der Konsensus mittelfristig seine disziplinierende Wirkung insgesamt zu verlieren.

Exportfinanzierer innerhalb und außerhalb des Konsensus:

Die drei bzgl. des Volumens größten Exportfinanzierer bei mittel- und langfristigen Geschäften, die an den Konsensus gebunden sind, waren 2015 (Werte in Milliarden USD): Deutschland (15,9), Korea (9,5) und Frankreich (7,6).

Die drei größten Exportfinanzierer außerhalb des Konsensus waren: China (51), Indien (4,4) und Russland (0,6). Hinzu kommt Brasilien (4,4), das sich für den Bereich der Flugzeugfinanzierung dem Konsensus angeschlossen hat.

Quelle: US EXIM



Ein Beitritt zum OECD-Konsensus wäre zwar für die neuen Exportnationen grundsätzlich möglich. Da es sich nicht um ein rechtlich verbindliches Abkommen handelt, steht es auch Nicht-OECD-Mitgliedern offen. Zu diesem Weg hat sich bislang aber nur Brasilien entschließen können, und auch das nur beschränkt auf den Teilbereich des Flugzeugexports. Für viele andere Staaten kommt die Annahme von Selbstbeschränkungen, an deren Vereinbarung sie nicht beteiligt waren, nicht in Betracht. Hinzu kommt die traditionelle Sichtweise der aufstrebenden Exportnationen, die die OECD oftmals als Club der Etablierten („rich nations club“) wahrnehmen, der den besonderen Bedürfnissen aufstrebender Volkswirtschaften nicht gerecht werde.

Die International Working Group on Export Credits 2012 bis 2016

Vor diesem Hintergrund einigten sich Anfang 2012 US-Präsident Obama und der chinesische Staatspräsident Xi Jinping (damals noch Vize-Präsident) auf die Schaffung einer internationalen Arbeitsgruppe zu Exportkrediten. An der Arbeitsgruppe sollten neben den USA und China weitere Länder, in denen öffentlich unterstützte Exportkredite vergeben werden, beteiligt sein. Als Ziel wurde der Arbeitsgruppe aufgegeben, ein Abkommen über internationale Leitlinien für staatlich unterstützte Exportfinanzierung abzuschließen, „das die unterschiedlichen nationalen Interessen und Umstände berücksichtigt und mit bewährten internationalen Gepflogenheiten im Einklang steht.“

Die International Working Group on Export Credits (IWG) traf sich erstmals im November 2012 in Washington. Die Gruppe umfasst seit diesem ersten Treffen je neun Mitglieder aus dem Kreis des OECD-Konsensus sowie der Schwellen- und BRICS-Länder. Dabei vertritt die EU-KOM im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Handelspolitik die Interessen der 28 Mitgliedstaaten. Mit dieser Zusammensetzung trägt die IWG der gewachsenen Zahl wichtiger Exportnationen Rechnung.

Mitgliedschaft in der IWG:

Teilnehmer des OECD-Konsensus: Australien, EU*, Japan, Kanada, Korea, Neuseeland, Norwegen, Schweiz, USA*.

Nicht-Teilnehmer des OECD-Konsensus: Brasilien*, China*, Indien, Indonesien, Israel, Malaysia, Russland, Südafrika, Türkei.

* Mitglieder der Steering Group

Seither haben insgesamt elf Treffen der IWG stattgefunden, zuletzt vom 6. bis 8. Juli 2016 in Berlin. Eine entscheidende Rolle bei der Vor- und Nachbereitung der Treffen spielt die so genannte Steuerungsgruppe (Steering Group). Ihr gehören Brasilien, China, die EU (vertreten durch die EU-Kommission) und die USA an. Die Mitglieder der Steuerungsgruppe führen abwechselnd den Vorsitz über die Treffen und traten bislang auch als Gastgeber in ihren jeweiligen Hauptstädten auf.

Durch die Treffen der IWG ist die Basis für ein gemeinsames Verständnis, auch der unterschiedlichen Prioritäten und Bedürfnisse, deutlich verbreitert worden. Für den Schiffssektor wird bereits zielorientiert über konkrete Regelungen verhandelt, die mittelfristig das OECD-Schiffssektorabkommen ersetzen könnten. Und seit der 10. IWG in Beijing steht die Erarbeitung sektorenübergreifender, so genannter horizontaler Richtlinien im Fokus. Ferner wurde mit dem Aufbau eines Transparenzmechanismus begonnen, über welchen die IWG-Mitglieder Informationen über ihre jeweiligen Finanzierungsinstrumente austauschen. Denn die Erfahrungen bei der Entwicklung des OECD-Konsensus haben gezeigt, dass Transparenz als vertrauensbildende Maßnahme wirkt und die Disziplin bei der Einhaltung der

gemeinsamen Regeln fördert. All das lässt aber auch erkennen, dass bis zu einem umfassenden Abkommen noch ein weiter Weg zu bewältigen ist. Mit einer schrittweisen Eini-gung zu konsensfähigen Teilergebnissen und der fortge-setzten Arbeit an Themen, zu denen noch kein Einverneh-men erzielt werden kann, nähert man sich dem Ziel. Auf diese Weise ist übrigens auch der OECD-Konsensus in sei-ner jetzigen Form erarbeitet worden.

Die 11. IWG in Berlin

Mit der Einladung zur 11. IWG vom 6. bis 8. Juli 2016 nach Berlin zusammen mit der Europäischen Kommission wollte die Bundesregierung auch die Debatte um die Zukunft des IWG-Prozesses beflügeln. Die Ausgestaltung als eine Abfolge von Treffen in den Hauptstädten der Mit-glieder der Steering Group mit rotierendem Vorsitz und ohne administrativen Unterbau stößt mit zunehmender Verhandlungsdauer an ihre Grenzen. Es ist klar, dass der Prozess von einer institutionellen Unterstützung profitie-ren würde. Das Treffen in Berlin hat Verständnis dafür geschaffen, dass eine institutionelle Unterstützung des IWG-Prozesses notwendig ist. Die Bereitschaft, sich hierüber zu verständigen, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Deutschland hat durch die Übernahme der Gastgeberrolle die EU-Kommission bei ihren Gastgeberpflichten entlastet und Verantwortung für den Erfolg des IWG-Prozesses übernommen. Gleichzeitig hat Deutschland dadurch seine Bedeutung in der weltweiten Exportfinanzierung unter-strichen. Die positiven Rückmeldungen vieler Teilnehmer nach dem Treffen lassen erkennen, dass man bei dem Tref-fen die Basis für ein gemeinsames Verständnis deutlich ver-breitert hat. Die Trennung von Vorsitz und Gastgeberrolle hat sich erfrischend auf das Verhandlungsklima ausgewirkt. Inhaltlich gelang es der Europäischen Kommission als Vor-sitz, den Verhandlungsprozess durch innovative Formate zu stimulieren. Alle Delegationen trugen zur Diskussion bei – ein wichtiger Schritt, um zu Regeln zu gelangen, die den vielgestaltigen Interessen auf faire Weise Rechnung tragen.

Kontakt: Christof Wegner

Referat: Exportfinanzierung, Exportkreditversicherung

Für ein umfassendes, integriertes Konzept der Regionalpolitik ab 2020

Vorschläge für ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen ab 2020

Die Regionalpolitik soll – so der Koalitionsvertrag – nach Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 zu einem Fördersystem für ganz Deutschland weiterentwickelt werden, das noch bestehende Unterschiede in der Förderung zwischen Ost und West beseitigt. Ein gemeinsam von Bund und Ländern in Auftrag gegebenes Gutachten spricht sich hierzu für ein umfassendes Förderkonzept aus, in dem wachstums- und innovationsorientierte Maßnahmen durch Programme zur Stärkung der Daseinsvorsorge wirksam ergänzt werden.



Eckpunkte des Bundes und Bund-Länder-Gutachten zur Regionalpolitik ab 2020

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu fördern und so zum gesellschaftlichen Zusammenhalt durch wirtschaftliche Perspektiven beizutragen: Dies ist das Ziel der regionalen Strukturpolitik des Bundes. Um den Auftrag des Koalitionsvertrags zur Weiterentwicklung der Regionalpolitik umzusetzen, hat der Bund im Mai 2015 erste allgemeine Eckpunkte für ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen ab 2020 beschlossen. Alle betroffenen Ressorts verpflichten sich darin, eigene Beiträge zur Unterstützung des im Grundgesetz (Art. 72 Abs. 2; Art. 91 a) festgeschriebenen Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse zu prüfen. Neben den „klassischen“ Maßnahmen der Investitionsförderung durch die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sollen dabei auch die Innovations-

förderung und Maßnahmen des Städtebaus sowie der ländlichen Entwicklung einbezogen werden.

Parallel zu dieser ersten Positionsbestimmung des Bundes hatten das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und die Wirtschaftsministerien der Länder im Oktober 2014 gemeinsam ein Gutachten mit dem Titel „Aufgaben, Struktur und mögliche Ausgestaltung eines gesamtdeutschen Systems zur Förderung von strukturschwachen Regionen ab 2020“ bei der „Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen – GEFRA“ in Münster und beim „Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik – RUFIS“ in Bochum in Auftrag gegeben. Ziel des Gutachtens war es, auf der Basis einer detaillierten Analyse der regionalen Ausgangslage und unter Beachtung der beihilferechtlichen und fiskalischen Rahmenbedingungen konkrete Optionen für eine Weiterentwicklung der Förderinstrumente aufzuzeigen. Dabei sollte auch untersucht

werden, ob und wie speziell auf Ostdeutschland ausgerichtete Maßnahmen im Rahmen des Korbs II des Solidarpaktes II (s. Kasten) auf alle strukturschwachen Regionen übertragen werden können. Im Juni 2016 wurde das Gutachten vom BMWi veröffentlicht¹ (s. BMWi-Pressemitteilung vom 10. Juni 2016).

Solidarpakt II und Regionalpolitik

Der Bund unterstützt im Rahmen des Solidarpaktes II bis Ende 2019 gezielt den Aufholprozess Ostdeutschlands. Die im so genannten Korb I enthaltenen Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) dienen der Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft in den ostdeutschen Ländern. Der so genannte Korb II enthält ostspezifische Programme und vor allem überproportionale Leistungen aus bundesweiten Programmen. Ein Beispiel ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), deren Mittel zu rund 80 Prozent nach Ostdeutschland fließen. Schwerpunkt des Korbs II sind Maßnahmen in den Politikfeldern Wirtschaft (742 Millionen Euro in 2014), Innovation/Forschung/Bildung (864 Millionen Euro in 2014), Verkehr (290 Millionen Euro in 2014) sowie Wohnungs- und Städtebau (281 Millionen Euro in 2014).

Die Finanzierung der Maßnahmen für strukturschwache Regionen erfolgt nicht alleine mit deutschen Finanzmitteln. Aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) erhalten Deutschlands Regionen in der Förderperiode 2014 – 2020 insgesamt 28,8 Milliarden Euro. Davon entfallen circa 13,4 Milliarden Euro auf die ostdeutschen Regionen.

Wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen Deutschlands

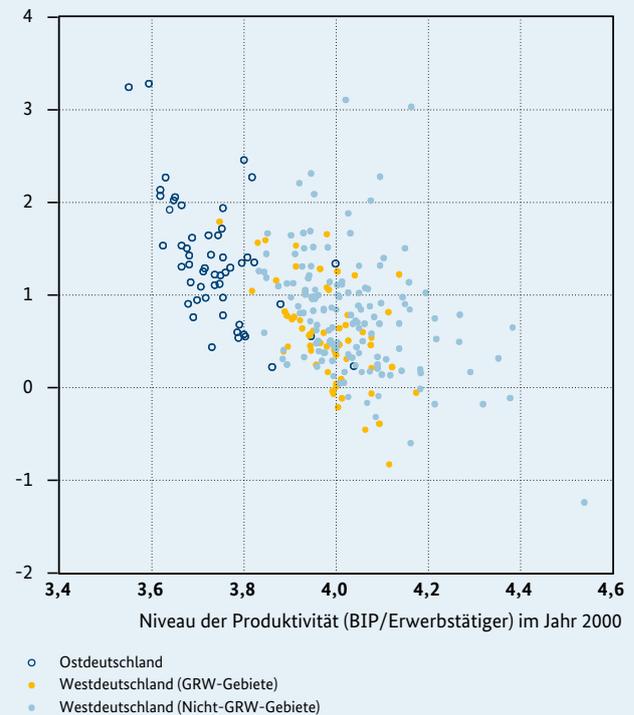
Vor der Therapie steht die Diagnose: Die Gutachter haben in einem ersten Schritt untersucht, wie sich die regionalen Disparitäten in Deutschland entwickelt haben und welchen

Bedarf an regionalpolitischer Unterstützung es auf der Basis von ökonomischer Theorie und empirischer Evidenz gibt.

Sie stellen fest, dass zwischen den Regionen weiterhin sehr ausgeprägte Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bestehen. So weist die strukturstärkste Arbeitsmarktregion (Ingolstadt) ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf, das mehr als doppelt so hoch ist wie das der strukturschwächsten Region (Gera). Charakteristisch sind die nach wie vor hohen Unterschiede von Ost und West, zu denen ein wenn auch weniger stark ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle tritt. Auch im EU-Vergleich bleiben die Einkommensunterschiede in Deutschland relativ hoch.

Abbildung 1: Produktivität im Jahr 2000 und die reale Wachstumsrate der Produktivität p. a. 2000 – 2012 in den 258 deutschen Arbeitsmarktregionen

Wachstum des BIP/Erwerbstätigen (in %) im Durchschnitt der Jahre 2000 – 2012



Quelle: GEFRA/rufis 2016

1 S. Kurz- und Langfassung des Gutachtens unter: <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Wirtschaft/Regionalpolitik/aufgaben-und-ziele-der-regionalpolitik.html>

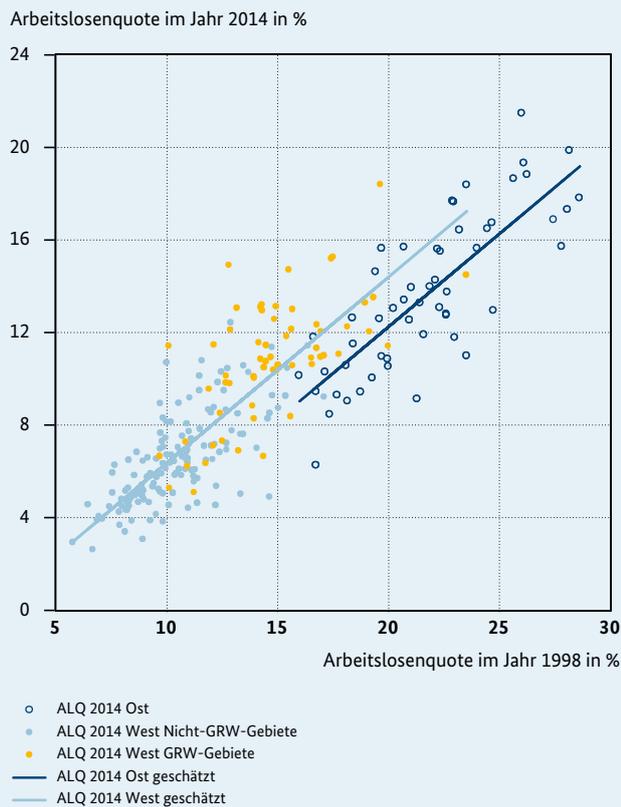
Eine Tendenz zur Angleichung (Konvergenz) der Regionen setzt voraus, dass Regionen mit geringem BIP stärker wachsen als Regionen mit bereits hohem Wohlstandsniveau. Wie aus der Abbildung ersichtlich ist, ist ein solcher (negativer) Zusammenhang zwischen dem BIP-Wachstum und dem Niveau des BIP pro Erwerbstätigem, der Produktivität, für die 258 Arbeitsmarktregionen² Deutschlands zwar vorhanden, aber nur schwach ausgeprägt.

Neben dem Einkommen ist vor allem die Arbeitslosigkeit die zentrale wirtschaftspolitische Größe zur Beurteilung regionaler Disparitäten. Auch hier bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen den Arbeitsmarktregionen

Deutschlands. Auch im internationalen Vergleich sind die Disparitäten bei der regionalen Arbeitslosigkeit hoch.

Aus der Abbildung 2 geht zunächst das positive Faktum hervor, dass in den meisten deutschen Regionen die Arbeitslosigkeit im Jahr 2014 gegenüber 1998 deutlich zurückgegangen ist. Allerdings weist die Streuung der regionalen Arbeitslosigkeit eine hohe Persistenz auf: Regionen mit relativ hoher Arbeitslosigkeit im Jahr 1998 weisen auch im Jahr 2014 eine, verglichen mit anderen Regionen, hohe Arbeitslosigkeit auf. Es besteht weiterhin ein hohes Ost-West-Gefälle, aber auch einige Großstädte im Ruhrgebiet haben vergleichsweise wenig von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt profitiert.

Abbildung 2: Entwicklung der Arbeitslosenquoten in den 258 Arbeitsmarktregionen Deutschlands, 2014



Quelle: GEFRA/rufis 2016

Die Autoren weisen darauf hin, dass eine absolute Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu erwarten ist. Zu unterschiedlich seien die Standortbedingungen hinsichtlich der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Ausstattung mit Humankapital und der Innovationsleistung³. Hinzu kommt, dass strukturschwache Regionen durch den demografischen Wandel, das heißt, von Bevölkerungsverlusten und Alterung, besonders betroffen sind, ohne im Gegenzug ausreichend von den positiven Effekten der Zuwanderung profitieren zu können.

Ob eine weitergehende, aus gesellschaftspolitischen Gründen wünschenswerte Konvergenz der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse ausschließlich über marktwirtschaftliche Prozesse erreicht werden kann, ist mehr als fraglich. Die Gutachter raten daher dazu, die Entwicklung strukturschwacher Regionen auch in Zukunft mit Hilfe gezielter regionalpolitischer Interventionen zu unterstützen.

Integrierte Politik für strukturschwache Regionen: Drei-Ringe-Modell

Empfohlen wird ein regionalpolitisches Konzept mit Realitätssinn und Augenmaß: Das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sei eine normative Vorgabe, die eine aktive Unterstützung von Regionen im Sinne einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ erfordere. Divergenz und regionale Vielfalt

- 2 Da das Bruttoinlandsprodukt am Arbeitsort erfasst wird, die Einwohnerzahl jedoch am jeweiligen Wohnort, müssen für ökonomisch sinnvolle regionale Abgrenzungen die Pendlerbewegungen berücksichtigt werden. Daher werden Kreise beziehungsweise kreisfreie Städte entsprechend den bestehenden Pendlerbewegungen jeweils zu einer Arbeitsmarktregion zusammengefasst.
- 3 Das Gutachten untersucht hierzu eine Reihe von Indikatoren (z. B. FuE, Investitionen, Gründungsaktivitäten) sowie die Korrelationen der Hauptindikatoren Arbeitslosigkeit und BIP mit verwandten Finanz- und Sozialindikatoren (z. B. Löhne, kommunale Verschuldung, Langzeitarbeitslosigkeit, Gewerbesteuererinnahmen u. a.).

gehören zwar zu den Wesenselementen unserer sozialen Marktwirtschaft. Allerdings beinhaltet unsere Wirtschaftsordnung auch das Ziel, effektive Aufholprozesse in Gang zu setzen, um zu starken Ungleichheiten, die zu sozialen und ökonomischen Fehlentwicklungen führen können, entgegenzuwirken.

Die Regionalpolitik ab 2020 muss dabei folgende finanzielle und beihilferechtliche Rahmenbedingungen berücksichtigen:

- ▶ Der Solidarpakt II zu Gunsten der ostdeutschen Länder endet 2019. Die Investitionszulage zur Förderung betrieblicher Investitionen ist bereits 2013 ausgelaufen. Eine Einigung zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen steht aus. Die Schuldenbremse der Länder (ab 2020) wird den finanziellen Spielraum tendenziell vermindern. Es ist nicht abzuschätzen, in welcher Höhe Mittel aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds nach 2020 zur Verfügung stehen werden.
- ▶ Das europäische Beihilferecht schränkt die Möglichkeiten, strukturschwache Regionen in Deutschland zu fördern, bereits erheblich ein. Seit 2014 ist die Investitionsförderung für größere Unternehmen (über 250 Beschäftigte) nur noch sehr eingeschränkt möglich. Ob es zu weiteren Restriktionen kommt, etwa bei der Genehmigung des nach 2020 zulässigen Fördergebiets, ist unklar.

Die Förderung von privaten Investitionen hat sich insbesondere im Aufbau Ost als wirksames Instrument zum Aufbau eines wettbewerbsfähigen Kapitalstocks erwiesen. In Zukunft wird der Stellenwert der Kapitalförderung aber tendenziell abnehmen. Maßnahmen zur Verbesserung der Innovationskraft der Regionen und zur Steigerung der allgemeinen Standortattraktivität dürften weiter an Bedeutung gewinnen.

Vor diesem Hintergrund schlagen die Gutachter ein Drei-Ringe-Modell vor (s. auch Abbildung 3):

1. Der erste „innere“ Ring umfasst die wirtschaftsnahen Förderprogramme, die ausschließlich für strukturschwache Regionen konzipiert sind, vor allem die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Die GRW sollte dabei umfassend modernisiert werden, insbesondere sollten auch eigene Forschungs- und Innovationsaktivitäten, zum Beispiel die Förderung von Forschungsinfrastrukturen oder eine verbesserte FuE-Förderung von Unternehmen, geprüft werden. Auch könnte die Förderung in den Bereichen Verkehrsanbindung und Breitband erweitert werden.

2. Im zweiten „mittleren“ Ring werden wirtschaftsnahe Förderprogramme zusammengefasst, die nicht auf strukturschwache Regionen beschränkt sind, die aber wichtige Impulse für die Regionalentwicklung erbringen können. Bisher auf Ostdeutschland beschränkte Innovationsförderprogramme wie INNO-KOM-Ost (BMWi) und Unternehmen Region (BMBF) könnten auf alle strukturschwachen Regionen ausgeweitet werden. Bundesweite Programme wie zum Beispiel das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand – ZIM – könnten ab 2020 mit Regionalpräferenzen ausgestattet werden.
3. Im dritten „äußeren“ Ring befinden sich Programme mit eigener fachpolitischer Zielsetzung, die nicht primär wirtschaftlich ausgerichtet sind. Hierzu gehören zum Beispiel die Städtebauförderung oder die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ mit ihren Aktivitäten zu Gunsten der ländlichen Entwicklung.

Abbildung 3: Drei-Ringe-Modell der regionalen Strukturpolitik



Quelle: GEFRA/rufis 2016

Die Gutachter betonen, dass ein solches umfassendes Fördersystem möglichst „transaktionskostenarm“ koordiniert werden sollte: so viel Koordinierung wie nötig, so wenig Koordinierung wie möglich. Dem Bund kommt vor allem die Aufgabe zu, gemeinsam mit den Ländern einen politischen Koordinierungsrahmen zu verabreden und Einver-

nehmen über die konzeptuelle Ausrichtung des neuen Fördersystems mit den Ländern zu erzielen. Eine interministerielle Arbeitsgruppe soll Aktivitäten des Bundes abstimmen, insbesondere um Doppelförderung zu vermeiden. Die Länder als Hauptträger der regionalen Wirtschaftspolitik haben die Aufgabe, die verschiedenen Fördermöglichkeiten von EU, Bund und Ländern in regionalen Entwicklungsstrategien zu bündeln und umzusetzen.

Bei der Bestimmung der zukünftigen Fördergebiete raten die Gutachter zu einer Reduzierung der der GRW-Abgrenzung bisher zugrunde liegenden 258 Arbeitsmarktregionen, da diese die tatsächlichen Pendlerbewegungen nicht mehr ausreichend widerspiegeln. Auch wird eine Reduzierung der für die Messung der regionalen Strukturschwäche genutzten Indikatoren empfohlen. Zentral seien Indikatoren für das Einkommen, die Arbeitslosenquote und ggf. die Prognose der Erwerbstätigkeit. Ein vierter, bisher in der GRW genutzter Indikator zur Messung der Infrastrukturausstattung sei dagegen verzichtbar, da er als reiner Inputindikator nicht das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit erfasse⁴. Infrastrukturen sollten dagegen auf der Ebene der Förderinstrumente stärker Berücksichtigung finden.

Weiteres Vorgehen und Ausblick

Die Ergebnisse des Gutachtens unterstützen im Wesentlichen die Stoßrichtung der Bundesressorts, wie sie in den Eckpunkten des Bundes zur zukünftigen Regionalpolitik vereinbart wurden. Beides – die Eckpunkte und die detaillierten Empfehlungen des Gutachtens zu Konzept und Einzelaspekten der Förderung – sind die Grundlage für die weitere Diskussion innerhalb des Bundes und mit den Ländern.

Die Ministerpräsidentenkonferenz Ost hat im April 2016 die Eckpunkte des Bundes grundsätzlich begrüßt. Eine gemeinsame Positionierung aller Länder zu dem in den Eckpunkten und dem Gutachten vorgeschlagenen umfassenden und integrierten Konzept steht noch aus. Politisches Ziel aus Sicht des BMWi ist eine möglichst weitgehende Einigung zu Elementen und Finanzausstattung eines gesamtdeutschen Fördersystems bis zum Ende der Legislaturperiode im Sommer 2017.



Einzelne Anregungen des Gutachtens vor allem zur Anpassung der Infrastruktur- und Innovationsförderung werden bereits durch die Änderung des GRW-Koordinierungsrahmens im August 2016 umgesetzt (zum Beispiel Anpassung der Breitbandförderung, erleichterte Flankierung von Ländermaßnahmen für Humankapital und FuE). Die ostdeutschen Wirtschaftsminister sehen insbesondere in einer umfassenderen Förderung von Forschungsinfrastrukturen einen wichtigen Ansatzpunkt für Verbesserungen. Ein Schwerpunkt der kommenden Monate ist daher die Prüfung konkreter Möglichkeiten, wie die GRW durch eine stärkere Innovationsorientierung weiter gestärkt werden kann.

Kontakt: Dr. Thomas Multhaupt
Referat: Regionale Wirtschaftspolitik

4 Bereits der Wissenschaftliche Beirat beim BMWi hatte sich in seinem Gutachten „Regionale Wirtschaftsförderung“ vom Juni 2015 für den Zweck der Bestimmung der Fördergebietskulisse für eine Konzentration auf wenige Ergebnisindikatoren, v. a. das regionale Einkommen, ausgesprochen: <http://www.bmw.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=727490.html>

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Langsame Erholung.

Die Weltwirtschaft wächst derzeit wenig dynamisch.¹ Im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft in etwa so stark zulegen wie im Vorjahr. Für das laufende Jahr geht der IWF von einem Wachstum von 3,1% und im nächsten Jahr von 3,4% aus.

In den Vereinigten Staaten ist der Aufschwung weiter intakt, auch wenn das BIP im zweiten Quartal weniger stark gestiegen ist als erwartet. Nach einem kräftigen Wachstum im ersten Quartal ist die Wirtschaft im Euroraum im zweiten Quartal moderat expandiert. Für Japan zeichnet sich bei einer Stagnation im zweiten Quartal kein nachhaltiger Aufschwung ab.

Unter den Schwellenländern verzeichnet China zwar weiter ein deutliches, sich aber tendenziell verringeres Wachstum. Die stark sinkenden Importe dämpfen den Welthandel und die chinesischen Handelspartner vor allem in Asien. Indiens Wirtschaft erweist sich hingegen weiterhin als dynamisch. Die niedrigen Rohöl- und Rohstoffpreise beeinträchtigen weiterhin Rohstoff exportierende Länder wie Russland oder Brasilien.

Die monatlichen Indikatoren zur Lage der Weltwirtschaft zeichnen das Bild einer eher langsamen konjunkturellen Belebung. Die weltweite Industrieproduktion ist im Mai

leicht angestiegen. Der weltweite Composite Einkaufsmanager-Index von Markit legte im Juli ebenfalls leicht zu und befindet sich weiterhin etwas über seiner Wachstumsschwelle. Das vom ifo Institut ermittelte Weltwirtschaftsklima hat sich im zweiten Quartal jedoch eingetrübt. Insgesamt deuten die Indikatoren zusammen mit den Prognosen auf eine moderate Expansion der Weltwirtschaft hin.

USA: Moderater aber robuster Aufschwung.

Das Wachstum in den USA zeigt sich robust, aber aktuell weniger dynamisch. Die Expansion des BIP für das erste Quartal wurde auf 0,2% abwärts korrigiert. Im zweiten Quartal wurde ein Wachstum von 0,3% erzielt. Dies war deutlich weniger als erwartet. Insbesondere die Investitionen bremsen, während die privaten Konsumausgaben weiter das Wachstum tragen. Nach drei Rückgängen in Folge konnten im zweiten Viertel erstmals die Exporte einen Zuwachs aufweisen.

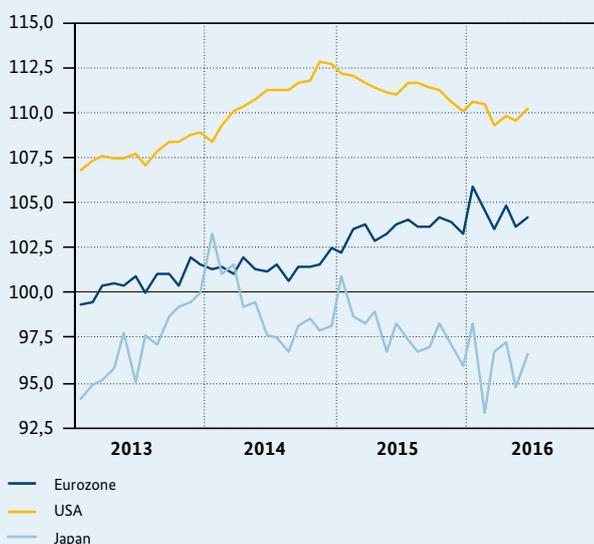
Die Industrieproduktion hat sich im Juni um 0,6% gegenüber dem Vormonat erhöht. Die Aufträge für die Industrie fielen im Juni jedoch und befinden sich weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. Die Frühindikatoren insgesamt zeigen ein gemischtes Bild für die weitere Entwicklung. Der zusammengesetzte Markt Einkaufsmanager-Index für Industrie und Dienstleistungen stieg im Juli leicht. Der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe hat sich im Juli jedoch leicht eingetrübt.

Das Beschäftigungswachstum schwächte sich im Juli zwar etwas ab, fiel aber besser aus als erwartet. Die Arbeitslosigkeit war weiter rückläufig und liegt weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Die robuste gute Entwicklung des Arbeitsmarkts treibt den privaten Konsum an und ist somit die zentrale Stütze für das amerikanische Wachstum.

Japan: Ohne Schwung.

Nach dem etwas überraschend deutlichen Anstieg des japanischen BIP im ersten Quartal 2016 um 0,5% gegenüber dem Vorquartal stagnierte die Wirtschaft im zweiten Quartal. Vor allem die schwache Entwicklung der Ausfuhren war hierfür ausschlaggebend.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. August 2016 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2
Euroraum	0,4	0,3	0,4	0,6	0,3
USA	0,6	0,5	0,2	0,2	0,3
Japan	-0,4	0,5	-0,4	0,5	0,0

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	März	April	Mai	Juni	Juli
Euroraum	10,2	10,2	10,1	10,1	-
USA	5,0	5,0	4,7	4,9	4,9
Japan	3,2	3,2	3,2	3,1	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	März	April	Mai	Juni	Juli
Euroraum	0,0	-0,2	-0,1	0,1	0,2
USA	0,9	1,1	1,0	1,0	-
Japan	0,0	-0,3	-0,4	-0,3	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Die Industrieproduktion erhöhte sich im Juni gegenüber dem Vormonat, liegt aber noch unter dem Vorjahresniveau. Auch der Markit-Einkaufsmanager-Index für das Verarbeitende Gewerbe konnte im Juli einen Zuwachs verzeichnen. Er befindet sich jedoch weiterhin unter seiner Wachstumsschwelle. Der viel beachtete Tankan-Index ging im zweiten Quartal etwas zurück. Die nominalen Exporte konnten sich im Juli leicht erhöhen, zeigen sich aber weiter wenig dynamisch.

Angesichts der schleppenden wirtschaftlichen Entwicklung plant die japanische Regierung höhere Staatsausgaben zur Stimulierung der Konjunktur. Bankvolkswirte gehen für Japan von einem Wirtschaftswachstum von 0,5 % für das Jahr 2016 und 0,9 % im Jahr 2017 aus.

Euroraum: Gemäßigte Aussichten.

Der moderate Aufschwung in der Eurozone setzt sich fort. Nach einem kräftigen Wachstum im ersten Quartal ist die Wirtschaft im Euroraum im zweiten Quartal moderat um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Dabei verzeichneten Polen (+0,9 %), Spanien (+0,7 %) und die Niederlande (+0,6 %) ein recht kräftiges Wachstum. Die wirtschaftliche Aktivität in Italien und Frankreich stagnierte hingegen.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Die Industrieproduktion im Euroraum hat sich im Juni gegenüber dem Vormonat etwas erholt (+0,6 %). Die Stimmungskennzeichen signalisieren eine leichte Aufwärtsentwicklung. So nahm der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission im Juli etwas zu. Auch der Einkaufsmanager-Index von Markit konnte im Juli etwas zulegen und signalisiert eine Fortsetzung des Wachstums. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote blieb im Juni unverändert bei 10,1 %.

Der Konsens der Bankanalysten erwartet für das Eurogebiet eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,5 % im Jahr 2016. Für das Jahr 2017 wird aufgrund befürchteter Auswirkungen des Brexits ein deutlich schwächeres Wachstum von 1,1 % erwartet. Es bleibt jedoch abzuwarten, in wieweit der Brexit die Wirtschaftsaktivität im Vereinigten Königreich und im Euroraum tatsächlich beeinträchtigt. Der Markit Einkaufsmanager-Index für das Vereinigte Königreich ist nach dem Referendum deutlich unter die Wachstumsschwelle gesunken. Im zweiten Quartal konnte die britische Wirtschaft jedoch überraschend kräftig um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal wachsen. In Reaktion darauf haben Bankvolkswirte ihre Wachstumserwartung für dieses Jahr leicht auf 1,6 % angehoben. Für das nächste Jahr wird lediglich ein Wachstum von 0,5 % erwartet.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Robustes Wachstum im zweiten Vierteljahr.

Das Wachstum in Deutschland ist weiterhin robust.² Im zweiten Quartal ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,4%³ gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Das Wachstum war zwar etwas niedriger als im Vorquartal, dies war allerdings nach dem sehr starken Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal von 0,7% erwartet worden. So war die Frühjahrsbelebung im Baugewerbe nach dem produktionsintensiven milden Winter weniger ausgeprägt als üblich. Aber auch die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe hat das Wachstum in diesem Quartal nicht gestützt. Hingegen dürften die Dienstleistungsbereiche in diesem Quartal die Schwäche im Produzierenden Gewerbe mehr als ausgeglichen haben. Auf der Nachfrageseite haben die privaten und staatlichen Konsumausgaben weiterhin spürbar das Wachstum gestützt. Der Anstieg der privaten Konsumausgaben dürfte dennoch weniger dynamisch sein als in den Vorquartalen. Bei den Bauinvestitionen deutet sich anhand der vorliegenden Indikatoren ein Rückgang im zweiten Viertel-

jahr an. Auch die Investitionen in Ausrüstungen dürften eingeschränkt worden sein. Im zurückliegenden Vierteljahr sind die Ausfuhren etwas angestiegen, während die Einfuhren rückläufig waren. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels sollte somit positiv ausgefallen sein.

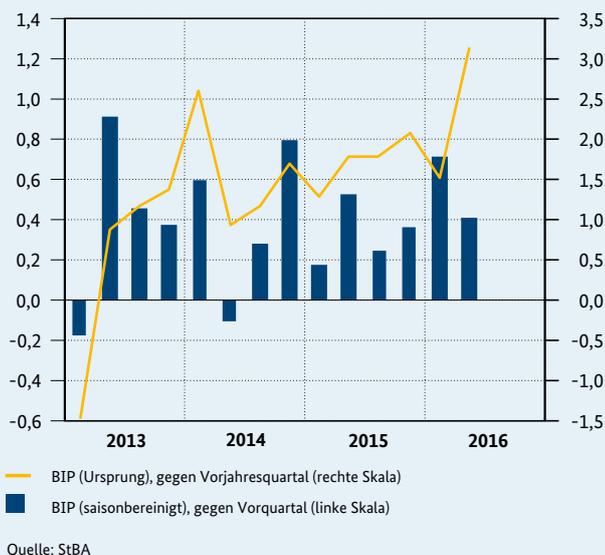
2. Produzierendes Gewerbe

Die Industrieproduktion stieg im Juni, entwickelte sich aber im zweiten Quartal insgesamt schwach.

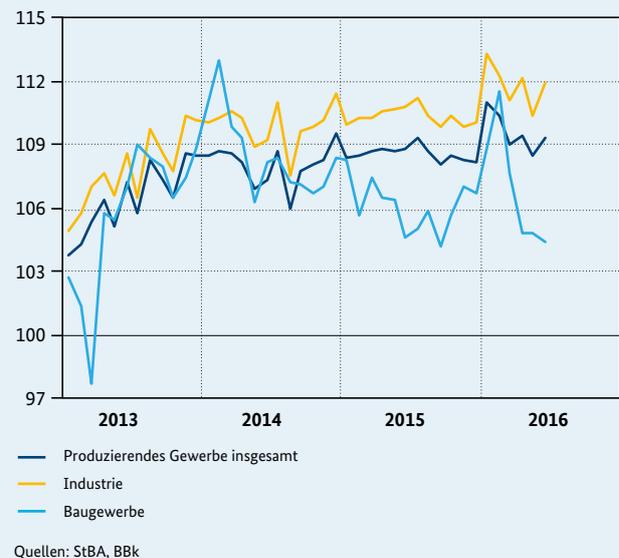
Die gute Baukonjunktur wird derzeit noch durch witterungsbedingte Sondereffekte verdeckt.

Das Produzierende Gewerbe hat im Juni 2016 zwar einen Teil des Produktionsrückgangs vom Mai aufgeholt. Die Produktion stieg gegenüber dem Vormonat um 0,8%. Im zweiten Vierteljahr wurde die Erzeugung im Vergleich zur Vorperiode aber um ein Prozent eingeschränkt. Im Teilbereich der Industrie stieg das Produktionsvolumen im Juni mit 1,5% kräftig, wodurch der Dämpfer vom Mai nahezu ausgeglichen wurde. Im Baugewerbe wurde saisonbereinigt

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



² In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. August 2016 vorlagen.

³ Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

nochmals weniger produziert als im Vormonat (-0,5%). Die Energieerzeugung sank um 2,7%.

Der Anstieg der Industrieproduktion kam nicht unerwartet, da die Produktion im Mai durch eine überdurchschnittliche Zahl an Brückentagen gedämpft wurde. Die vorübergehenden Produktionseinbußen wurden nun im Juni ausgeglichen. Innerhalb der Industrie wurde im Juni die Herstellung von Investitionsgütern recht kräftig ausgeweitet (+3,5%). Auch die Konsumgüterproduzenten konnten ihre Produktion steigern (+1,2%), während es bei den Produzenten von Vorleistungsgütern zu einem leichten Rückgang kam (-0,7%).

Insgesamt produzierte die Industrie im zweiten Quartal saisonbereinigt allerdings 0,7% weniger als im ersten Vierteljahr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Produktionsniveau des ersten Quartals durch Sondereffekte etwas überzeichnet war.

Industrie

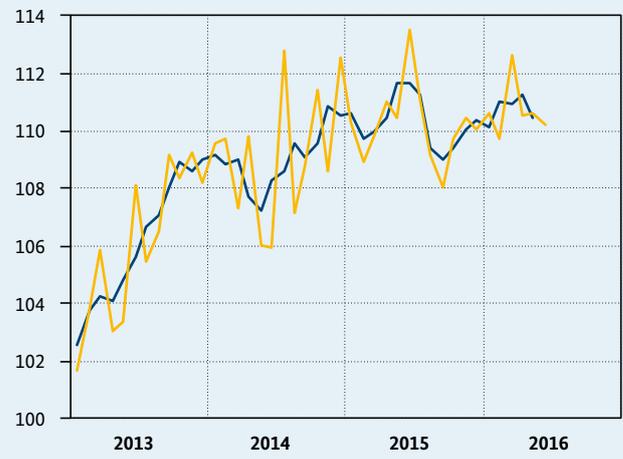
Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Produktion					
Insgesamt	2,0	-0,7	0,9	-1,6	1,5
Vorleistungsgüter	1,4	-0,9	0,3	-0,5	-0,7
Investitionsgüter	2,3	-0,9	1,8	-3,4	3,5
Konsumgüter	2,3	0,5	0,1	0,4	1,2
Umsätze					
Insgesamt	1,0	-0,7	0,9	-1,0	-0,9
Inland	1,2	-1,4	0,3	-0,9	0,0
Ausland	0,8	0,1	1,6	-1,0	-1,9
Auftragseingänge					
Insgesamt	0,9	-0,5	-1,9	0,1	-0,4
Inland	-0,8	0,9	1,6	-2,1	0,7
Ausland	2,1	-1,5	-4,3	1,9	-1,2
Vorleistungsgüter	-1,8	1,5	4,3	-3,5	-0,7
Investitionsgüter	2,3	-1,4	-5,6	2,5	-0,2
Konsumgüter	1,7	-2,4	-1,2	0,0	-0,7

Quellen: StBA, BBk

Die Industriumsätze verringerten sich im Juni erneut um 0,9%. Im zweiten Quartal insgesamt zeigte sich ebenfalls eine leicht rückläufige Umsatzentwicklung (-0,7%). Verantwortlich dafür sind Umsatzeinbußen im Inland (-1,4%), die Umsätze im Ausland (+0,1%) tendieren weiterhin leicht

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



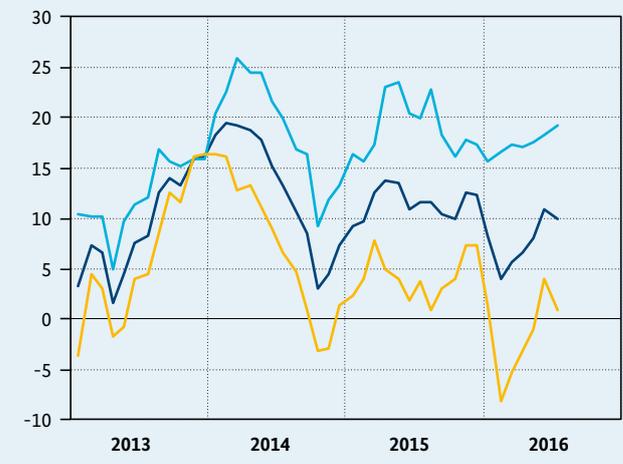
— Monate
— gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Quellen: StBA, BBk

aufwärts. Investitions- und Vorleistungsgüterhersteller verzeichneten im Inland Umsatzsteigerungen, Konsumgüterproduzenten büßten Umsätze ein.

Die Auftragseingänge in der Industrie entwickeln sich gegenwärtig schleppend. Im Juni nahmen sie gegenüber dem Vormonat leicht ab (-0,4%). Die Zahl der Großaufträge fiel dabei unterdurchschnittlich aus. In der Quartalsbetrach-

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



— Geschäftsklima
— Geschäftserwartungen
— Geschäftslage

Quelle: ifo Institut

tung lagen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe um 0,5% unter dem Niveau des ersten Quartals. Tendenziell aufwärtsgerichtet sind die inländische Nachfrage und die Bestellungen aus dem Euroraum. Die Bestellungen aus dem Nicht-Euroraum entwickeln sich demgegenüber derzeit schwach. Über drei Monate betrachtet stehen einem Aufwärtstrend bei den Aufträgen für Vorleistungsgüter gedämpfte Nachfragen nach Investitions- und Konsumgütern gegenüber. Der Auftragsbestand war im Juni mit einer Jahresrate von 3,0% etwas niedriger als im Vormonat. Die Reichweite der Aufträge blieb mit 5,0 Monaten stabil.

Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe blieb vom Brexit-Votum nicht unbeeinflusst. Es wurde im Juli nach vier Anstiegen in Folge zurückgenommen. Zwar wurde die Lage von den Unternehmen nochmals etwas günstiger beschrieben, die Einschätzungen zur künftigen Entwicklung verloren jedoch deutlich an Zuversicht. Die Kapazitäten waren zuletzt laut ifo-Befragung dagegen etwas besser ausgelastet als im zweiten Quartal. Insgesamt deuten die Stimmungsindikatoren auf eine moderat positive Industriekonjunktur im weiteren Verlauf hin.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Insgesamt	2,7	-4,3	-2,6	0,0	-0,5
Bauhauptgewerbe	1,4	-5,0	-3,7	0,3	1,4
Ausbaugewerbe	4,2	-3,3	-1,1	-0,4	-2,5

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q4	Q1	März	April	Mai
Insgesamt	10,2	6,3	-0,2	-0,9	3,5
Hochbau	6,0	4,7	0,5	0,6	11,4
Wohnungsbau*	-2,2	13,2	6,7	-10,2	10,8
Gewerblicher*	11,2	-1,5	-2,2	9,0	15,6
Öffentlicher*	15,7	1,0	-10,0	9,3	-2,3
Tiefbau	15,1	8,0	-1,1	-2,4	-5,4
Straßenbau*	2,0	25,2	-17,8	4,0	-6,8
Gewerblicher*	14,5	-1,1	15,9	-0,6	-6,1
Öffentlicher*	35,3	-0,2	5,7	-11,6	-2,8
Öffentlicher Bau insg.	15,6	10,8	-8,4	-1,4	-4,6

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Nach deutlichen Anstiegen zu Jahresanfang ging die Produktion im Baugewerbe im Juni (-0,5%) saisonbereinigt leicht zurück. Im vergangenen milden Winter wurde ein Teil der Produktion vorgezogen. Dies zog eine weniger ausgeprägte Frühjahrsbelebung im Baugewerbe nach sich.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben im Mai in saisonbereinigter Betrachtung nach drei schwachen Monaten kräftig zugelegt (+3,5%). Im April/Mai verblieb die Bestelltätigkeit insgesamt etwa auf dem hohen Niveau des ersten Quartals. Die gewerblichen Auftraggeber vergaben in diesen Monaten deutlich mehr Aufträge. Die öffentlichen Auftraggeber nahmen sich hingegen zurück.

Die Stimmung im Baugewerbe setzt, gemessen am ifo Geschäftsklima, den Höhenflug fort. Die Geschäftserwartungen werden noch optimistischer gesehen. Die günstigen Finanzierungsbedingungen, positive Einkommenserwartungen und die nach wie vor gute Lage am Arbeitsmarkt dürften insbesondere den Wohnungsbau weiterhin begünstigen. Daher sollte die gute Grundkonjunktur im Baugewerbe sichtbarer werden, sobald die Sonderfaktoren ihre Wirkung verlieren.

3. Privater Konsum

Die Umsatzentwicklung im Einzelhandel war im zweiten Quartal weniger dynamisch.

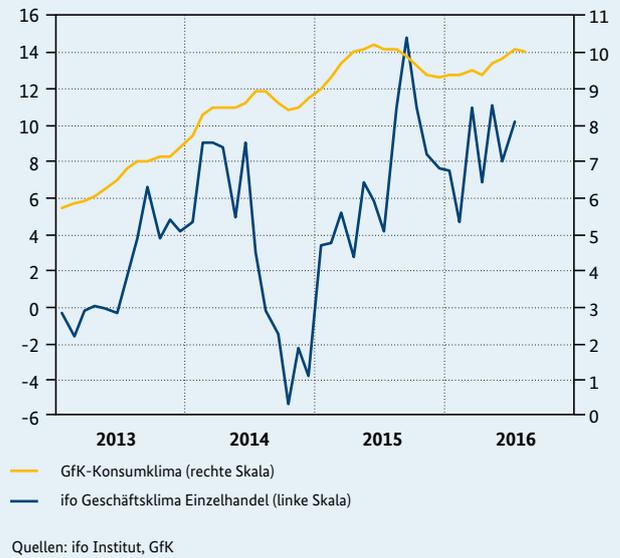
Das Geschäftsklima im Einzelhandel und das GfK-Konsumklima waren sehr positiv.

Der private Konsum hat im zweiten Quartal weiter zugenommen. Er dürfte sich aber weniger dynamisch entwickelt haben als in den Vorquartalen. Dafür sprechen unter anderem leicht schwächere Umsätze im Einzelhandel. Die gute Arbeitsmarktentwicklung und eine niedrige Inflationsrate sorgten aber weiterhin für Konsumlaune unter Verbrauchern.

Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) fielen im Juni schwächer aus als im Vormonat (-0,6%). Die Erlöszahlen liegen damit unter den Höchstständen vom Anfang des Jahres, bewegen sich aber weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Für das gesamte zweite Quartal ergibt sich ein leichtes Umsatzminus von 0,4% – der erste Rückgang seit eineinhalb Jahren. Der Kfz-Handel entwickelte sich zuletzt ebenfalls weniger dynamisch. Die Umsätze gingen im Mai um 1,4% zurück; im Dreimonatsvergleich ergab sich ein Rückgang um 0,9%. Dies dürfte aber im Wesentlichen auf



Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



gewerbliche Käufe zurückzuführen sein, die in diesen Umsätzen ebenfalls enthalten sind. Dafür sprechen zumindest die privaten Kfz-Neuzulassungszahlen, die im zweiten Quartal kräftig um 1,5% zulegten.

Das Geschäftsklima im Einzelhandel ist weiterhin überdurchschnittlich gut. Insbesondere die Einschätzung der derzeitigen Geschäftslage wird von den Unternehmen zunehmend positiver eingeschätzt, während die Erwartungen im Juni und Juli etwas nachgaben. Auch die Stimmung unter den Verbrauchern bewegt sich weiterhin auf sehr hohem Niveau. In der jüngsten GfK-Erhebung ging das Konsumklima geringfügig zurück. Dies ist unter anderem auf die weniger optimistischen Konjunkturerwartungen der Konsumenten nach der Brexit-Entscheidung zurückzuführen.

4. Außenwirtschaft

Die Exporte wurden im Juni ausgeweitet.

Die Exportaussichten bleiben verhalten.

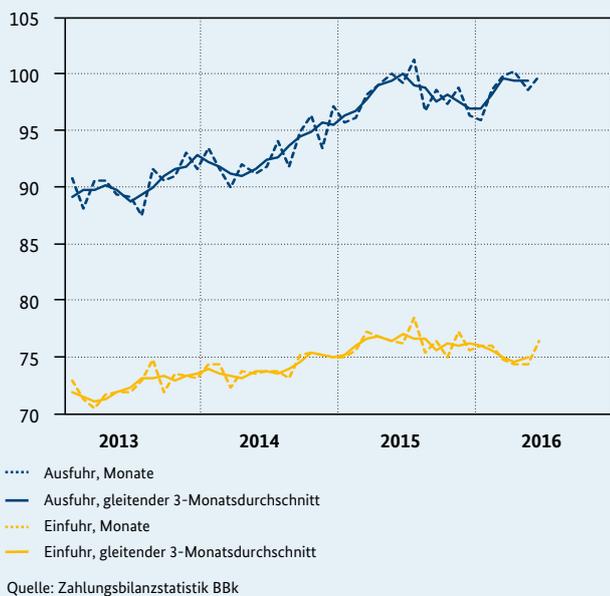
Im Juni 2016 wurden aus Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 128,0 Mrd. Euro ausgeführt.⁴ Saison-

4 Zahlungenbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

bereinigt nahmen die Ausfuhren im Juni um 0,5% zu. Auch in der Tendenz blieben die Exporte ansteigend, im zweiten Quartal betrug der Zuwachs 1,0%. Die Ausfuhrpreise sind im zweiten Vierteljahr nur geringfügig gestiegen, die Exporte sollten daher auch in realer Rechnung zugelegt haben. Nach Regionen wurden in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gegenüber den Vorjahresmonaten insbesondere die Ausfuhren von Waren in die EU-Länder überdurchschnittlich ausgeweitet. Hingegen waren die Ausfuhren von Waren in große Absatzmärkte außerhalb der EU-28, wie beispielsweise in die Vereinigten Staaten und China, rückläufig.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen stiegen im Juni im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt um 2,1%. Im zweiten Quartal waren die Importe insgesamt um 0,9% rückläufig. Gestiegene Einfuhrpreise dürften die Importentwicklung in preisbereinigter Rechnung zusätzlich gedrückt haben.

Im laufenden Jahr bis einschließlich Juni ergab sich insgesamt eine positive Bilanz des Handels mit Waren und Dienstleistungen in Höhe von 131,8 Mrd. Euro (Ursprungszahl). Der Leistungsbilanzsaldo lag bei 137,8 Mrd. Euro. Zum Anstieg der Leistungsbilanz gegenüber dem Vorjahreswert um 21,1 Mrd. Euro haben geringere Kosten für importiertes Öl beigetragen.

Außenhandel*

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,0	1,0	0,2	-0,9	0,5
Einfuhr	-0,8	-0,9	-0,5	-0,1	2,1
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	0,6	2,2	3,9	1,6	1,2
Eurozone	1,5	2,5	5,9	1,5	0,1
EU Nicht-Eurozone	4,7	6,3	9,9	3,0	6,0
Drittländer	-2,4	0,0	-0,6	1,0	-0,4
Einfuhr	0,4	0,1	0,0	-0,1	0,3
Eurozone	1,1	0,5	-0,7	-0,8	3,0
EU Nicht-Eurozone	4,6	4,8	8,2	2,4	3,9
Drittländer	-2,9	-3,4	-4,0	-0,7	-5,4

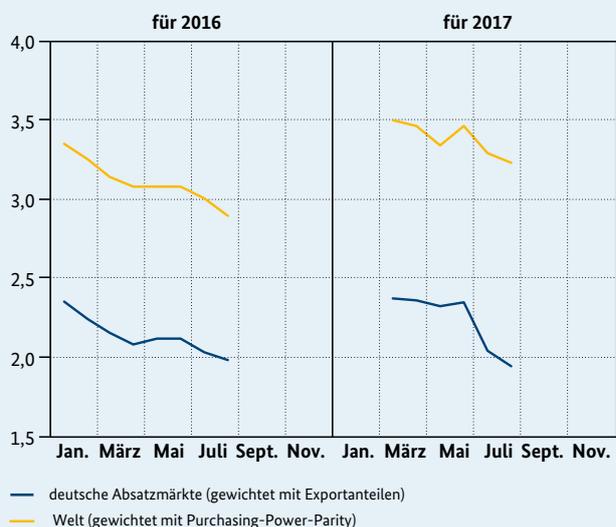
Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft spiegeln auch die Unsicherheit nach dem Brexit-Votum wider. Sie deuten ein nur moderates Wachstum der deutschen Exporte an. Die Bestellungen aus dem Ausland sowie die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich am aktuellen Rand verringert. Jedoch hat der reale effektive Wechselkurs des Euro im Juli gegenüber den wichtigsten deutschen Handelspartnern etwas abgewertet, was den Exportchancen zuträglich sein dürfte.

Entwicklung der Erwartungen des jährlichen Wachstums der Weltwirtschaft und der deutschen Absatzmärkte

(Veränderung des realen BIP gg. Vj. in %)



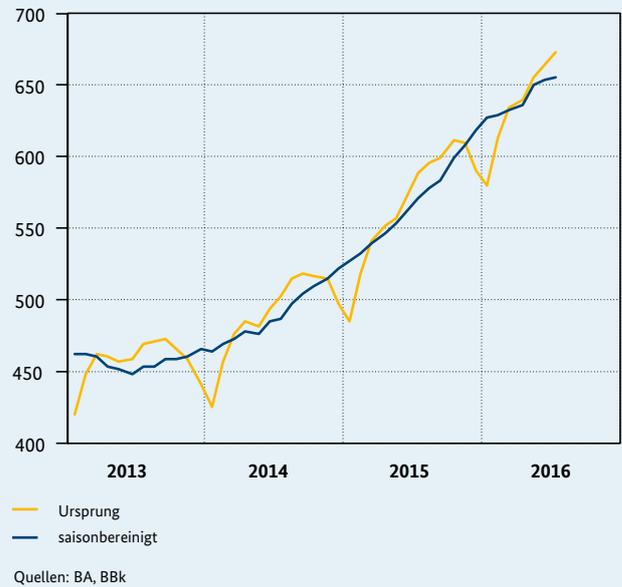
5. Arbeitsmarkt

Der Beschäftigungsaufbau hält an.

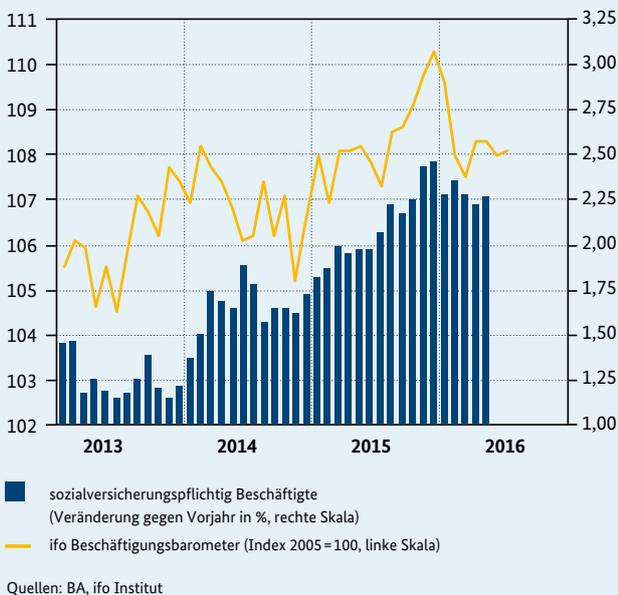
Die Arbeitslosigkeit ging, unterstützt durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, saisonbereinigt weiter zurück.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter stabil positiv. Die Erwerbstätigkeit ist im Juni erneut spürbar gestiegen. Der Aufbau bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hielt unvermindert an und hat zuletzt wieder Fahrt aufgenommen. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist wie üblich im Juli mit Beginn der Sommerferien angestiegen, saisonbereinigt setzt sich der Abbau der Arbeitslosigkeit demgegenüber fort. Hierzu haben auch die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beigetragen. Die Unterbeschäftigung stieg daher saisonbereinigt weiter an. Die Nachfrage nach Arbeitskräften befindet sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)



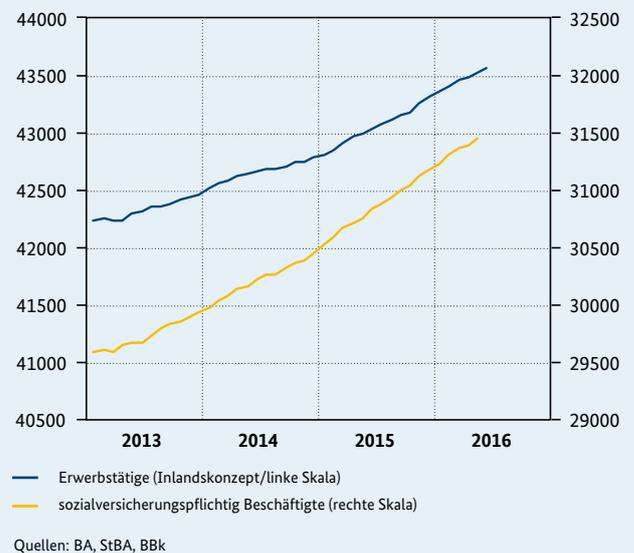
ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Die Frühindikatoren senden im Juli recht optimistische Signale. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg leicht und befindet sich weit über seinem langfristigen Durchschnitt. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) signalisiert noch bessere Beschäftigungsaussichten als zuvor. Auch die Erwartungen

an die Entwicklung der Arbeitslosigkeit haben sich verbessert. Sie deuten einen leichten Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit an. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften – stieg auf einen neuen Rekordwert.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



Bei der Erwerbstätigkeit setzte sich der positive Trend fort. Im Juni waren in Deutschland 43,67 Mio. Personen erwerbstätig, soviel wie nie zuvor. Gegenüber Mai waren saisonbereinigt 45.000 Personen mehr beschäftigt. Binnen zwölf Monaten nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 1,2% zu.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit ist vor allem auf die gestiegene sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückzuführen. Sie nahm im Mai saisonbereinigt um 56.000 Personen zu und damit etwas stärker als die Erwerbstätigkeit in diesem Monat. Nach den Ursprungszahlen lag sie bei 31,42 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 2,3%.

In fast allen Branchen stieg binnen Jahresfrist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Dienstleistungsbereiche Pflege und Soziales, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen sowie der Handel lagen auf den ersten drei Plätzen.

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit, wie die Selbständigen, die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten und die in Arbeitsgelegenheiten Beschäftigten, haben gegenüber dem Vorjahr etwas an Gewicht verloren.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,892	2,674	2,664	2,614	2,661
gg. Vorjahr in 1.000	-101	-98	-98	-97	-112
gg. Vorperiode in 1.000*	-40	-31	-11	-6	-7
Arbeitslosenquote	6,6	6,1	6,0	5,9	6,0

Erwerbstätige (Inland)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
in Mio.	43,1	43,5	43,3	43,5	43,7
gg. Vorjahr in 1.000	541	528	524	528	533
gg. Vorperiode in 1.000*	150	121	27	40	45

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

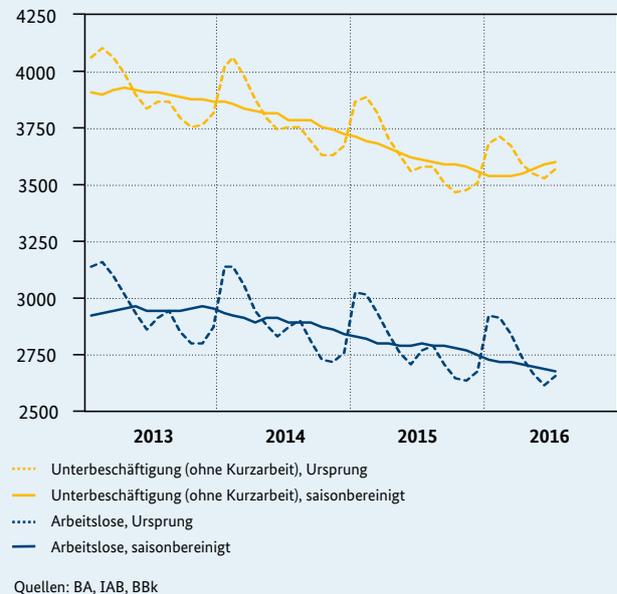
	Q4	Q1	März	April	Mai
in Mio.	31,3	31,1	31,2	31,3	31,4
gg. Vorjahr in 1.000	278	-215	696	682	697
gg. Vorperiode in 1.000*	185	180	57	32	56

Quellen: BA, StBA, BBK

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

(in 1000)



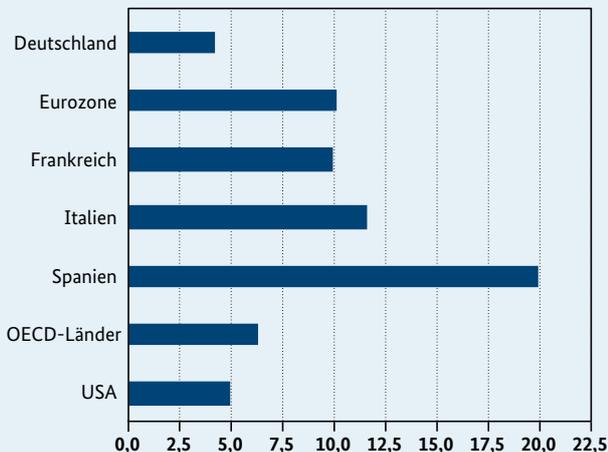
Die registrierte Arbeitslosigkeit ist tendenziell weiter leicht rückläufig, im Juli saisonbereinigt um 7.000 Personen. Der Rückgang war wie in den Vormonaten vom Anstieg entlastender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, nicht zuletzt für Flüchtlinge, beeinflusst. Nach Ursprungszahlen stieg die Arbeitslosigkeit mit den Sommerferien um 47.000 auf 2,66 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde um 112.000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosigkeit von Personen aus den acht wichtigsten nicht-europäischen Asyllandern verdoppelte sich im Juli gegenüber dem Vorjahr auf 157.000 Personen. Die Arbeitslosenquote stieg leicht auf 6,0%.

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote lag im Juni unverändert bei 4,2%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, lag im Juli bei 3,57 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr sank sie um 12.000 Personen. Der Rückgang fiel aber deutlich geringer aus als in den Vormonaten. Saisonbereinigt nahm die Unterbeschäftigung um 14.000 Personen gegenüber Juni zu.

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Juni 2016)



Quelle: Eurostat

Rohölpreis der Sorte Brent

(je Barrel)



Quelle: Macrobond

6. Preise

Der Rohölpreis fällt Anfang August auf ein Dreieinhalbmonatstief.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Juli um 0,4 % im Vergleich zum Vorjahr.

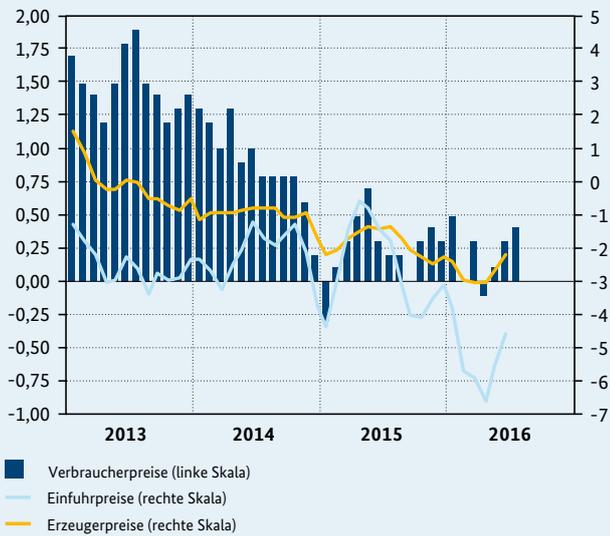
Nach einer leicht anziehenden Preistendenz in der ersten Jahreshälfte 2016 schwächte sich der Aufwärtstrend zur Jahresmitte wieder etwas ab. Nach wie vor bestimmen die niedrigen Energiepreise die Gesamtentwicklung und sorgen insgesamt für ein entspanntes Preisklima auf allen Wirtschaftsstufen. Zum Jahresende dürfte der im Vorjahresvergleich dämpfende Effekt der Energiepreise allmählich auslaufen und die Inflation allmählich etwas anziehen. Die Bundesregierung rechnet laut ihrer Frühjahrsprojektion mit einem durchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg von 0,5 % in diesem Jahr.

Der Rohölpreis zeigt derzeit keinen eindeutigen Trend. Nach dem Brexit-Votum ging der Rohölpreis im Juli recht deutlich zurück (-13 %). Bis Mitte August erholte er sich allerdings wieder und lag mit knapp 46 US-Dollar in etwa auf Vormonatsniveau.

Die Einfuhrpreise sind im Juni gegenüber dem Vormonat erneut angestiegen (+0,5 %). Vor allem Energieprodukte verteuerten sich im Zuge der Rohölpreisentwicklung den vierten Monat in Folge. Für importierte Mineralölerzeugnisse musste im Juni durchschnittlich 4,4 % mehr bezahlt werden als noch im Mai. Der Vorjahresabstand bei den Einfuhrpreisen ging weiter auf -4,6 % zurück. Insbesondere die Energiepreise, zum Beispiel die Preise für Erdöl und Mineralölerzeugnisse, lagen aber noch immer um mehr als ein Fünftel unter ihrem Niveau vor zwölf Monaten. Die Importpreise ohne Energie verringerten sich dementsprechend nur um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr. Infolge der eher schwachen weltwirtschaftlichen Dynamik verbilligten sich hier die Vorleistungsgüter am stärksten.

Im Auslandsabsatz erhöhten die deutschen Exporteure ihre Preise im Juni um 0,2 % im Vergleich zum Vormonat. Die Preisimpulse kamen aus dem Bereich der Konsumgüter sowie aus dem Energiesektor. Binnen Jahresfrist fielen die Ausfuhrpreise mit einer Rate von -1,3 %, vor allem weil die Preise für Energie und Vorleistungsgüter im Vergleich zum Vorjahr sanken. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich aus deutscher Sicht im Juni 2016 mit +3,4 % gegenüber dem Vorjahreswert merklich schwächer als in den Vormonaten.

Preisentwicklung
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Quelle: StBA

Im Inlandsabsatz erhöhten sich die Erzeugerpreise im Juni um 0,4% im Vergleich zum Vormonat. Dabei verteuerten sich vor allem Energieprodukte, wie zum Beispiel Mineralölzeugnisse und elektrischer Strom. Teurer wurden aber auch Vorleistungsgüterprodukte. Die Preise der Investitions- und Konsumgüterproduzenten stiegen kaum. Auf Jahressicht sanken die Preise für gewerbliche Produkte um 2,2% bei leicht gestiegenen Preisen für Gebrauchs- und Investitionsgüter. Die Preise für Energie und Vorleistungsgüter waren dagegen deutlich niedriger als vor einem Jahr.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Juni	Juli	Juni	Juli
Insgesamt	0,1	0,3	0,3	0,4
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,0	0,4	1,3	1,3
Nahrungsmittel	-0,4	0,3	0,1	1,1
Bekleidung und Schuhe	-3,3	-3,4	0,5	0,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	1,0	3,9	1,5	1,7
Pauschalreisen	4,3	16,1	1,2	1,3
Energie	1,2	-1,2	-6,4	-7,0
Kraftstoffe	2,7	-1,9	-9,4	-11,5
Dienstleistungen	0,3	0,9	1,4	1,4
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,2	0,0	-	-

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise erhöhten sich von Juni auf Juli um 0,3%. Der Anstieg ging vor allem auf höhere Preise für Dienstleistungen, Nahrungsmittel und Nettokaltmieten zurück. Teurer wurden im Urlaubsmonat Juli aber auch Pauschalreisen. Preissenkungen im Vergleich zum Juni gab es dagegen mit den beginnenden Sommerschlussverkäufen bei Bekleidung und Schuhen. Die Inflationsrate, also der Anstieg der Verbraucherpreise auf Jahresfrist, erhöhte sich im Juli den dritten Monat in Folge. Sie stieg leicht um 0,1 Prozentpunkte auf +0,4%. Dämpfend wirkten weiterhin noch die niedrigen Energiepreise (-7,0%), wobei sich der Rückgang erstmals seit drei Monaten wieder verstärkte. Preise für Dienstleistungen stiegen moderat (+1,4%). Die Kerninflationsrate, ohne die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise, verharrte im Juli unverändert bei 1,3% im Vergleich zum Vorjahr.

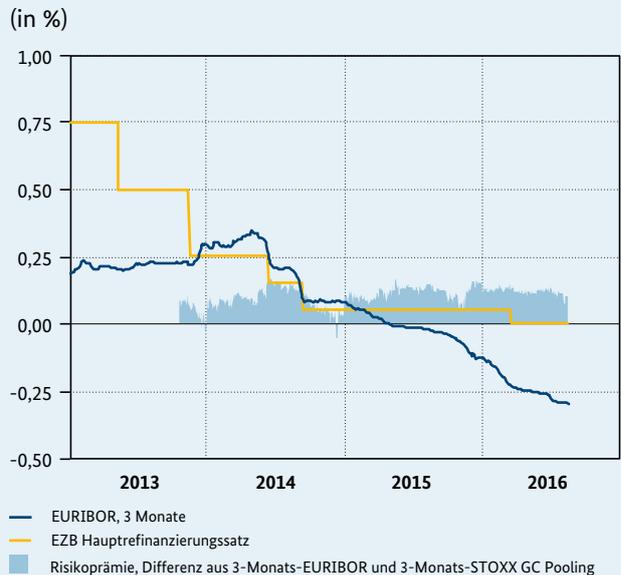
7. Monetäre Entwicklung

Der Euro konnte die Verluste nach dem Brexit-Votum teilweise aufholen.

Die Renditen für Unternehmensanleihen sinken weiter.

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzt ihre expansive Geldpolitik der fort. Der Refinanzierungssatz liegt unverändert bei 0,0% und für Einlagen mit -0,4% sogar im negativen Bereich.

Geldmarktsätze in der Eurozone



Quelle: Macrobond

Der besicherte Interbankenzins liegt derzeit bei -0,40%. Auch der unbesicherte Interbankenzins ging leicht zurück und ist mit -0,30% etwas weniger negativ. Geldpolitische Sondermaßnahmen der EZB im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) sorgen für eine zusätzliche Versorgung des Marktes mit Liquidität. Das monatliche Ankaufvolumen des Programms beläuft sich auf rund 80 Mrd. Euro. Anfang Juni 2016 startete die EZB zusätzlich mit dem Ankauf von Unternehmensanleihen (ohne Banken) als neuen Teil des EAPP.

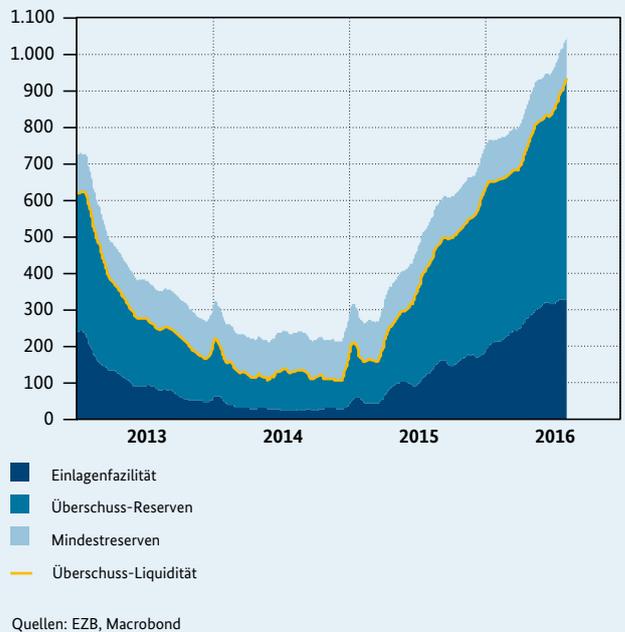


Ihre Bilanz hat die EZB durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,03 auf 3,28 Billionen Euro Anfang August 2016 ausgeweitet. Im Zuge des Ankaufprogramms der EZB stieg die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter an und lag im Juli bei 900 Mrd. Euro.

Die Rendite deutscher Staatsanleihen liegt schon lange auf außergewöhnlich niedrigem Niveau. Die Flucht der Anleger in sichere Häfen ließ die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen bereits im Juni erstmals in den negativen Bereich sinken. Nach dem Ausgang des Votums in Großbritannien für einen Brexit gingen die Zinsen nochmals zurück und lagen Mitte August bei -0,1%. Auch im restlichen Euroraum gingen die Renditen für zehnjährige Staatsanleihen zuletzt zurück, die Zinsdifferenz innerhalb des Euroraums verringert sich. Französische Staatsanleihen werden mit 0,1% verzinst, wohingegen die Rendite griechischer Staatsanlei-

Liquidität im Eurobanksystem

(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



hen bei 8,25% liegt. Die Rendite für portugiesische Anleihen beträgt 2,7%, für spanische 1,0% und für italienische 1,1%. Auch die Zinsen für Unternehmensanleihen sind zuletzt nochmals weiter gesunken und haben im August neue Rekordtiefstände erreicht. Aktuell liegen sie unter 0,1%.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



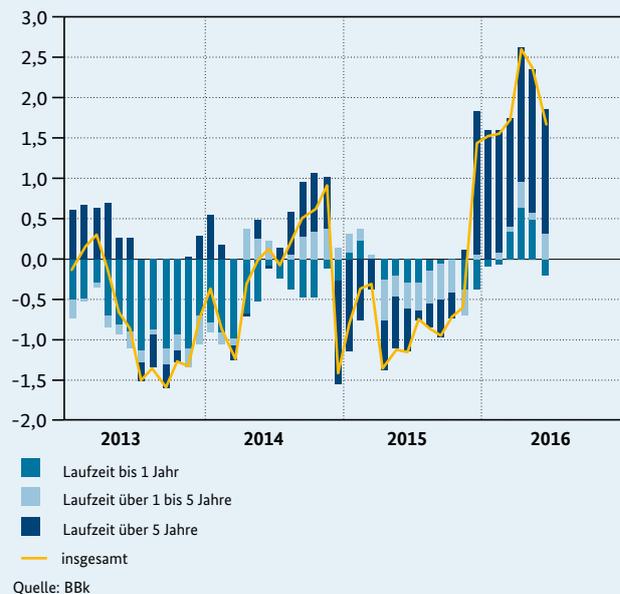
Im Dezember vorigen Jahres hat die amerikanische Notenbank die Zinsen letztmals auf 0,5 % angehoben und weitere Zinsschritte für 2016 angekündigt. Die Finanzmärkte erwarten heute jedoch langsamere Zinserhöhungsschritte der amerikanischen Notenbank als noch zu Jahresbeginn. Die britische Notenbank hat den Leitzins nach dem Brexit-Referendum auf 0,25 % gesenkt. Der Euro wertete gegenüber dem britischen Pfund um 1,5 % im Vergleich zum Vormonat auf. Gegenüber dem US-Dollar konnte der Euro seine Verluste des Vormonats teilweise kompensieren und wertete im August um 0,8 % auf. Im Vergleich zum Yen wertete der Euro im vergangenen Monat um 1,9 % ab. Nahezu unverändert blieb die Währungsrelation gegenüber dem chinesischen Renminbi (+0,02 %) und dem Schweizer Franken (+0,2 %). Insgesamt kam es gemessen am realen effektiven Wechselkurs der deutschen Wirtschaft gegenüber 56 Handelspartnern im Juli zu einer leichten Abwertung um 0,2 %.

Gemäß langfristigen Untersuchungen der Bundesbank folgt die Vergabe von Unternehmenskrediten mit zeitlicher Verzögerung der Wirtschaftsentwicklung. Nachdem die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bis November 2015 im Vorjahresvergleich rückläufig war, haben die Bestände seit Dezember wieder zugenommen. Das Volumen an Buchkrediten ging im Juni zwar etwas zurück, im Vergleich zum Vorjahr sind die Unternehmenskredite aber um 1,7 % angestiegen. Der Umfang der Buchkredite stieg über alle Laufzeiten hinweg, insbesondere die kurzfristigen Kredite mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr und Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren legten deutlich zu. Das aktuelle Bank Lending Survey der EZB für das zweite Vierteljahr bestätigt eine steigende Kreditnachfrage der deutschen Unternehmen. Der Mittelbedarf der deutschen Unternehmen steigt aber nicht mehr so dynamisch wie im Vorquartal. Die Banken geben auch an, dass die Kreditstandards für Unternehmen unverändert sind. Es gibt demnach keine Finanzierungsengpässe für die Unternehmen. Bei der Vergabe von Wohnungsbaukrediten für private Haushalte zeigten sich die Banken restriktiver. Dennoch lässt das niedrige Zinsniveau die Kreditvergabe an private Haushalte weiter steigen. Dieses legte im Juni erneut um 3,0 % gegenüber dem Vorjahr zu. Insbesondere bei Wohnungsbaukrediten hält die hohe Dynamik weiter an (+3,7 %).

Die Kreditvergabe im Euroraum zieht ebenfalls deutlich an. Im Juni lag das Kreditvolumen für nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften um 1,7 % über dem Vorjahreswert. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg ebenfalls um 1,7 %.

Innerhalb des Euroraums ist der Zinsabstand für Unternehmenskredite in der Tendenz rückläufig. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland müssen im Mittel 1,2 Prozentpunkte höhere Finanzierungskosten aufbringen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag dieser Abstand noch bei 2,4 Prozentpunkten.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Der kontinuierliche Anstieg der Geldmenge M3 des Euroraums setzt sich weiter fort. Die Jahresrate ihres Dreimonatsdurchschnitts lag im Juni bei 5,0 %. Insbesondere eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 ist für diesen Anstieg ausschlaggebend, die auf Jahresfrist Stand Mai um 8,6 % gestiegen ist. Die Ausweitung der Geldmenge ist zu einem großen Teil auf das Ankaufprogramm der EZB zurückzuführen. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7 % betragen.

III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

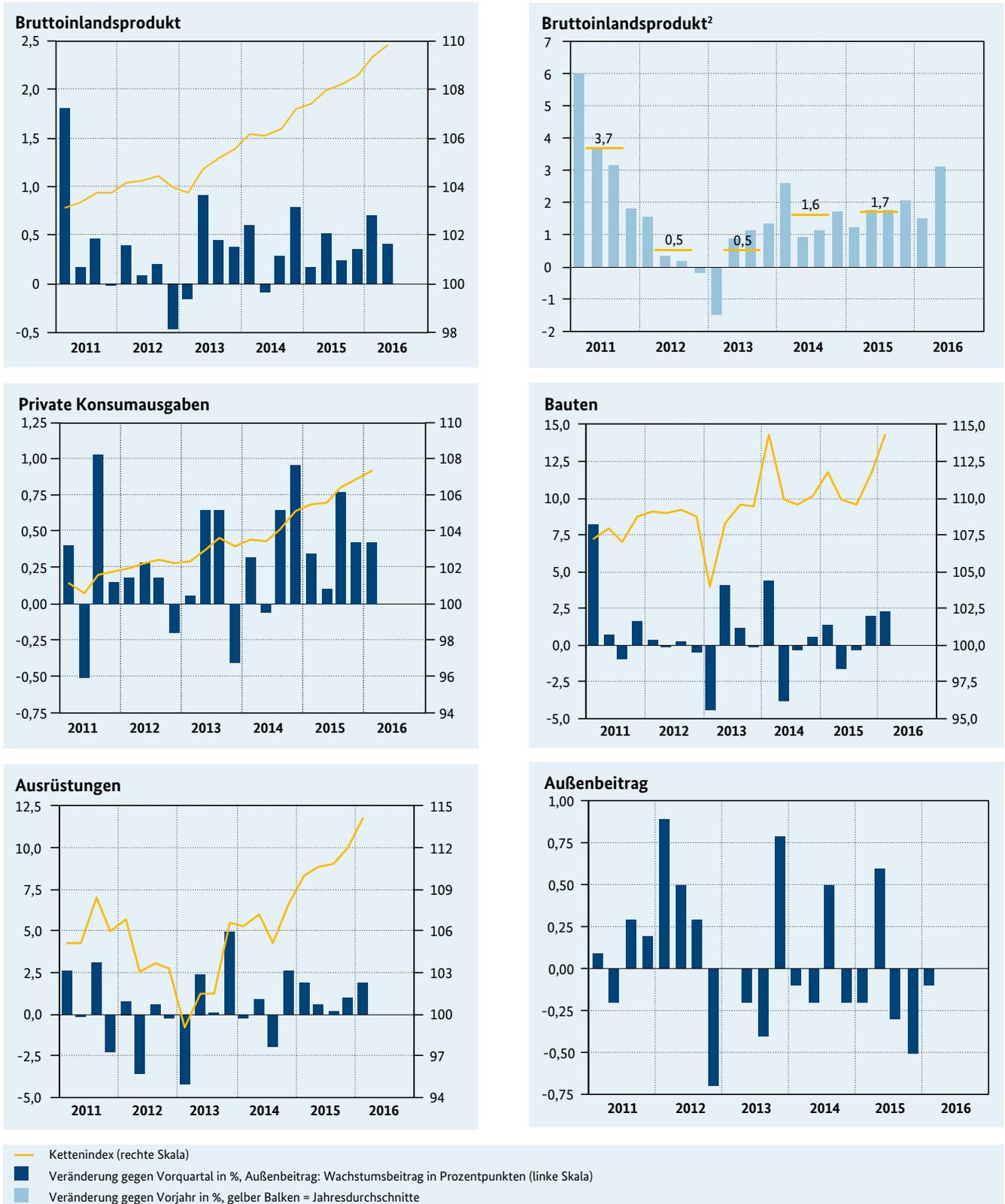
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2013		2014			2015			2016		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4
Inländische Verwendung	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	-
Private Konsumausgaben ³	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,5	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,7	+ 2,4	- 1,5	- 0,7	+ 1,3	+ 1,5	- 0,5	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,8	-
Ausrüstungen	+ 5,0	- 0,2	+ 0,9	- 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,9	-
Bauten	- 0,1	+ 4,4	- 3,8	- 0,4	+ 0,6	+ 1,4	- 1,7	- 0,3	+ 2,0	+ 2,3	-
Sonstige Anlagen	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2	-
Exporte	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,3	- 0,6	+ 1,0	-
Importe	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,4	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	-
Private Konsumausgaben ³	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	-
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,4	-
Ausrüstungen	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1	-
Bauten	0,0	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,2	-
Sonstige Anlagen	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung ⁵	- 0,6	0,0	+ 0,4	- 0,7	0,0	- 0,1	- 0,3	0,0	+ 0,1	+ 0,1	-
Außenbeitrag	+ 0,8	- 0,1	- 0,2	+ 0,5	- 0,2	- 0,2	+ 0,6	- 0,3	- 0,5	- 0,1	-

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
	2010-2015						2015		2016		
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,5	+ 3,1
Inländische Verwendung	+ 3,0	+ 2,9	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,0	-
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,8	-
Konsumausgaben des Staates	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,7	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,4	+ 7,2	- 0,4	- 1,3	+ 3,5	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 4,1	+ 2,1	-
Ausrüstungen	+10,9	+ 6,8	- 2,6	- 2,3	+ 4,5	+ 4,8	+ 3,4	+ 5,4	+ 6,3	+ 2,4	-
Bauten	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 2,9	+ 0,3	0,0	+ 0,2	+ 3,2	+ 1,9	-
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,3	- 0,3	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,2	-
Exporte	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,6	+ 4,0	+ 5,4	+ 6,5	+ 5,2	+ 5,0	+ 1,5	-
Importe	+12,9	+ 7,0	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 5,8	+ 5,4	+ 6,2	+ 5,9	+ 3,1	-

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2013		2014		2015				2016		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,5	+ 0,7	- 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,9	-
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,3	- 1,3	+ 1,6	-
Baugewerbe	+ 0,8	+ 3,3	- 2,8	- 0,9	- 0,3	+ 2,1	- 1,5	- 0,7	+ 1,2	+ 2,0	-
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,3	+ 0,7	- 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2	0,0	- 0,1	+ 1,9	-
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,4	- 0,1	- 0,3	- 1,2	- 0,4	+ 1,0	+ 3,3	-
Unternehmensdienstleister	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,1	- 0,6	-
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	0,0	+ 0,3	-

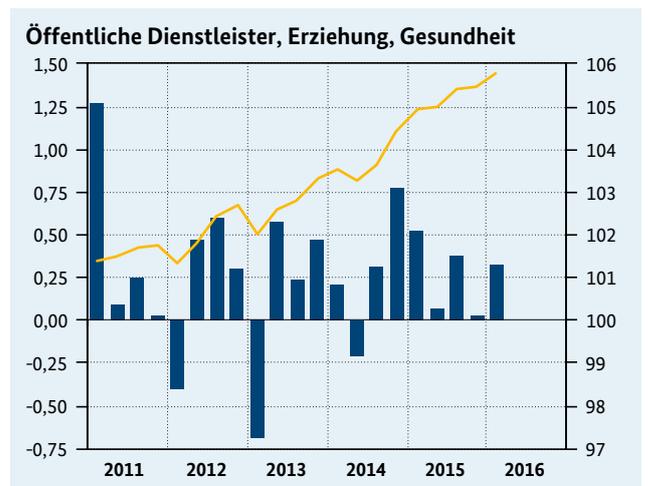
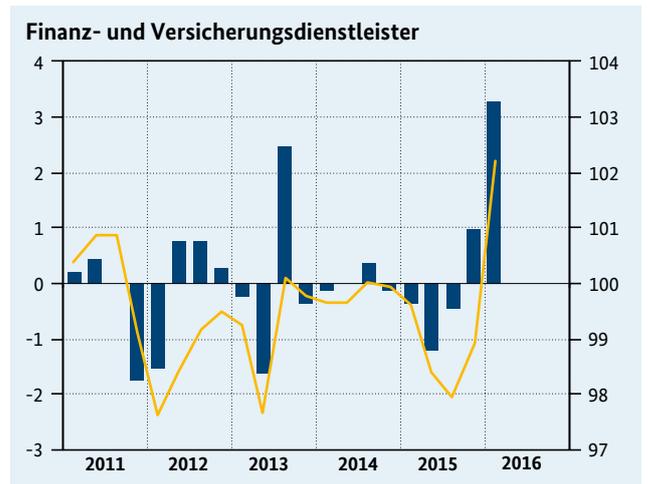
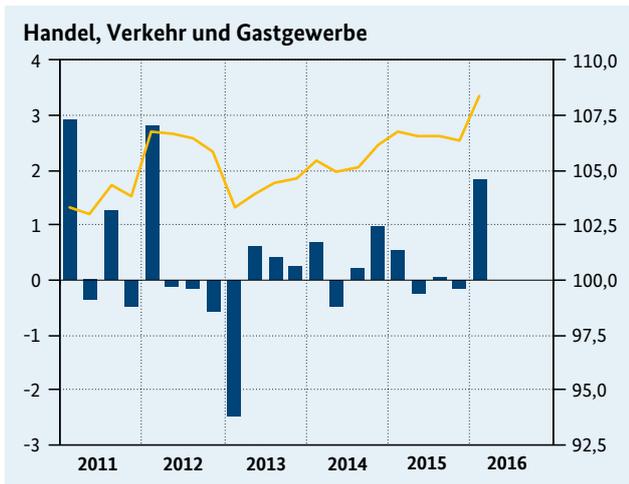
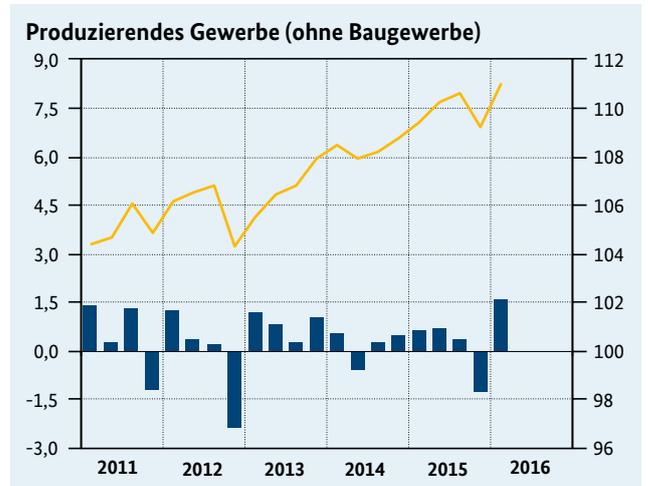
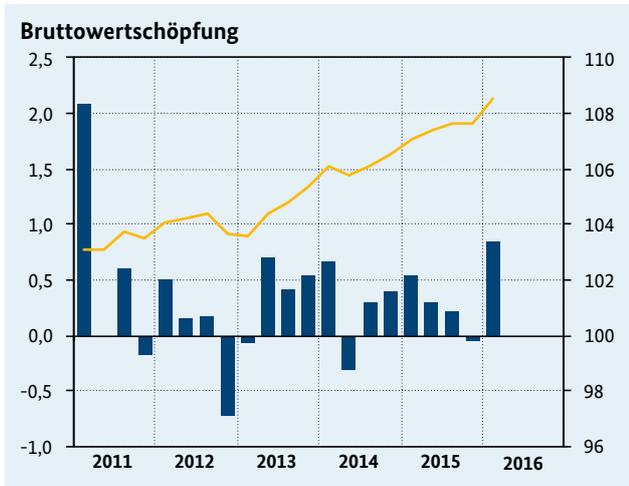
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2015						2016				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,4
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	-
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	-
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2
Arbeitsvolumen ⁴	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 2,3	+ 0,2	-
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 3,8	+ 2,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,1	0,0	-
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,4	-
Lohnstückkosten ⁷	- 1,1	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,4	-
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,5	-
Terms of Trade	- 2,3	- 2,7	- 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,5	-

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2016	2017
IWF	Internationaler Währungsfonds	07/2016	(+ 1,6) ^a	(+ 1,2) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2016	+ 1,7	+ 1,4
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	06/2016	+ 1,5	+ 1,3
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2016	+ 1,8	+ 1,6
IfW	Institut für Weltwirtschaft	06/2016	+ 1,9	+ 2,1
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	06/2016	+ 1,8	+ 1,6
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	06/2016	+ 1,7	+ 1,5
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2016	+ 1,7	+ 1,6
EU	Europäische Kommission	05/2016	+ 1,6	+ 1,6
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2016	+ 1,7	+ 1,5
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2016	+ 1,6	+ 1,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

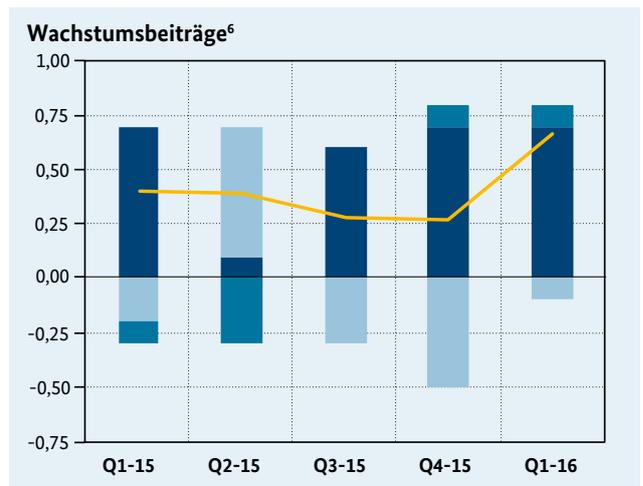
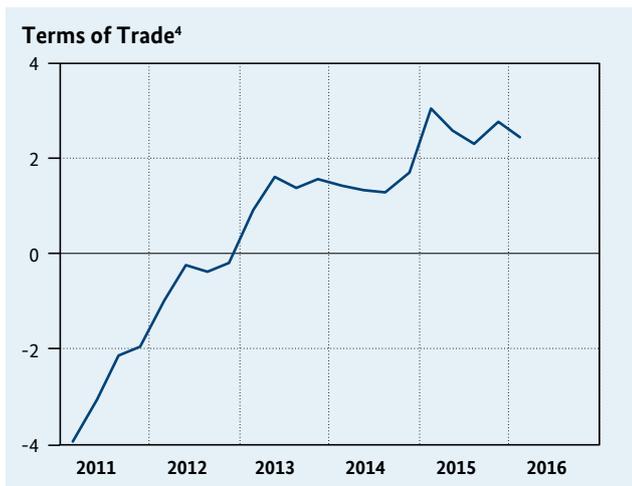
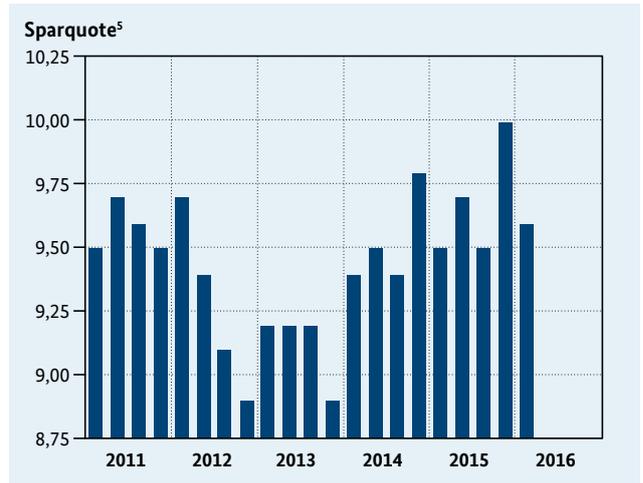
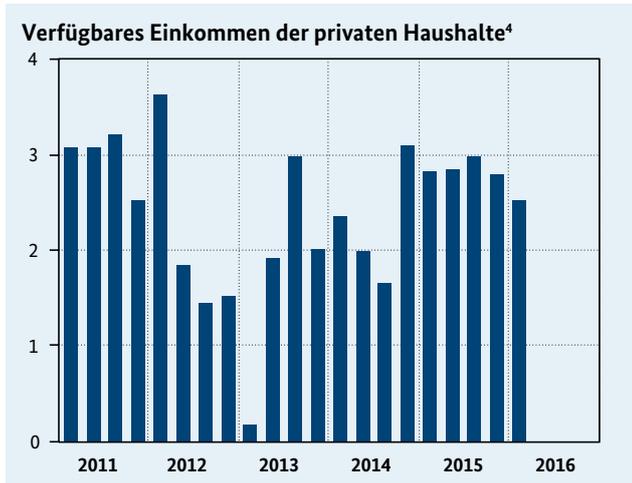


— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 ■ Vorratsveränderungen
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2013		2014			2015				2016		
	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,9	- 0,3	+ 0,9	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,5	+ 0,2	+ 1,4	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Japan	+ 1,7	+ 1,4	0,0	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1	+ 1,3	- 2,1	- 0,6	+ 0,5	+ 1,2	- 0,4	+ 0,5	- 0,4	+ 0,5	0,0
USA	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 0,8	+ 1,0	- 0,3	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
China	+ 8,1	+ 7,7	+ 7,2	+ 6,8	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,8

	in % des BIP⁴															
	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,4	+ 8,6	+ 6,3	+ 7,6	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,9	+ 7,7	+ 8,3	+ 8,5	+ 9,1	+ 8,3	+ 9,5	+ 9,5
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,3	-
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	-
Japan	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
USA	- 2,7	- 2,2	- 2,2	- 2,5	- 2,2	- 1,9	- 2,2	- 2,2	- 2,2	- 2,4	- 2,6	- 2,5	- 2,7	- 2,5	- 2,7	-
China	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3

	2016															
	2013	2014	2015	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,2	5,0	4,6	4,6	4,6	4,5	4,5	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3	4,2	4,2	-
Eurozone (EZ 19) ²	12,0	11,6	10,9	10,8	10,7	10,6	10,6	10,5	10,5	10,4	10,3	10,2	10,2	10,1	10,1	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,8	10,2	9,4	9,4	9,3	9,2	9,1	9,0	9,0	8,9	8,9	8,7	8,7	8,6	8,6	-
Japan	4,0	3,6	3,4	3,3	3,4	3,4	3,2	3,3	3,3	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1	-
USA	7,4	6,2	5,3	5,3	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0	4,7	4,9	4,9
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	-

	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	0,0	+ 0,2	+ 0,4
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,4	+ 0,4	0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,5	+ 0,6	0,0	+ 0,2	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	0,0	- 0,2	- 0,1	0,0	-
Japan	+ 0,3	+ 2,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,3	-
USA	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	-
China	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

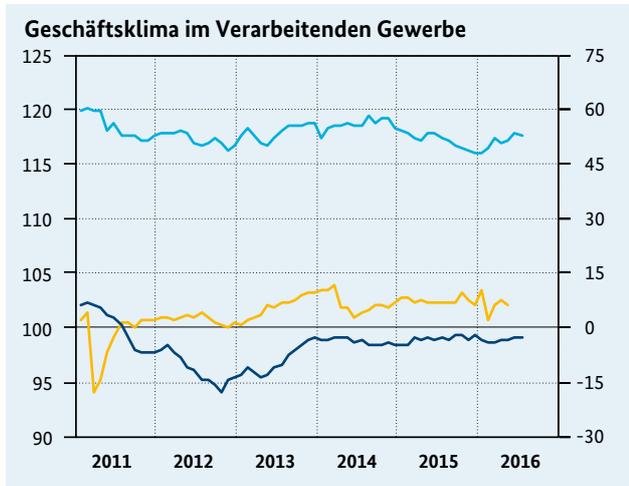
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2015		2016		2016					
	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	100,1	100,2	99,7	99,6	99,4	99,3	-	99,3	99,4	-	-	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	121,7	125,6	127,8	128,1	128,5	128,7	-	128,7	129,3	129,5	-	-	-
CPB Welthandel ²	127,9	131,6	133,8	133,4	134,3	134,3	-	134,0	133,6	133,0	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4837	4642	2852	2742	2429	2037	2311	2116	2331	2383	2385	2156	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 9,0	- 3,8	- 3,1	- 2,9	- 2,4	- 3,8	- 3,4	- 4,1	- 3,6	- 3,7	- 2,8	- 2,4	-
Industrieproduktion ⁴	101,5	103,3	105,0	105,3	105,5	106,6	-	105,7	107,1	106,0	106,8	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	2,0	1,2	1,4	1,2	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	0,6	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-18,8	-10,2	- 6,2	- 7,0	- 6,4	- 8,3	- 7,8	- 9,7	- 9,3	- 7,0	- 7,2	- 7,9	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	53,8	55,6	51,3	51,0	48,6	49,8	51,8	51,8	50,8	51,3	53,2	52,6	-
Industrieproduktion ⁷	101,9	104,9	105,2	105,5	104,6	104,1	103,8	103,4	103,8	103,5	104,1	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,3	2,5	2,1	2,2	2,2	1,9	1,8	1,9	1,8	1,8	1,6	1,5	-
Konsumentenvertrauen ⁸	73,2	86,9	98,0	98,3	96,0	96,0	94,8	96,1	94,7	92,4	97,4	97,3	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,0	102,2	102,5	102,4	102,6	102,0	-	102,0	102,6	102,1	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,0	99,1	97,9	97,1	97,1	96,1	96,1	96,7	97,3	94,6	96,4	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,7	0,5	0,3	0,4	0,3	0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1
Konsumentenvertrauen ¹¹	43,6	39,3	41,3	41,0	42,2	41,4	41,2	41,7	40,8	40,9	41,8	41,3	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,7	49,9	49,8	49,7	49,5	50,1	50,2	50,1	50,1	50,0	49,9	-
Industrieproduktion ¹³	+ 9,7	+ 8,3	+ 6,1	+ 5,9	+ 5,9	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,8	+ 6,0	+ 6,0	+ 6,2	+ 6,0	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	4,2	3,4	3,4	3,0	2,8	2,9	2,8	-	3,0	2,8	-	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	101,2	104,4	105,9	104,7	103,9	102,8	101,2	100,0	101,0	99,8	102,9	-	-

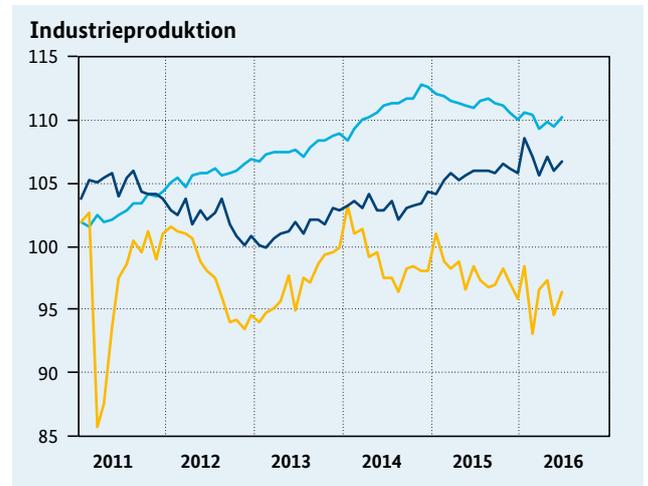
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

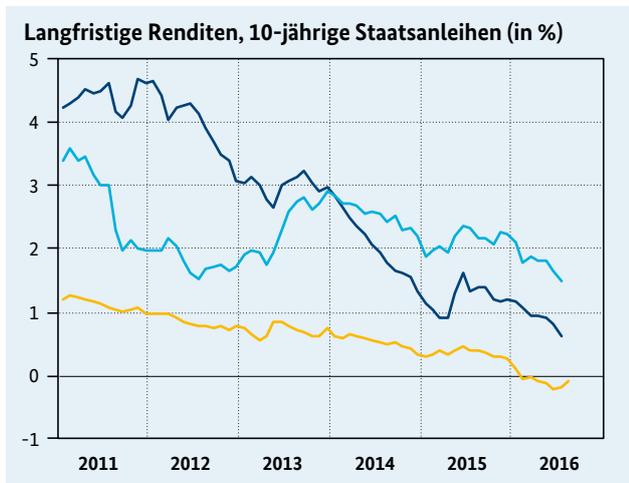
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



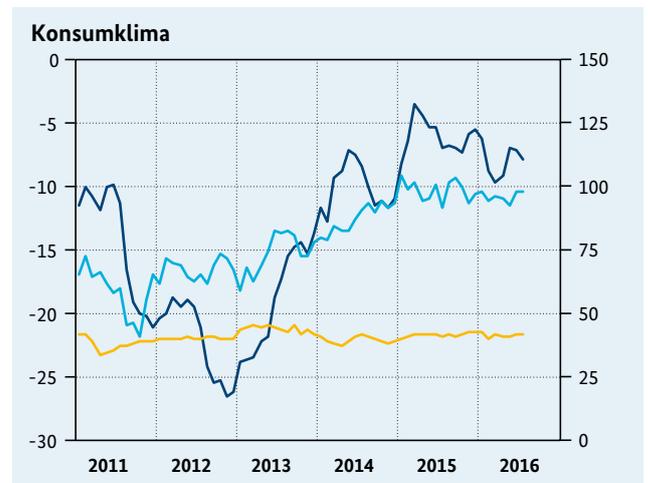
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸

Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

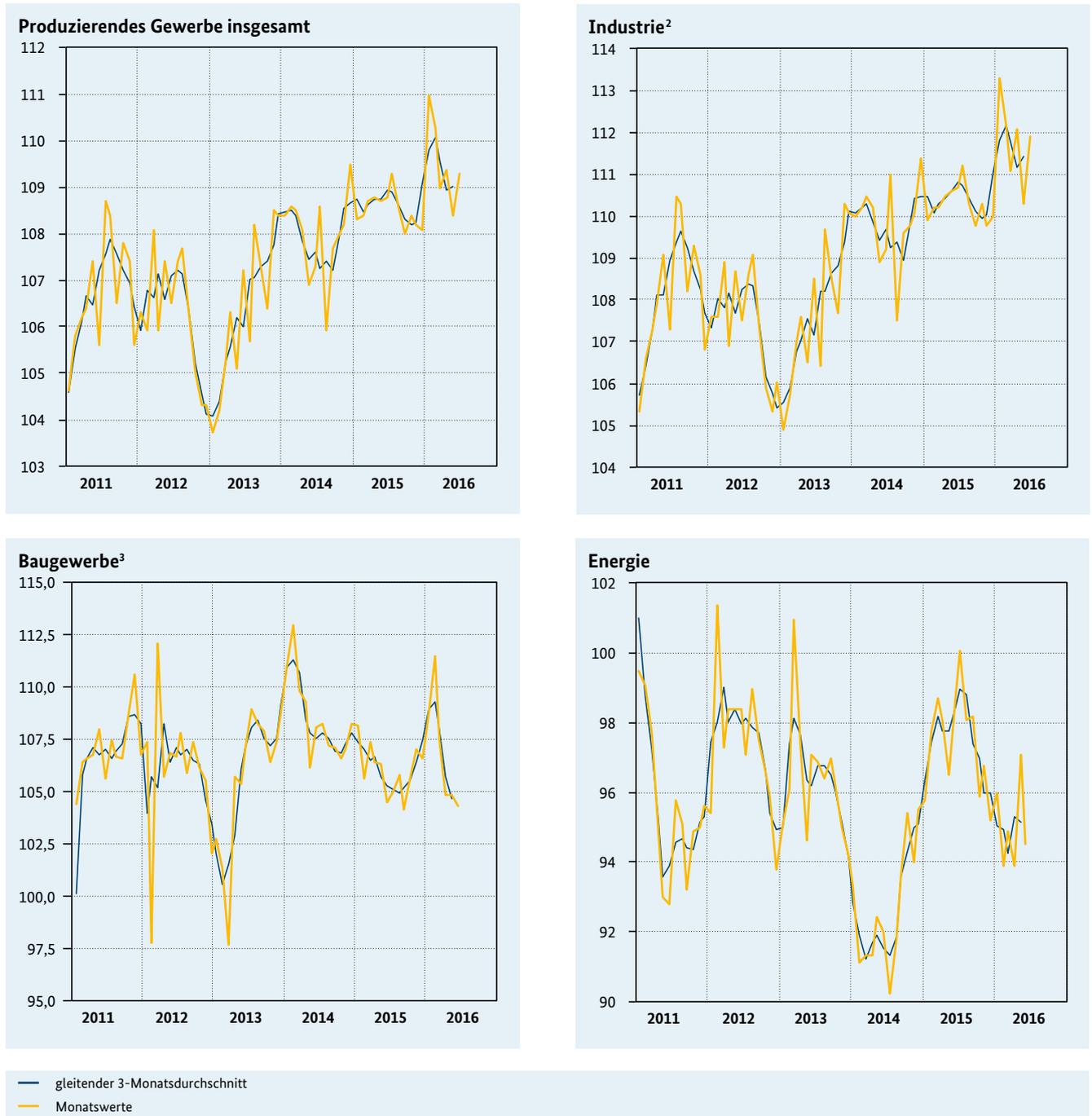
Bundesrepublik Deutschland

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,4	108,0	108,5	108,6	108,2	110,1	109,0	111,0	110,3	109,0	109,4	108,4	109,3
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	0,5	-0,2	-0,4	1,8	-1,0	2,7	-0,6	-1,2	0,4	-0,9	0,8
	gg. Vj. in %	0,1	1,4	0,6	1,0	-0,3	1,5	0,3	2,6	1,8	0,3	0,7	-0,4	0,5
Industrie²	Index	107,7	109,9	110,3	110,4	110,0	112,2	111,4	113,3	112,2	111,1	112,1	110,3	111,9
	gg. Vp. in %	0,2	2,0	0,4	-0,2	-0,4	2,0	-0,7	3,0	-1,0	-1,0	0,9	-1,6	1,5
	gg. Vj. in %	0,3	1,9	0,5	0,9	-0,4	1,8	0,7	3,1	2,0	0,8	1,5	-0,4	1,2
Vorleistungsgüter	Index	104,4	106,3	106,2	105,9	106,1	107,6	106,6	107,7	108,3	106,9	107,2	106,7	106,0
	gg. Vp. in %	-0,2	1,8	-0,1	-0,4	0,2	1,4	-0,9	0,7	0,6	-1,3	0,3	-0,5	-0,7
	gg. Vj. in %	-0,2	1,8	-0,1	0,2	-0,3	1,3	0,3	1,4	2,0	0,7	0,8	0,5	-0,4
Investitionsgüter	Index	113,9	116,6	117,7	118,1	117,5	120,2	119,1	122,5	119,8	118,4	120,5	116,4	120,5
	gg. Vp. in %	0,5	2,4	0,9	0,1	-0,5	2,3	-0,9	5,1	-2,2	-1,2	1,8	-3,4	3,5
	gg. Vj. in %	0,6	2,3	0,9	1,6	-0,2	2,5	1,1	4,8	2,0	1,0	2,0	-1,6	2,7
Konsumgüter	Index	100,5	101,9	102,1	102,4	101,2	103,5	104,0	104,1	103,2	103,2	103,3	103,7	104,9
	gg. Vp. in %	0,6	1,4	0,2	-0,5	-1,2	2,3	0,5	2,9	-0,9	0,0	0,1	0,4	1,2
	gg. Vj. in %	0,7	1,3	0,1	0,9	-1,2	1,6	1,1	2,9	1,7	0,5	1,7	0,9	0,8
Baugewerbe	Index	105,6	108,5	106,0	105,0	106,4	109,3	104,6	108,8	111,5	107,6	104,8	104,8	104,3
	gg. Vp. in %	-0,3	2,7	-2,3	-0,7	1,3	2,7	-4,3	2,1	2,5	-3,5	-2,6	0,0	-0,5
	gg. Vj. in %	-0,3	2,7	-2,2	-2,2	-0,8	2,9	-1,0	1,0	7,9	0,2	-1,3	-1,3	-0,3
Bauhauptgewerbe ³	Index	113,8	119,8	119,0	117,1	121,2	122,9	116,7	121,5	126,9	120,4	115,9	116,3	117,9
	gg. Vp. in %	2,1	5,3	-0,7	-0,6	3,5	1,4	-5,0	-0,5	4,4	-5,1	-3,7	0,3	1,4
	gg. Vj. in %	2,1	5,3	-0,7	-1,3	1,5	3,3	-0,9	-0,9	11,7	0,2	-1,7	-1,6	0,8
Ausbaugewerbe	Index	98,2	98,2	94,3	93,9	93,0	96,9	93,7	97,3	97,5	95,9	94,8	94,4	92,0
	gg. Vp. in %	-2,7	0,0	-4,0	-0,9	-1,0	4,2	-3,3	5,1	0,2	-1,6	-1,1	-0,4	-2,5
	gg. Vj. in %	-2,7	0,1	-4,0	-3,5	-2,9	2,1	-1,1	3,1	3,8	0,2	-0,9	-0,9	-1,7
Energie⁴	Index	96,4	92,7	97,5	98,8	96,0	94,9	95,2	96,0	93,9	94,9	93,9	97,1	94,5
	gg. Vp. in %	-1,0	-3,8	5,2	1,0	-2,8	-1,1	0,3	0,8	-2,2	1,1	-1,1	3,4	-2,7
	gg. Vj. in %	-1,0	-3,8	5,2	7,5	1,1	-2,7	-2,5	0,1	-4,2	-3,9	-4,2	0,6	-4,0
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	105,7	108,6	110,3	110,2	110,4	111,5	110,7	112,1	111,6	110,8	111,8	110,7	109,7
	gg. Vp. in %	-0,2	2,7	1,6	-0,5	0,2	1,0	-0,7	1,1	-0,4	-0,7	0,9	-1,0	-0,9
	gg. Vj. in %	0,0	2,6	1,5	1,9	0,8	1,6	0,1	2,1	1,7	1,0	1,0	-0,3	-0,4
Inland	Index	103,2	104,5	105,0	104,9	105,2	106,5	105,0	107,5	106,5	105,4	105,7	104,7	104,7
	gg. Vp. in %	-1,5	1,3	0,5	-0,3	0,3	1,2	-1,4	2,2	-0,9	-1,0	0,3	-0,9	0,0
	gg. Vj. in %	-1,4	1,3	0,5	1,1	0,7	1,5	-0,2	2,6	2,0	0,1	0,9	-0,6	-0,8
darunter: Investitionsgüter	Index	107,6	111,0	113,7	113,2	114,9	116,5	114,7	119,0	116,2	114,4	117,0	112,7	114,3
	gg. Vp. in %	-1,7	3,2	2,4	-0,4	1,5	1,4	-1,5	5,1	-2,4	-1,5	2,3	-3,7	1,4
	gg. Vj. in %	-1,6	3,1	2,4	2,3	2,1	2,9	0,8	5,6	3,1	0,7	4,2	-1,2	-0,5
Ausland	Index	108,4	113,0	115,8	115,8	115,9	116,8	116,9	117,0	117,0	116,5	118,4	117,2	115,0
	gg. Vp. in %	1,3	4,2	2,5	-0,7	0,1	0,8	0,1	-0,1	0,0	-0,4	1,6	-1,0	-1,9
	gg. Vj. in %	1,4	4,1	2,5	2,8	0,9	1,7	0,3	1,4	1,5	1,9	1,2	0,0	-0,1
darunter: Eurozone	Index	97,1	102,0	106,4	106,9	107,8	109,3	109,4	109,0	109,4	109,4	110,5	109,6	108,2
	gg. Vp. in %	-1,8	5,0	4,3	0,5	0,8	1,4	0,1	-0,7	0,4	0,0	1,0	-0,8	-1,3
	gg. Vj. in %	-1,7	5,0	4,3	4,7	3,9	4,6	3,0	3,9	4,2	5,7	4,5	3,3	1,1
		2013		2014		2015			2016					
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	83,0	83,7	83,9	83,9	83,9	84,1	84,4	84,4	84,3	84,4	85,1	84,4	84,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	106,0	109,1	110,2	109,4	110,0	111,0	110,4	110,6	109,7	112,6	110,5	110,6	110,2
	gg. Vp. in %	2,7	2,9	1,0	-2,0	0,5	0,9	-0,5	0,5	-0,8	2,6	-1,9	0,1	-0,4
	gg. Vj. in %	2,8	2,8	1,0	-0,3	-0,7	1,2	-1,2	0,4	0,7	2,4	-0,4	0,0	-3,1
Inland	Index	101,8	103,4	105,3	104,7	105,9	105,0	105,9	104,3	105,2	105,5	107,2	104,9	105,6
	gg. Vp. in %	1,0	1,6	1,8	0,4	1,1	-0,8	0,9	-1,4	0,9	0,3	1,6	-2,1	0,7
	gg. Vj. in %	1,0	1,6	1,8	2,6	2,1	-1,1	1,5	-1,3	1,4	-2,9	1,9	0,6	2,1
Ausland	Index	109,5	113,7	114,2	113,2	113,4	115,8	114,1	115,7	113,3	118,3	113,2	115,3	113,9
	gg. Vp. in %	4,2	3,8	0,4	-3,7	0,2	2,1	-1,5	1,9	-2,1	4,4	-4,3	1,9	-1,2
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	0,4	-2,5	-2,7	2,9	-3,2	1,6	0,3	6,7	-2,1	-0,4	-6,5
Eurozone	Index	98,9	101,7	105,8	109,3	105,6	106,8	109,2	108,3	105,3	106,9	109,4	113,9	104,2
	gg. Vp. in %	3,5	2,8	4,0	2,0	-3,4	1,1	2,2	8,0	-2,8	1,5	2,3	4,1	-8,5
	gg. Vj. in %	3,8	2,6	3,8	6,3	-0,1	5,8	1,6	7,0	5,4	4,8	2,6	8,0	-5,1
Nicht-Eurozone	Index	116,9	122,1	120,1	115,9	118,9	122,0	117,5	120,9	118,9	126,3	115,8	116,2	120,6
	gg. Vp. in %	4,7	4,4	-1,6	-7,2	2,6	2,6	-3,7	-1,5	-1,7	6,2	-8,3	0,3	3,8
	gg. Vj. in %	4,6	4,4	-1,6	-7,4	-4,2	1,3	-5,9	-1,6	-2,9	8,0	-4,9	-5,2	-7,3
Vorleistungsgüter	Index	100,1	102,1	101,6	100,3	102,7	100,9	102,4	100,0	101,9	100,8	105,1	101,4	100,7
	gg. Vp. in %	0,4	2,0	-0,5	-1,0	2,4	-1,8	1,5	-2,5	1,9	-1,1	4,3	-3,5	-0,7
	gg. Vj. in %	0,3	2,0	-0,5	-1,2	0,0	-0,8	1,1	-2,9	0,7	-0,5	4,7	0,0	-1,3
Inland	Index	99,3	99,8	99,1	98,2	100,0	98,0	99,4	97,2	98,2	98,6	103,7	97,2	97,4
	gg. Vp. in %	0,4	0,5	-0,7	-0,5	1,8	-2,0	1,4	-2,0	1,0	0,4	5,2	-6,3	0,2
	gg. Vj. in %	0,3	0,5	-0,7	-0,4	0,9	-1,3	0,7	-2,9	0,5	-1,4	5,4	-2,2	-1,2
Ausland	Index	101,0	104,7	104,5	102,7	105,9	104,3	105,9	103,3	106,2	103,3	106,8	106,4	104,6
	gg. Vp. in %	0,4	3,7	-0,2	-1,5	3,1	-1,5	1,5	-3,2	2,8	-2,7	3,4	-0,4	-1,7
	gg. Vj. in %	0,3	3,8	-0,2	-2,1	-1,1	-0,6	1,6	-3,1	1,0	0,4	4,0	2,4	-1,5
Investitionsgüter	Index	110,6	114,3	116,4	116,1	115,0	117,7	116,0	117,0	115,0	121,0	114,2	117,0	116,8
	gg. Vp. in %	4,5	3,3	1,8	-2,5	-0,9	2,3	-1,4	1,9	-1,7	5,2	-5,6	2,5	-0,2
	gg. Vj. in %	4,6	3,3	1,7	0,1	-1,7	2,2	-2,7	1,2	1,1	4,1	-3,6	-0,1	-4,4
Inland	Index	104,9	107,8	112,1	111,8	112,6	112,6	112,9	111,7	113,0	113,0	111,5	112,3	114,9
	gg. Vp. in %	1,5	2,8	4,0	1,3	0,7	0,0	0,3	-1,1	1,2	0,0	-1,3	0,7	2,3
	gg. Vj. in %	1,5	2,8	4,1	5,4	2,9	-0,9	2,3	0,0	2,6	-4,6	-1,2	2,4	5,8
Ausland	Index	114,1	118,4	119,0	118,7	116,5	120,8	117,9	120,3	116,3	125,9	115,9	119,9	118,0
	gg. Vp. in %	6,3	3,8	0,5	-4,7	-1,9	3,7	-2,4	3,7	-3,3	8,3	-7,9	3,5	-1,6
	gg. Vj. in %	6,4	3,6	0,5	-2,9	-4,2	4,2	-5,5	2,0	0,2	9,9	-5,0	-1,5	-9,3
Konsumgüter	Index	103,5	107,3	109,7	107,5	111,8	113,7	111,0	118,2	110,2	112,6	111,3	111,3	110,5
	gg. Vp. in %	1,7	3,7	2,2	-3,1	4,0	1,7	-2,4	3,8	-6,8	2,2	-1,2	0,0	-0,7
	gg. Vj. in %	1,7	3,6	2,2	0,5	4,1	4,5	0,3	10,8	-1,3	4,3	0,8	0,8	-0,7
Inland	Index	97,8	99,4	101,5	101,0	101,6	101,6	103,1	102,2	100,1	102,6	102,9	106,9	99,6
	gg. Vp. in %	0,8	1,6	2,1	-0,7	0,6	0,0	1,5	-0,5	-2,1	2,5	0,3	3,9	-6,8
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	2,1	2,0	2,2	0,2	1,4	0,3	-1,3	1,4	2,2	4,6	-2,4
Ausland	Index	108,3	114,0	116,8	113,1	120,5	124,0	117,8	131,9	118,9	121,1	118,4	115,0	119,9
	gg. Vp. in %	2,2	5,3	2,5	-4,7	6,5	2,9	-5,0	6,9	-9,9	1,9	-2,2	-2,9	4,3
	gg. Vj. in %	2,2	5,3	2,4	-0,6	5,4	7,9	-0,6	18,9	-1,4	6,7	-0,3	-2,0	0,5
Industrie ohne Großaufträge²	Index	105,0	108,4	109,9	108,6	110,2	110,8	109,7	110,7	111,1	110,7	109,1	109,5	110,5
	gg. Vp. in %	1,4	3,2	1,4	-2,3	1,5	0,5	-1,0	0,2	0,4	-0,4	-1,4	0,4	0,9
	gg. Vj. in %	1,5	3,2	1,4	0,4	-0,3	1,1	-1,2	-0,1	1,3	2,1	-1,6	-1,1	-1,1

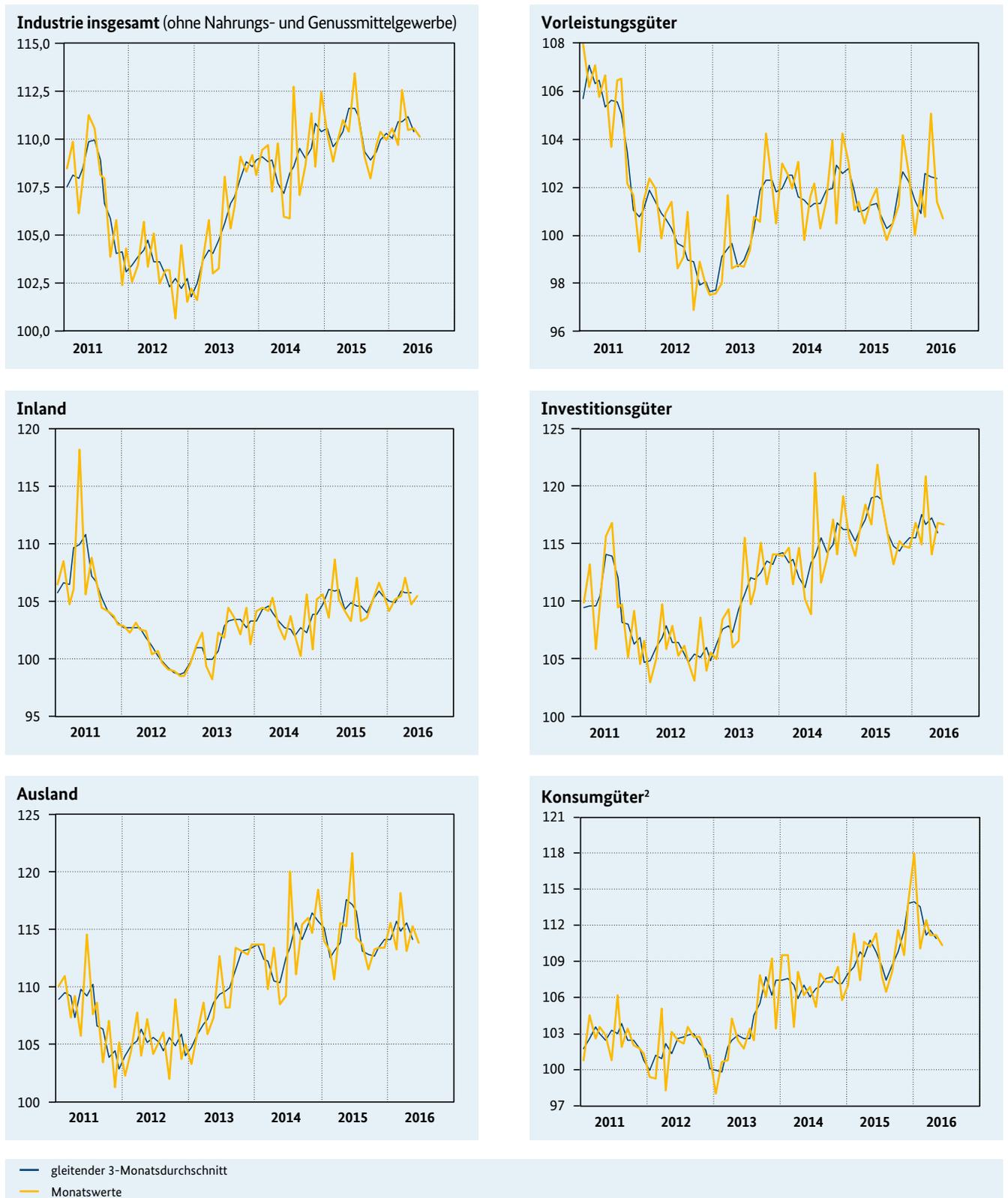
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

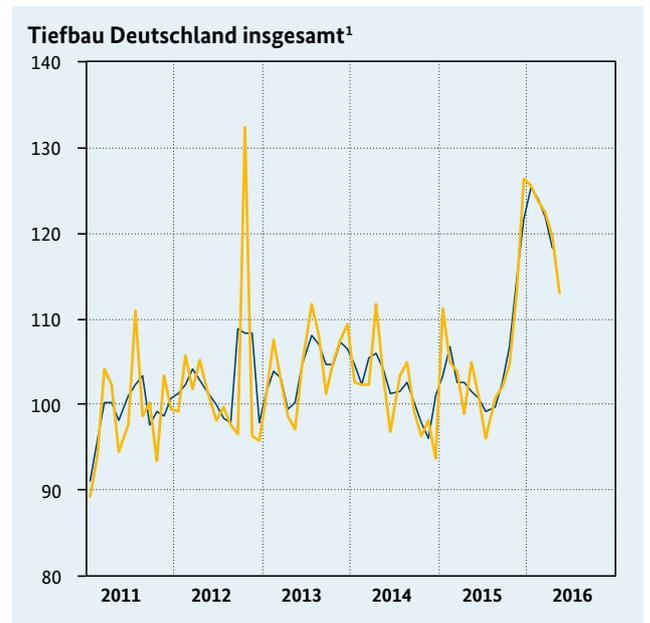
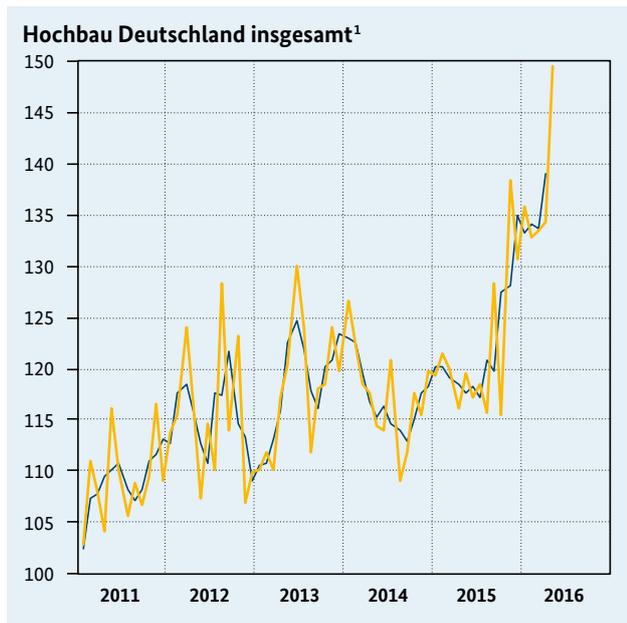
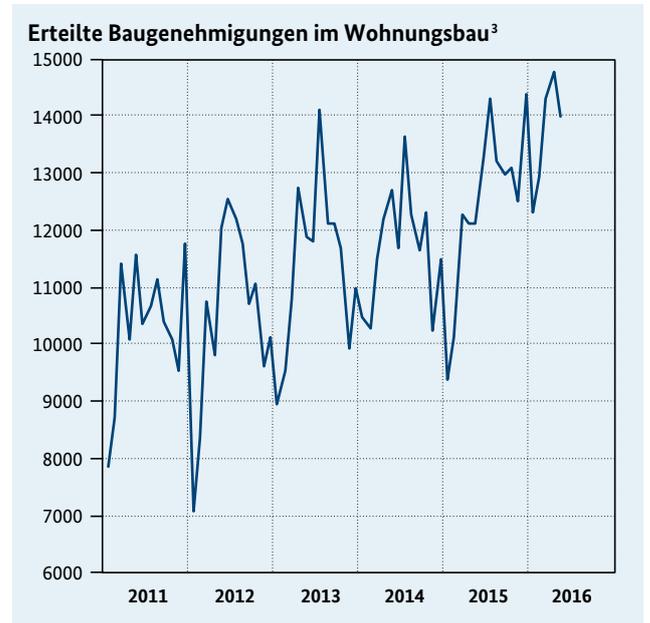
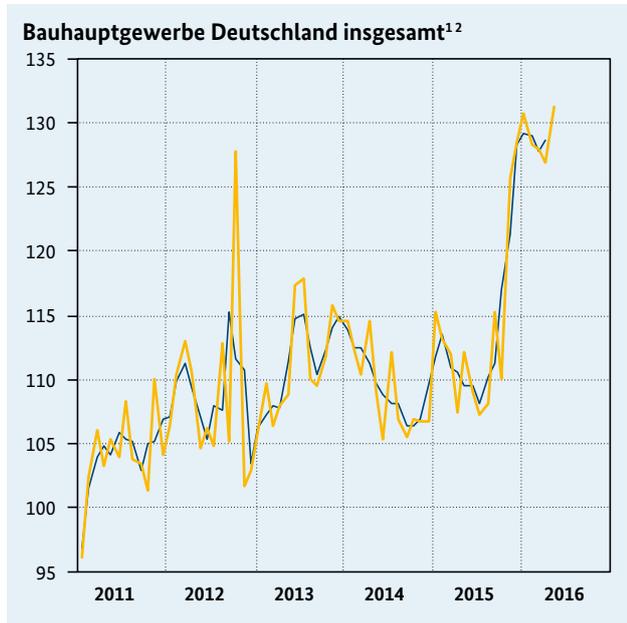
					2015			2016			2016				
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	111,3	109,3	113,7	109,6	110,3	121,5	129,1	128,6	130,9	128,4	128,1	127,0	131,4
		gg. Vp. in %	2,2	-1,8	4,0	-3,4	0,6	10,2	6,3	2,2	1,8	-1,9	-0,2	-0,9	3,5
		gg. Vj. in %	2,1	-1,9	3,8	-0,2	1,7	13,2	14,0	19,9	12,7	14,2	14,7	17,9	17,0
Hochbau		Index	118,0	117,4	121,8	117,6	120,9	128,2	134,2	130,7	136,0	133,0	133,6	134,4	149,7
		gg. Vp. in %	2,3	-0,5	3,7	-2,2	2,8	6,0	4,7	-5,7	4,1	-2,2	0,5	0,6	11,4
		gg. Vj. in %	2,4	-0,9	3,8	1,9	5,9	8,6	11,6	9,3	14,4	9,7	11,0	15,4	25,3
Wohnungsbau		Index	131,0	134,9	149,9	142,9	156,1	152,6	172,8	159,8	174,0	166,6	177,7	159,6	176,8
		gg. Vp. in %	4,0	3,0	11,1	-3,4	9,2	-2,2	13,2	2,5	8,9	-4,3	6,7	-10,2	10,8
		gg. Vj. in %	4,3	2,5	11,4	3,6	27,8	7,9	17,1	6,6	19,0	13,8	18,3	12,7	22,6
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	111,6	108,7	107,8	105,1	103,5	116,2	115,1	116,3	117,1	116,3	111,8	121,9	136,3
		gg. Vp. in %	1,5	-2,6	-0,8	-1,3	-1,5	12,3	-0,9	-10,5	0,7	-0,7	-3,9	9,0	11,8
		gg. Vj. in %	1,4	-3,0	-0,8	0,9	-6,0	9,0	7,8	11,3	11,2	7,1	6,0	17,3	27,2
Tiefbau		Index	104,6	101,3	105,7	101,6	99,7	114,8	124,0	126,5	125,8	123,8	122,5	119,6	113,1
		gg. Vp. in %	2,0	-3,2	4,3	-4,8	-1,9	15,1	8,0	11,8	-0,6	-1,6	-1,1	-2,4	-5,4
		gg. Vj. in %	1,9	-3,0	3,7	-2,3	-2,9	19,6	16,6	35,5	10,8	19,3	18,5	20,8	8,0
Straßenbau		Index	103,6	99,2	101,2	98,5	100,8	102,8	128,7	113,8	138,2	136,0	111,8	116,3	108,4
		gg. Vp. in %	5,0	-4,2	2,0	-4,1	2,3	2,0	25,2	16,4	21,4	-1,6	-17,8	4,0	-6,8
		gg. Vj. in %	3,6	-3,4	1,3	-1,4	2,4	7,0	22,6	23,0	53,3	17,9	13,2	20,9	7,4
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	105,3	102,5	108,4	103,4	99,0	122,1	121,2	134,2	118,3	116,4	129,0	121,6	116,0
		gg. Vp. in %	0,5	-2,7	5,8	-5,3	-4,3	23,3	-0,7	9,6	-11,8	-1,6	10,8	-5,7	-4,6
		gg. Vj. in %	0,9	-2,7	5,0	-2,8	-6,4	25,6	13,6	41,0	-2,1	20,2	21,5	20,7	8,3
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	114,2	112,9	112,7	110,3	107,4	120,9	119,3	113,4	121,4	115,6	120,9	126,9	135,8
		gg. Vp. in %	1,2	-1,1	-0,2	-1,7	-2,6	12,6	-1,3	-18,9	7,1	-4,8	4,6	5,0	7,0
		gg. Vj. in %	1,2	-1,4	-0,3	0,4	-6,0	10,2	6,8	3,5	6,0	4,9	9,0	18,0	17,9
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	100,5	95,4	100,3	95,5	94,9	109,7	121,6	131,6	123,3	126,1	115,5	113,9	108,7
		gg. Vp. in %	2,4	-5,1	5,1	-5,4	-0,6	15,6	10,8	32,3	-6,3	2,3	-8,4	-1,4	-4,6
		gg. Vj. in %	2,2	-4,7	4,1	-2,6	-2,3	21,4	20,4	56,4	17,8	24,8	18,6	20,9	13,0
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	76490	78378	83649	20491	22345	22875	22101	8290	6337	7532	8232	8515	8073
		gg. Vj. in %	8,7	2,5	6,7	1,4	6,4	18,3	23,2	27,5	24,8	32,1	15,0	27,7	23,7
Wohngebäude		Mio. €	43680	46466	51214	12681	13829	14001	13636	4874	4185	4486	4966	5076	4894
		gg. Vj. in %	11,2	6,4	10,2	4,8	10,6	22,4	27,4	25,1	33,2	30,1	20,7	24,2	19,6
Nichtwohngebäude		Mio. €	32809	31913	32435	7810	8516	8874	8465	3416	2153	3046	3267	3438	3179
		gg. Vj. in %	5,4	-2,7	1,6	-3,7	0,2	12,5	17,0	31,2	11,1	35,1	7,4	33,1	30,5
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23624	24145	24360	6050	6505	6717	6321	2534	1561	2376	2384	2582	2436
		gg. Vj. in %	0,4	2,2	0,9	-0,2	-0,3	14,5	24,2	38,6	11,6	64,2	6,3	28,3	26,1
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	9185	7768	8074	1760	2011	2157	2144	882	592	670	882	857	743
		gg. Vj. in %	20,9	-15,4	3,9	-13,9	1,8	6,9	-0,1	13,6	9,8	-16,9	10,2	50,2	47,0
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	137	141	150	37,6	40,6	40,1	39,7	14,4	12,3	13,0	14,4	14,8	14,0
		gg. Vj. in %	8,5	2,8	6,7	2,6	7,8	17,6	24,6	25,5	31,4	28,1	16,5	22,2	15,6
		gg. Vp. in %	8,8	3,1	6,0	3,3	4,4	7,7	8,5	2,7	7,2	-3,1	-2,8	-0,8	-6,0
ifo Konjunkturtest⁴															
			2013	2014	2015	2015		2016		2016					
						3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,8	73,8	73,3	79,3	78,0	64,7	76,1	62,0	64,5	72,5	76,8	79,0	80,6
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	28,4	8,6	13,8	1,3	3,3	35,0	14,0	43,0	44,0	23,0	10,0	9,0	7,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	6,2	9,1	9,2	9,8	10,3	6,4	8,5	4,7	6,7	6,5	8,6	10,4	9,6
Geschäftslage	Salden	9,3	13,4	15,5	17,5	15,2	15,3	16,8	15,0	16,6	15,4	17,2	17,8	18,2
Geschäftserwartungen	Salden	3,4	4,3	3,2	2,5	5,5	-2,0	0,5	-5,0	-2,7	-2,0	0,4	3,2	1,4
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	9,2	12,9	11,5	11,2	11,5	5,9	8,5	3,8	5,6	6,6	8,0	10,9	9,8
Geschäftslage	Salden	12,3	18,9	19,0	20,3	17,0	16,4	17,6	16,5	17,3	17,0	17,6	18,2	19,2
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	7,1	4,2	2,4	6,1	-4,1	-0,2	-8,2	-5,4	-3,3	-1,1	3,8	0,8
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,0	13,5	12,4	13,5	10,8	6,3	8,4	4,7	5,0	6,2	6,7	12,3	12,8
Geschäftslage	Salden	7,8	20,2	18,1	20,0	16,9	16,5	18,2	15,2	16,1	16,5	16,8	21,4	20,3
Geschäftserwartungen	Salden	8,1	7,0	6,9	7,1	4,8	-3,3	-1,0	-5,3	-5,4	-3,6	-2,9	3,5	5,5
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,4	15,1	10,6	9,0	11,4	4,1	8,7	2,6	4,0	6,8	10,6	8,8	5,4
Geschäftslage	Salden	14,8	20,4	18,6	19,7	15,6	15,0	18,6	17,1	15,9	17,5	21,1	17,2	18,4
Geschäftserwartungen	Salden	6,1	9,9	3,0	-1,0	7,3	-6,3	-0,7	-11,0	-7,3	-3,4	0,5	0,7	-6,8
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	7,6	9,7	9,9	11,2	8,3	7,4	5,1	10,6	6,1	6,4	9,6	7,9
Geschäftslage	Salden	16,3	14,4	19,4	19,2	18,9	17,9	16,3	14,4	24,0	16,7	16,4	15,8	14,7
Geschäftserwartungen	Salden	1,4	1,1	0,4	1,0	3,8	-0,9	-1,2	-3,8	-2,0	-4,0	-3,1	3,6	1,2
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-1,2	-3,1	-2,8	-2,2	1,1	-0,2	3,0	0,3	-0,4	0,7	3,6	4,8	5,4
Geschäftslage	Salden	0,1	-3,3	-4,3	-4,6	-0,9	3,4	8,3	5,8	2,8	5,1	8,7	11,2	10,1
Geschäftserwartungen	Salden	-2,4	-2,9	-1,4	0,3	3,0	-3,7	-2,2	-5,0	-3,5	-3,7	-1,4	-1,4	0,8
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,7	22,6	28,6	30,0	34,1	27,2	26,9	28,0	24,7	28,3	25,2	27,3	27,6
Geschäftslage	Salden	22,9	32,4	38,9	42,6	43,7	38,8	40,1	40,5	36,9	41,6	37,7	41,0	36,1
Geschäftserwartungen	Salden	10,7	13,2	18,7	18,1	24,9	16,2	14,5	16,1	13,1	15,7	13,3	14,4	19,3
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	16,9	40,0	57,0	65,7	54,9	54,2	51,8	52,3	50,7	47,7	53,1	54,5	49,8
Konjunkturerwartungen	Salden	44,7	29,6	31,5	22,3	9,5	5,2	12,3	1,0	4,3	11,2	6,4	19,2	-6,8

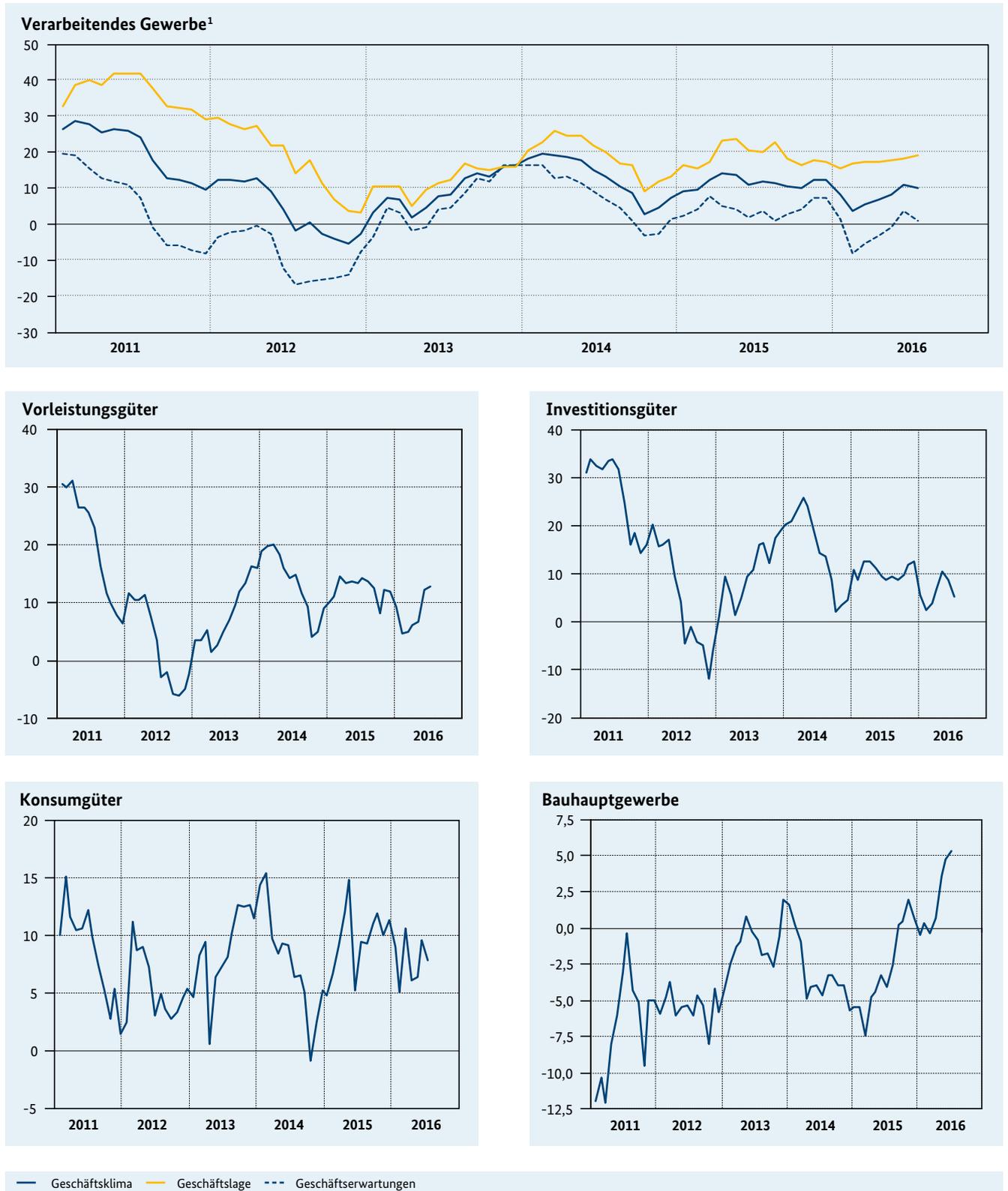
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

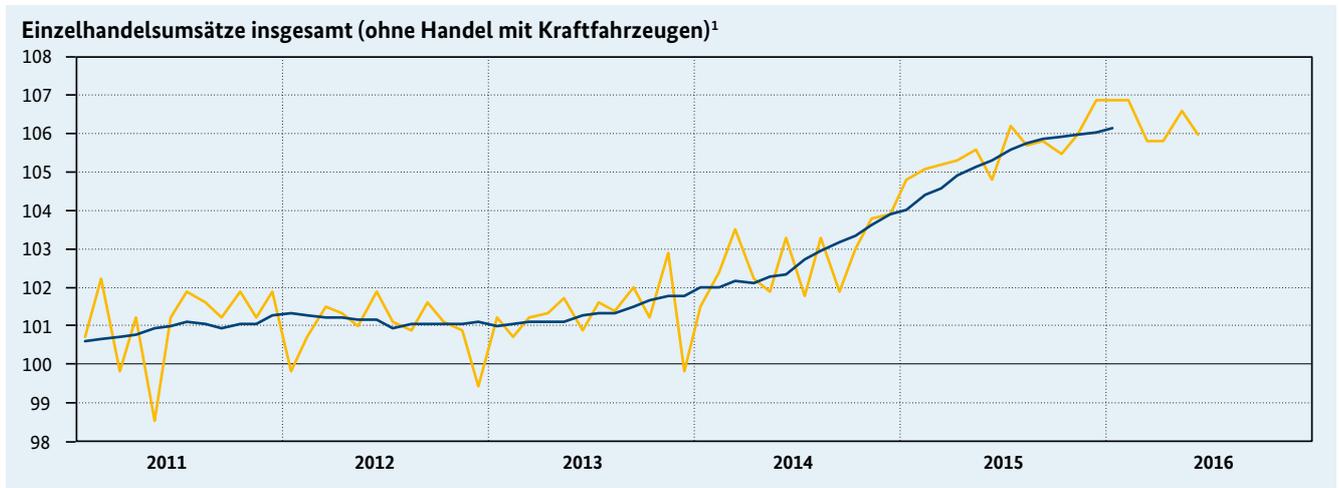
					2013	2014			2015				2016	
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	103,0	103,9	106,1	103,2	103,5	103,5	104,1	105,1	105,5	105,6	106,4	106,9	107,3
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,6	0,9	2,0	-0,4	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,3	0,1	0,8	0,4	0,4
	gg. Vj. in %	0,6	0,9	2,0	0,9	1,0	0,6	0,5	1,6	2,3	1,7	2,2	1,9	1,8
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1672	1710	1759	420	424	425	428	435	434	438	441	446	445
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	1,8	2,3	2,9	-0,4	1,0	0,1	0,9	1,5	-0,1	0,9	0,7	1,2	-0,3
	gg. Vj. in %	1,8	2,3	2,9	2,0	2,4	2,0	1,7	3,1	2,8	2,9	3,0	2,8	2,5
Einzelhandelsumsätze¹														
		2013	2014	2015	2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Einzelhandel	Index	101,3	102,7	105,6	105,9	106,1	106,5	106,1	105,8	105,8	106,6	106,0	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	0,4	1,4	2,8	0,7	0,2	0,4	-0,4	-1,0	0,0	0,8	-0,6	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,4	2,8	3,4	2,6	1,4	0,9	0,5	0,4	1,0	1,1	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	101,3	102,6	104,9	106,0	105,3	105,7	105,1	103,5	104,4	105,9	105,1	-	-
	gg. Vp. In %	1,0	1,3	2,2	1,2	-0,7	0,4	-0,6	-2,8	0,9	1,4	-0,8	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	1,4	2,2	3,9	1,9	2,1	0,4	0,6	-0,3	0,4	1,2	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	98,8	99,8	99,5	99,2	98,1	97,1	100,3	92,4	101,0	100,3	99,7	-	-
	gg. Vp. In %	-0,4	1,0	-0,3	-1,5	-1,1	-1,0	3,3	-5,6	9,3	-0,7	-0,6	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	0,8	-0,1	-1,3	0,5	-2,6	-0,2	-8,1	2,2	-1,0	-1,9	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	117,5	121,7	127,0	127,8	127,1	126,2	126,2	127,0	124,7	123,6	130,4	-	-
	gg. Vp. In %	1,6	3,6	4,4	1,8	-0,5	-0,7	0,0	0,0	-1,8	-0,9	5,5	-	-
	gg. Vj. in %	1,6	3,9	4,1	4,5	1,2	-0,9	0,3	0,5	-0,9	-1,8	3,5	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	99,7	98,9	100,9	100,2	102,3	101,6	101,3	98,9	101,2	101,7	101,1	-	-
	gg. Vp. In %	-3,0	-0,8	2,0	-0,4	2,1	-0,7	-0,3	-4,3	2,3	0,5	-0,6	-	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,7	2,0	1,7	2,7	1,1	0,7	-1,1	1,2	0,4	0,3	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	102,1	104,5	111,6	111,6	113,5	117,3	-	114,8	116,7	115,1	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,2	2,4	6,8	0,1	1,7	3,3	-	-3,2	1,7	-1,4	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,2	2,3	6,9	6,8	6,7	6,8	-	3,9	5,0	3,2	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	100,8	101,7	102,6	103,3	103,1	103,3	-	103,4	104,5	101,0	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,4	0,9	0,9	0,8	-0,2	0,2	-	0,3	1,1	-3,3	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,6	0,9	1,1	1,3	0,6	2,2	-	1,6	4,3	-1,5	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	2952	3037	3206	789	798	791	942	323	316	287	340	279	-
	gg. Vj. in %	-4,2	2,9	5,6	6,1	5,7	4,5	9,4	0,0	8,4	11,9	8,3	-3,9	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1120	1099	1098	266	266	259	344	112	110	107	126	99	-
	gg. Vj. in %	-4,8	-1,9	-0,1	-2,5	4,4	1,4	10,4	-3,3	6,1	12,9	12,4	-3,5	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	105,7	106,6	106,9	107,1	107,0	106,6	107,1	107,3	106,9	107,2	107,3	107,6	-
	gg. Vj. in %	1,5	0,9	0,2	0,1	0,3	0,3	0,1	0,3	-0,1	0,1	0,3	0,4	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	4,4	1,0	0,8	0,8	1,8	1,0	0,2	1,3	0,5	0,0	0,1	1,1	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,3	1,5	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	4,1	-0,9	-5,5	-6,4	-6,2	-6,5	-5,6	-6,5	-6,3	-5,7	-4,9	-4,7	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,5	-0,8	-2,6	-2,7	-2,5	-2,3	-2,8	-3,6	-3,2	-3,1	-2,1	-2,7	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	1,8	2,9	7,0	10,0	9,0	7,6	8,6	10,9	6,8	11,1	8,0	10,2	-
Geschäftslage	Salden	6,0	8,9	15,7	20,5	17,8	16,3	17,2	21,8	15,1	21,3	15,3	21,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,2	-2,9	-1,2	0,0	0,6	-0,7	0,4	0,6	-1,1	1,4	1,0	-0,8	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	6,5	8,5	9,7	10,0	9,4	9,4	9,6	9,5	9,4	9,7	9,8	10,1	10,0
Anschaffungsneigung	Punkte	39,9	48,7	54,7	53,4	48,7	50,1	53,1	50,4	52,2	53,0	54,2	55,3	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

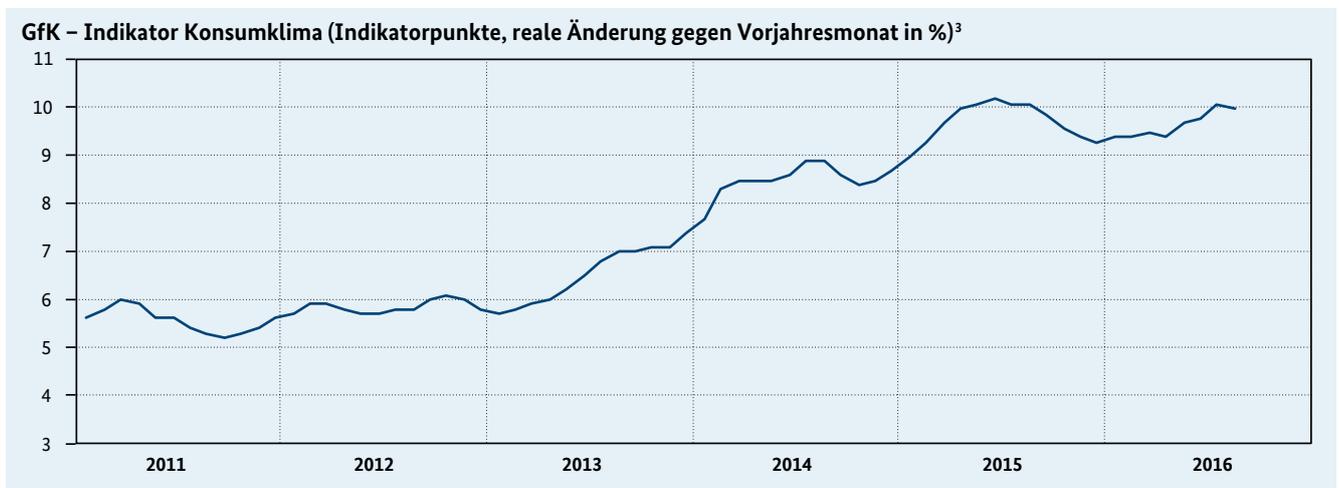
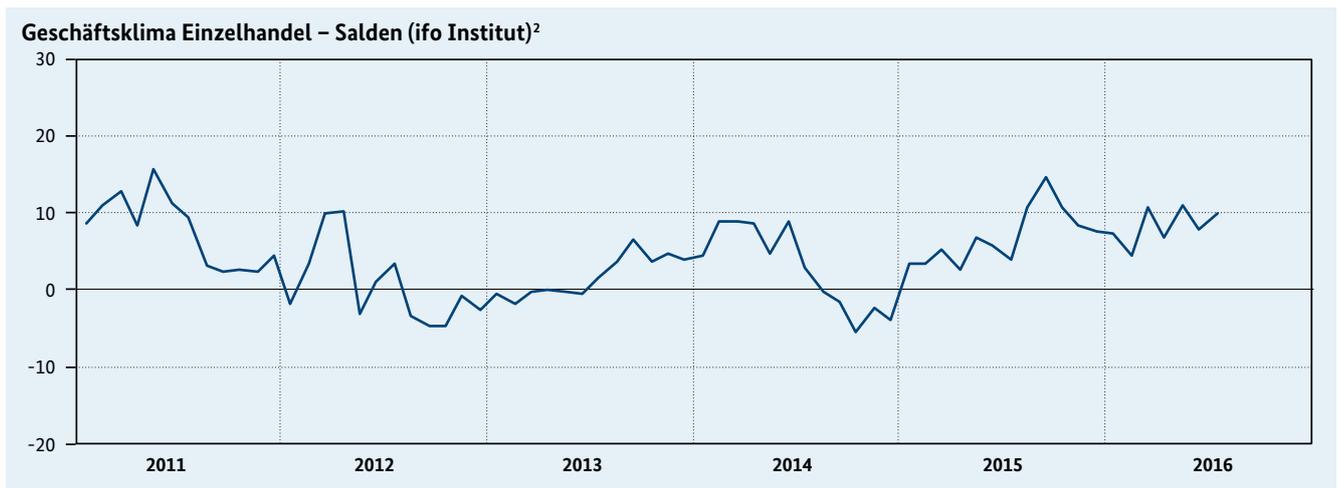
1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



— gleitender 12-Monatswert — Monatswerte



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	192	216	259	69	64	74	74	20,7	27,1	25,9	26,5	24,2	23,2
	gg. Vp. in %	-1,6	12,4	20,0	7,8	-7,6	15,4	0,2	6,1	31,0	-4,5	2,2	-8,6	-4,2
Warenhandel	in Mrd. €	214	228	261	66	64	67	73	19,8	22,6	25,0	25,7	24,2	23,3
	gg. Vp. in %	6,0	6,8	14,6	-3,4	-2,7	4,6	8,6	-4,2	14,1	10,4	3,0	-6,0	-3,6
Ausfuhr	in Mrd. €	1084	1118	1177	296	292	294	299	96,0	98,7	99,8	100,2	98,6	99,8
	gg. Vp. in %	0,9	3,2	5,3	-0,5	-1,3	0,7	1,4	-0,4	2,8	1,1	0,4	-1,6	1,3
Einfuhr	in Mrd. €	870	890	916	230	228	227	225	76,1	76,0	74,8	74,4	74,4	76,5
	gg. Vp. in %	-0,2	2,3	2,9	0,3	-1,0	-0,5	-0,7	0,6	-0,1	-1,6	-0,5	-0,1	2,8
Dienstleistungen	in Mrd. €	-43	-35	-31	-8	-10	-7	-7	-3,2	-1,4	-2,4	-2,4	-1,8	-2,3
	gg. Vp. in %	34,8	-17,3	-11,8	12,2	27,3	-29,5	-6,1	-3,6	-57,2	78,1	0,0	-26,2	30,0
Einnahmen	in Mrd. €	205	220	238	60	60	61	61	19,5	21,6	20,2	20,1	20,7	20,1
	gg. Vp. in %	4,1	7,4	8,2	0,7	-0,6	2,8	-0,7	-3,6	11,0	-6,5	-0,4	2,9	-3,0
Ausgaben	in Mrd. €	247	255	269	68	70	68	67	22,7	23,0	22,6	22,5	22,5	22,4
	gg. Vp. in %	8,3	3,1	5,4	1,9	2,6	-1,8	-1,2	-3,6	1,3	-1,4	-0,4	-0,3	-0,4
Primäreinkommen	in Mrd. €	64	63	66	18	17	18	16	5,6	6,6	5,9	5,5	5,1	5,1
	gg. Vp. in %	-2,8	-1,5	5,2	21,0	-1,8	4,8	-12,9	8,1	17,4	-10,4	-6,1	-8,2	1,0
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-42	-39	-37	-7	-8	-5	-9	-1,5	-0,7	-2,5	-2,3	-3,3	-2,9
	gg. Vp. in %	5,8	-6,7	-6,4	-43,2	15,2	-39,4	80,1	-50,0	-54,3	266,7	-7,9	39,9	-10,1

Außenhandel nach Ländern²

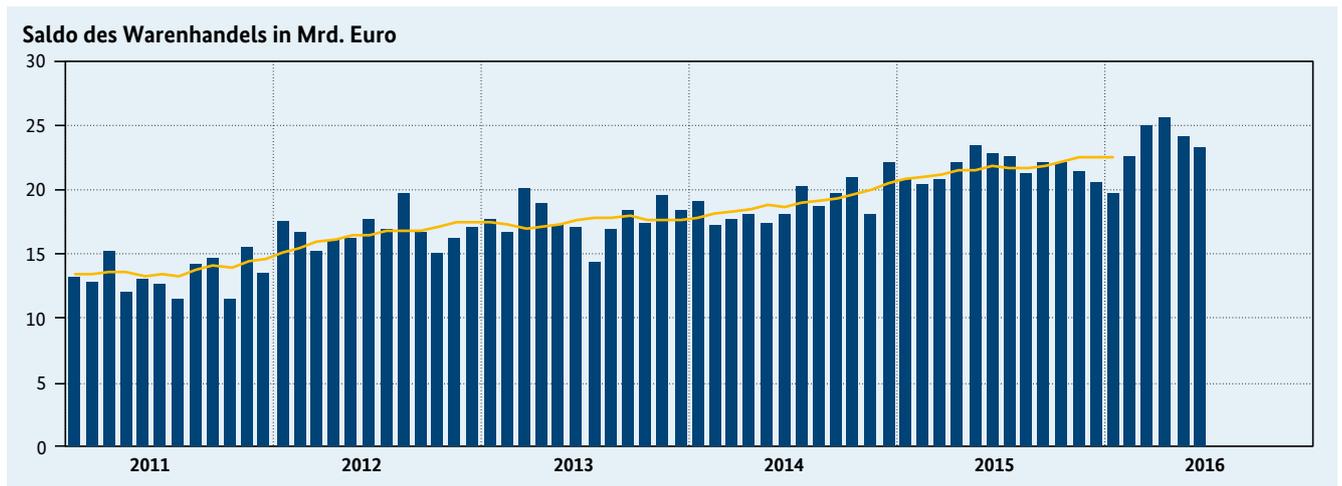
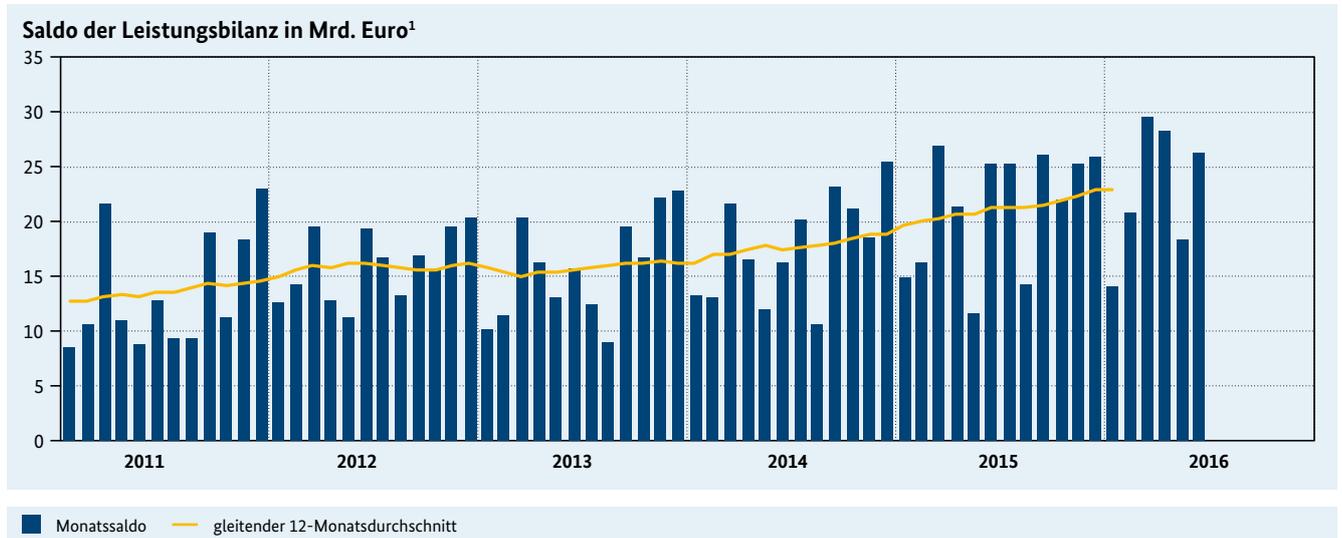
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1088	1124	1196	301	301	295	308	88,6	99,4	106,8	104,3	97,2	106,8
	gg. Vj. in %	-0,4	3,3	6,5	5,7	4,9	0,6	2,2	-1,5	4,0	-0,6	3,9	1,6	1,2
EU-Länder	in Mrd. €	619	649	694	172	175	177	182	54,6	59,6	62,7	61,3	57,6	62,7
	gg. Vj. in %	-0,2	4,8	7,0	6,9	6,4	2,7	3,9	0,8	5,5	1,8	7,4	2,1	2,3
Eurozone ¹	in Mrd. €	403	411	435	106	109	110	113	34,3	36,9	38,9	38,4	36,0	38,9
	gg. Vj. in %	-0,8	2,0	5,8	6,1	6,5	1,5	2,5	-0,1	3,6	1,0	5,9	1,5	0,1
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	238	259	66	66	67	68	20,3	22,7	23,8	22,9	21,5	23,8
	gg. Vj. in %	1,2	10,1	9,0	8,2	6,2	4,7	6,3	2,5	8,8	3,1	9,9	3,0	6,0
Drittländer	in Mrd. €	469	475	502	129	126	118	127	34,0	39,8	44,2	43,0	39,7	44,1
	gg. Vj. in %	-0,8	1,2	5,7	4,1	3,0	-2,4	0,0	-5,0	1,7	-3,8	-0,6	1,0	-0,4
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	890	910	949	238	239	236	237	75,3	79,5	80,9	78,6	76,2	82,0
	gg. Vj. in %	-1,0	2,2	4,2	5,2	4,2	0,4	0,1	1,7	4,3	-4,2	0,0	-0,1	0,3
EU-Länder	in Mrd. €	575	595	622	155	158	156	159	48,5	53,4	53,8	53,0	51,1	55,2
	gg. Vj. in %	0,7	3,4	4,5	6,5	4,8	2,2	1,9	3,1	6,0	-2,2	2,0	0,2	3,3
Eurozone	in Mrd. €	401	411	426	106	107	106	108	33,3	36,2	36,7	35,6	34,8	38,0
	gg. Vj. in %	0,0	2,3	3,7	5,8	4,1	1,1	0,5	2,6	3,9	-2,9	-0,7	-0,8	3,0
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	174	184	196	49	50	50	51	15,2	17,2	17,2	17,3	16,3	17,2
	gg. Vj. in %	2,3	6,0	6,2	7,9	6,5	4,6	4,8	4,1	10,8	-0,5	8,2	2,4	3,9
Drittländer	in Mrd. €	315	315	327	83	82	80	78	26,8	26,1	27,1	25,7	25,1	26,8
	gg. Vj. in %	-3,9	0,0	3,7	2,8	3,0	-2,9	-3,4	-0,8	0,8	-8,0	-4,0	-0,7	-5,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

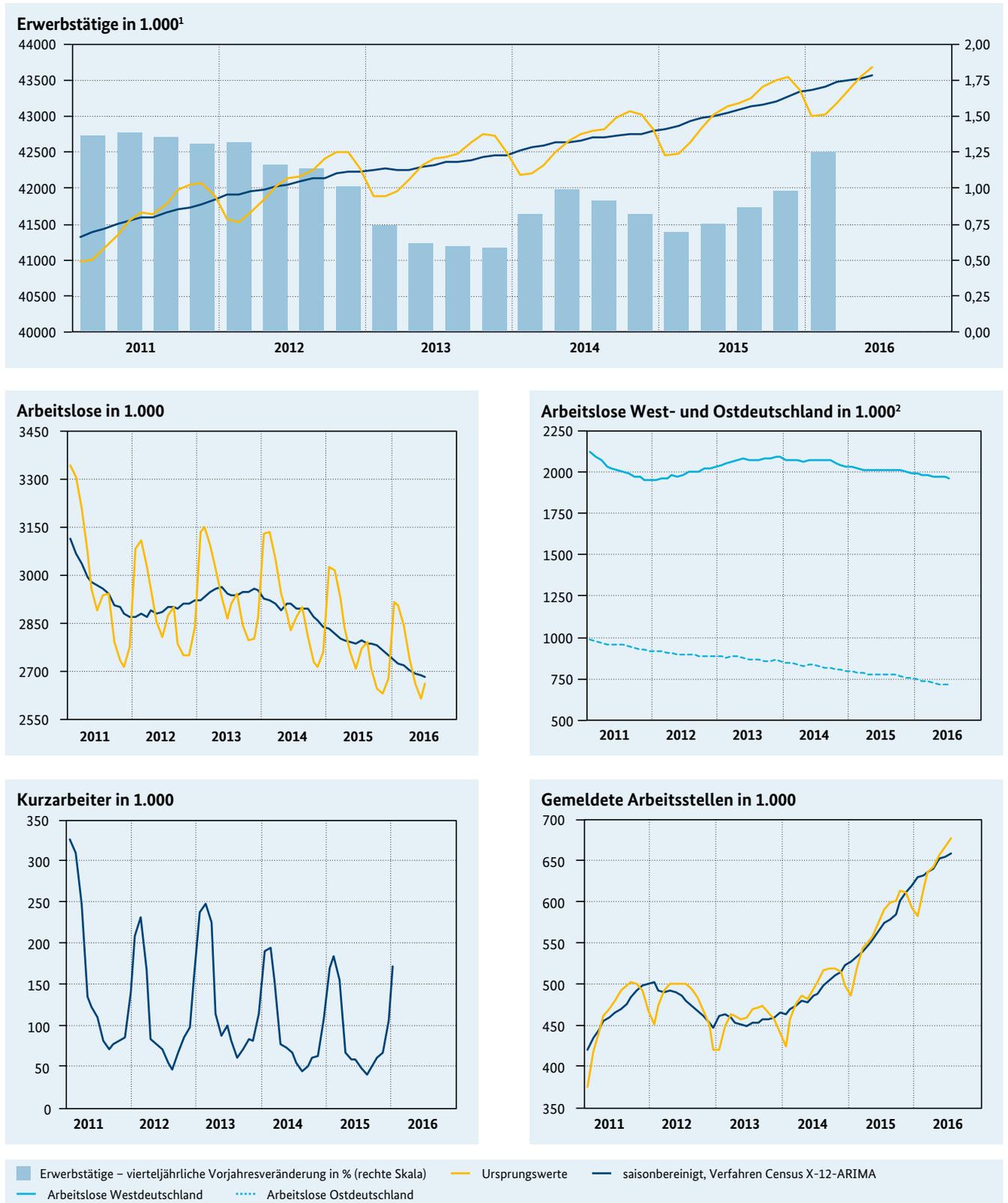
					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42327	42662	43057	43272	43457	43053	43514	43011	43170	43344	43530	43667	-
	gg. Vj. in Tsd.	+266	+335	+395	+423	+499	+541	+528	+547	+540	+524	+528	+533	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29728	30218	30853	31020	31298	31082	-	31057	31224	31327	31416	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+367	+490	+635	+655	+728	+701	-	+715	+696	+682	+697	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2182	2090	1950	1847	1898	1915	1789	1980	1917	1788	1783	1796	-
	gg. Vj. in Tsd.	-43	-92	-140	-187	-114	-186	-164	-229	-108	-245	-109	-138	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,4	4,5	4,5	4,2	4,6	4,5	4,2	4,2	4,2	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2950	2898	2795	2759	2655	2892	2674	2911	2845	2744	2664	2614	2661
	gg. Vj. in Tsd.	+53	-52	-104	-102	-83	-101	-98	-106	-87	-99	-98	-97	-112
SGB II	in Tsd.	1981	1965	1936	1932	1879	1960	1892	1964	1956	1927	1890	1860	1856
	gg. Vj. in Tsd.	-14	-16	-29	-19	-13	-23	-58	-19	-20	-48	-56	-68	-87
SGB III	in Tsd.	970	933	859	827	775	932	782	947	888	817	774	754	805
	gg. Vj. in Tsd.	+67	-36	-75	-83	-70	-78	-40	-87	-67	-51	-42	-29	-25
Westdeutschland	in Tsd.	2080	2075	2021	2013	1929	2095	1962	2107	2065	2004	1955	1928	1971
	gg. Vj. in Tsd.	+80	-6	-54	-59	-41	-42	-40	-46	-32	-40	-40	-41	-48
Ostdeutschland	in Tsd.	870	824	774	746	725	797	712	804	780	740	709	686	690
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-46	-50	-42	-42	-59	-58	-60	-55	-59	-57	-56	-64
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,3	6,0	6,6	6,1	6,6	6,5	6,3	6,0	5,9	6,0
Westdeutschland	in %	6,1	5,9	5,7	5,7	5,5	5,9	5,5	6,0	5,8	5,7	5,5	5,4	5,5
Ostdeutschland	in %	10,3	9,8	9,2	8,9	8,6	9,5	8,5	9,6	9,3	8,8	8,4	8,2	8,2
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	637	626	629	600	681	589	677	602	600	578	589	658
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	645	647	633	630	609	627	666	686	668	701	657	639	611
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	77	49	44	33	46	50	-	50	52	56	46	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	+10	-27	-5	-4	0	-1	-	-3	+1	+2	+2	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3901	3803	3631	3556	3485	3687	3558	3712	3670	3594	3553	3526	3570
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-99	-171	-178	-163	-167	-73	-175	-142	-109	-75	-34	-12
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	457	490	569	595	604	610	653	614	635	640	655	665	674
	gg. Vj. in Tsd.	-21	+33	+78	+83	+95	+94	+93	+95	+92	+89	+98	+93	+85
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+266	+334	+394	+120	+134	+150	+121	+50	+54	+27	+40	+45	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+366	+490	+634	+170	+185	+180	-	+78	+57	+32	+56	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-43	-83	-152	-51	-34	-40	-32	-16	-14	-10	-7	-9	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,6	4,5	4,3	4,2	4,3	4,3	4,3	4,2	4,2	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	+53	-53	-103	-3	-24	-40	-31	-10	-2	-17	-11	-6	-7
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-12	-16	-28	+9	-9	-27	-29	-1	-4	-16	-11	-8	-12
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+65	-37	-75	-12	-15	-13	-2	-8	+1	-1	0	+3	+4
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	+80	-6	-54	0	-8	-16	-15	-4	+1	-8	-8	-2	-4
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-27	-46	-49	-2	-16	-23	-16	-5	-4	-8	-4	-3	-4
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,4	6,3	6,2	6,1	6,2	6,2	6,2	6,1	6,1	6,1
Westdeutschland	in %	6,0	6,0	5,7	5,7	5,7	5,6	5,5	5,6	5,6	5,6	5,5	5,5	5,5
Ostdeutschland	in %	10,3	9,7	9,2	9,2	9,0	8,7	8,5	8,7	8,7	8,6	8,5	8,5	8,4
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-26	-100	-171	-38	-28	-35	+29	-6	+8	+8	+18	+18	+14
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	-21	+33	+78	+24	+31	+22	+16	+2	+3	+4	+13	+3	+3
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,1	106,8	108,4	108,1	109,7	108,4	108,2	108,0	107,5	108,3	108,3	108,0	108,1
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,6	102,7	103,1	103,4	103,5	102,9	102,6	103,0	102,5	102,6	102,5	102,8	103,2
BA-X Stellenindex	Index	159,1	168,9	192,4	195,0	204,3	209,7	214,0	209,0	210,0	211,0	215,0	216,0	217,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

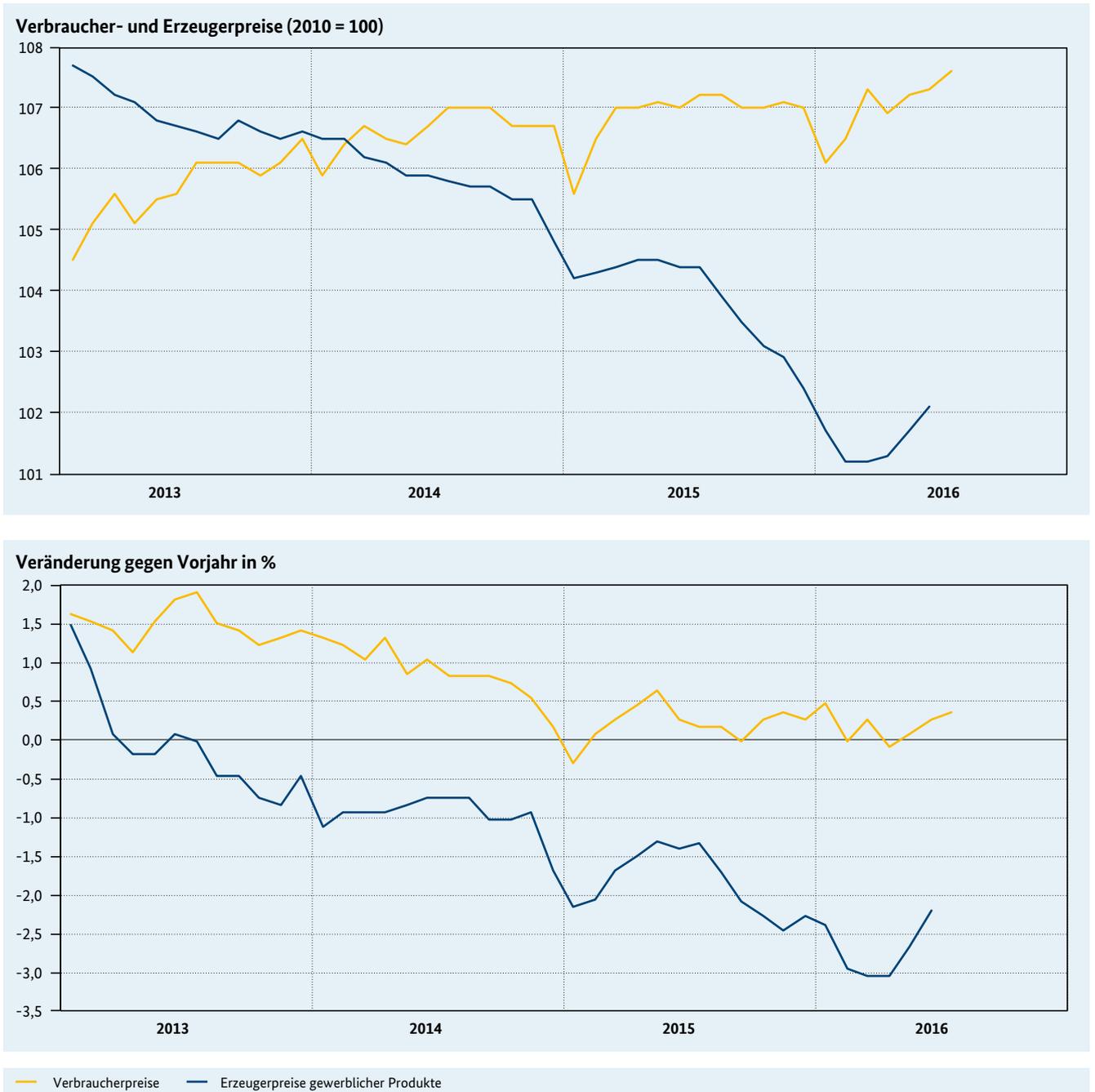
Bundesrepublik Deutschland

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	105,7	106,6	106,9	107,1	107,0	106,6	107,1	106,5	107,3	106,9	107,2	107,3	107,6
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,1	+0,3	+0,2	+0,1	0,0	+0,3	-0,1	+0,1	+0,3	+0,4
Waren	Index	107,7	107,9	107,0	106,9	106,8	105,5	106,8	105,2	106,1	106,7	106,9	106,7	106,2
	gg. Vj. in %	+1,7	+0,2	-0,8	-1,0	-0,7	-0,8	-0,9	-1,1	-1,2	-1,0	-0,9	-0,8	-0,7
Verbrauchsgüter	Index	111,5	111,7	110,0	110,0	109,0	107,7	108,9	107,5	108,0	108,5	109,0	109,3	109,0
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,2	-1,5	-1,9	-1,6	-1,8	-2,0	-2,2	-2,2	-2,2	-2,1	-1,6	-1,6
darunter:	Index	110,4	111,5	112,4	111,8	112,7	113,1	113,2	113,2	113,7	113,8	113,2	112,7	113,0
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+4,4	+1,0	+0,8	+0,8	+1,8	+1,0	+0,2	+0,8	+1,3	+0,5	0,0	+0,1	+1,1
darunter:	Index	120,6	119,5	112,8	112,2	110,3	106,9	108,0	106,5	107,4	107,3	108,2	108,6	107,8
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+4,1	-0,9	-5,6	-6,5	-6,2	-6,6	-5,7	-7,3	-6,5	-6,3	-5,7	-4,9	-4,7
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	104,1	104,8	105,5	104,8	107,1	104,8	106,8	103,9	106,8	108,0	107,1	105,4	103,8
	gg. Vj. in %	+1,4	+0,7	+0,7	+0,9	+0,9	+0,6	+0,9	+0,6	+0,2	+1,2	+1,2	+0,4	+0,8
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,4	96,9	97,3	97,3	97,8	98,2	98,4	98,2	98,3	98,4	98,4	98,4	98,3
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,5	+0,4	+0,4	+1,1	+1,4	+1,2	+1,6	+1,3	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2
Dienstleistungen	Index	103,8	105,5	106,8	107,3	107,3	107,6	107,5	107,6	108,3	107,0	107,6	107,9	108,9
	gg. Vj. in %	+1,4	+1,6	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+0,9	+1,6	+0,8	+1,2	+1,4	+1,4
darunter:	Index	103,8	105,4	106,7	106,8	107,1	107,4	107,7	107,4	107,5	107,6	107,7	107,8	107,9
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,5	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1
Insgesamt ohne Energie	Index	104,2	105,6	106,8	107,0	107,4	107,5	107,8	107,4	108,2	107,6	107,9	107,8	108,3
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,3	+1,1	+1,0	+1,3	+1,2	+1,1	+0,9	+1,4	+0,9	+1,2	+1,1	+1,3
Energie	Index	118,0	115,5	107,4	107,7	104,0	99,2	102,0	98,6	99,6	100,5	102,1	103,3	102,1
	gg. Vj. in %	+1,4	-2,1	-7,0	-7,6	-7,6	-7,8	-7,6	-8,5	-8,9	-8,5	-7,9	-6,4	-7,0
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	106,9	106,6	107,3	106,5	106,8	107,1	107,3	107,5	107,5
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,1	+0,3	+0,2	+0,2	-0,1	+0,1	+0,2	+0,1	+0,4	+0,4
HVPI⁴	Index	99,1	99,9	100,0	100,2	100,1	99,6	100,1	99,5	100,3	99,8	100,2	100,3	100,7
	gg. Vj. in %	+1,6	+0,8	+0,1	0,0	+0,2	+0,1	0,0	-0,2	+0,1	-0,3	0,0	+0,2	+0,4
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	106,9	105,8	103,9	103,9	102,8	101,4	101,7	101,2	101,2	101,3	101,7	102,1	-
	gg. Vj. in %	-0,1	-1,0	-1,8	-1,7	-2,4	-2,8	-2,7	-3,0	-3,1	-3,1	-2,7	-2,2	-
Vorleistungsgüter	Index	104,6	103,5	102,3	102,6	101,2	100,2	100,5	100,1	100,1	100,1	100,6	100,9	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,1	-1,2	-1,0	-2,1	-2,2	-2,3	-2,2	-2,3	-2,6	-2,3	-2,0	-
Investitionsgüter	Index	103,0	103,5	104,2	104,3	104,4	104,6	104,7	104,6	104,6	104,7	104,7	104,8	-
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,5	+0,7	+0,8	+0,7	+0,7	+0,6	+0,7	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	-
Konsumgüter	Index	108,4	109,0	108,1	108,2	108,2	108,2	108,1	108,2	108,1	108,0	108,1	108,2	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+0,6	-0,8	-1,0	+0,1	+0,3	-0,1	+0,3	-0,1	-0,2	0,0	-0,1	-
Gebrauchsgüter	Index	104,3	105,7	107,1	107,3	107,4	108,1	108,4	108,1	108,2	108,3	108,4	108,5	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+1,3	+1,3	+1,4	+1,4	+1,4	+1,3	+1,4	+1,4	+1,3	+1,3	+1,3	-
Verbrauchsgüter	Index	109,0	109,5	108,3	108,3	108,3	108,3	108,1	108,3	108,1	108,0	108,1	108,2	-
	gg. Vj. in %	+2,1	+0,5	-1,1	-1,4	-0,1	+0,2	-0,3	+0,2	-0,3	-0,4	-0,2	-0,2	-
Energie	Index	112,0	108,5	102,6	102,3	99,7	95,3	96,1	94,7	94,9	95,2	95,9	97,1	-
	gg. Vj. in %	-0,9	-3,1	-5,4	-5,1	-6,8	-8,6	-7,7	-9,4	-9,2	-8,8	-8,0	-6,5	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	107,5	109,4	111,1	111,4	111,6	112,5	113,2	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,6	+1,7	+2,1	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	108,9	110,3	111,4	111,4	111,6	111,7	112,1	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,4	+1,3	+1,0	+0,5	+0,7	+0,5	+0,7	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	185,5	172,4	100,1	97,2	84,8	70,0	87,9	67,3	75,9	81,2	88,6	94,0	90,1
	gg. Vj. in %	+0,6	-7,1	-41,9	-44,4	-39,5	-32,8	-23,0	-38,1	-27,4	-26,4	-24,3	-18,5	-14,7
Nahrungs- und Genussmittel	Index	123,4	121,6	100,0	98,3	96,2	93,6	105,3	92,3	96,0	99,3	105,4	111,1	106,7
	gg. Vj. in %	-12,2	-1,5	-17,7	-15,3	-15,6	-11,4	+5,4	-13,2	-5,4	-0,9	+6,5	+10,5	+3,4
Industrie-Rohstoffe	Index	156,2	135,2	100,1	96,6	87,8	87,7	95,2	86,7	93,7	97,7	94,8	93,0	97,2
	gg. Vj. in %	-3,2	-13,4	-26,0	-28,3	-28,4	-19,9	-10,7	-20,8	-11,4	-5,8	-13,2	-12,9	-0,9
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	192,3	179,2	100,1	97,2	83,8	66,8	86,1	63,8	72,9	78,4	86,9	93,0	88,4
	gg. Vj. in %	+1,5	-6,8	-44,1	-46,7	-41,7	-35,5	-25,7	-41,4	-30,3	-29,9	-26,9	-20,6	-17,0
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	105,9	103,6	100,9	100,6	98,8	96,2	97,2	95,8	96,5	96,4	97,3	97,8	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-2,2	-2,6	-3,0	-3,5	-5,2	-5,6	-5,7	-5,9	-6,6	-5,5	-4,6	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	112,6	111,9	112,7	111,6	111,8	110,8	111,3	110,7	111,1	110,5	111,5	111,9	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-0,6	+0,7	+0,5	+0,5	-2,4	-2,1	-2,6	-2,9	-3,4	-1,8	-1,0	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	105,3	102,8	99,7	99,4	97,4	94,8	95,7	94,3	95,1	95,0	95,8	96,4	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-2,4	-3,0	-3,4	-4,0	-5,4	-6,0	-6,0	-6,2	-7,0	-6,0	-4,9	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	118,1	109,0	88,3	86,4	79,7	70,4	75,7	68,6	72,4	73,1	76,1	77,9	-
	gg. Vj. in %	-6,9	-7,7	-19,0	-20,8	-21,6	-23,0	-21,0	-25,8	-23,1	-24,1	-21,3	-17,5	-
Fertigwaren	Index	101,3	100,9	103,3	103,5	102,9	102,3	102,0	102,2	102,1	101,8	102,0	102,1	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,4	+2,4	+2,5	+1,4	-0,6	-1,7	-0,6	-1,4	-2,0	-1,5	-1,4	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,3	104,0	104,9	105,0	104,3	103,6	103,7	103,4	103,6	103,5	103,7	103,9	-
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,3	+0,9	+0,8	+0,2	-1,1	-1,6	-1,2	-1,6	-2,0	-1,6	-1,3	-
Terms of Trade	Verhältnis	98,5	100,4	103,9	104,4	105,6	107,7	106,7	107,9	107,4	107,4	106,6	106,2	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,9	+3,5	+3,8	+3,8	+4,3	+4,2	+4,7	+4,7	+5,0	+4,2	+3,4	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,33	1,11	1,11	1,09	1,10	1,13	1,11	1,11	1,13	1,13	1,12	1,11
	gg. Vj. in %	+3,3	+0,1	-16,5	-16,1	-12,3	-2,2	+2,2	-2,3	+2,4	+5,2	+1,4	+0,1	+0,7
in Yen	Kurs	129,7	140,4	134,3	135,9	132,9	127,0	122,0	127,4	125,4	124,3	123,2	118,5	115,3
	gg. Vj. in %	+26,3	+8,3	-4,3	-1,3	-7,0	-5,3	-9,1	-5,4	-3,8	-3,6	-8,6	-14,6	-15,1
in Pfund-Sterling	Kurs	0,85	0,81	0,73	0,72	0,72	0,77	0,79	0,78	0,78	0,79	0,78	0,79	0,84
	gg. Vj. in %	+4,7	-5,0	-10,0	-9,6	-8,5	+3,6	+9,1	+4,7	+7,8	+9,9	+7,8	+9,7	+19,0
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	101,2	101,8	92,3	92,7	92,4	94,1	94,9	94,7	94,1	94,8	95,1	94,7	94,9
	gg. Vj. in %	+3,6	+0,6	-9,3	-8,4	-6,7	+1,2	+4,0	+1,5	+3,8	+5,7	+3,8	+2,6	+3,9
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	98,2	97,9	88,4	88,7	88,3	89,5	90,3	90,0	89,5	90,1	90,5	90,2	90,4
	gg. Vj. in %	+3,3	-0,3	-9,7	-8,7	-6,9	+0,4	+3,2	+0,5	+3,0	+4,7	+3,0	+2,0	+3,3
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,3	98,5	94,7	94,8	94,5	94,8	95,2	95,0	95,0	95,4	95,2	95,0	95,2
	gg. Vj. in %	+2,5	+0,2	-3,9	-3,6	-3,2	-0,2	+0,8	-0,3	+0,8	+1,4	+0,6	+0,3	+1,0
56 Länder	Index	90,3	91,0	86,3	86,8	86,6	87,4	87,7	87,7	87,3	87,6	87,9	87,6	87,4
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,8	-5,1	-4,2	-3,3	+1,0	+2,7	+1,0	+2,4	+3,7	+2,6	+1,7	+2,1

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

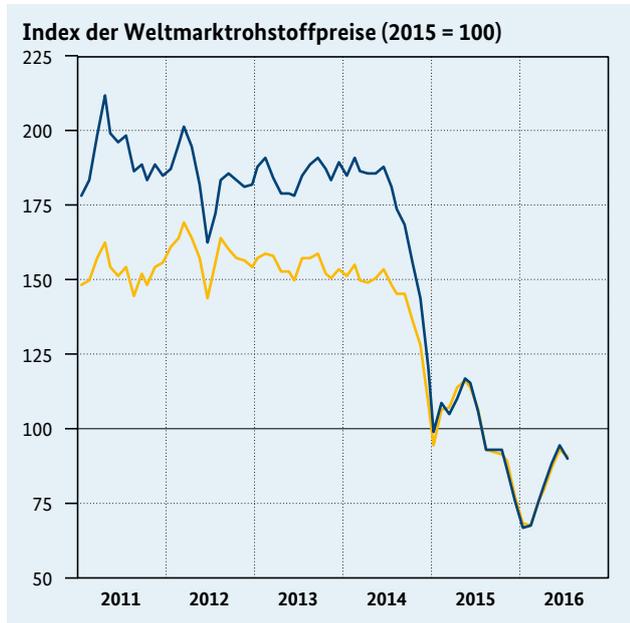
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

2 Index 2010 = 100;

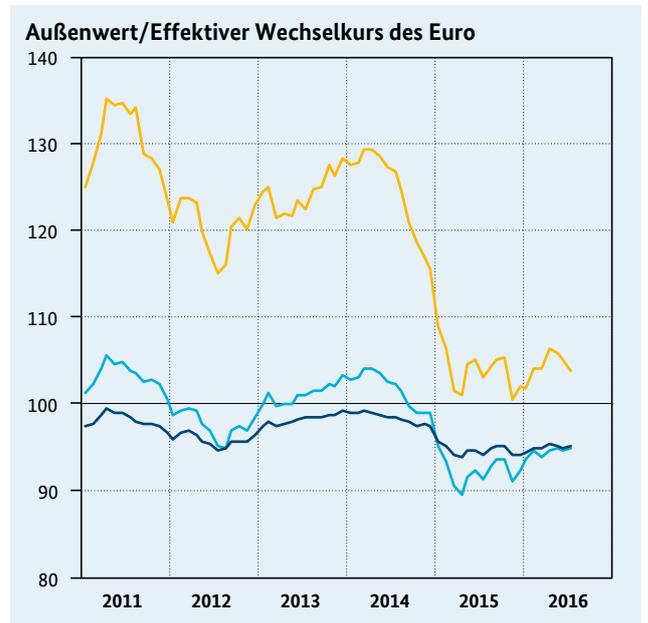
3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

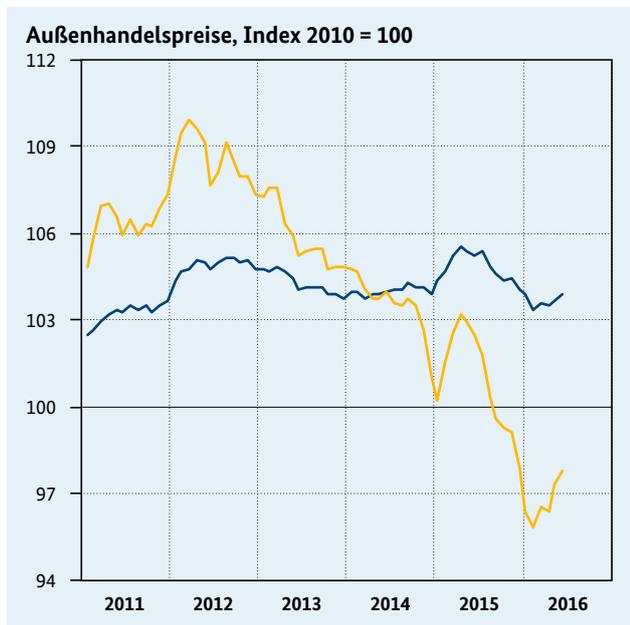
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



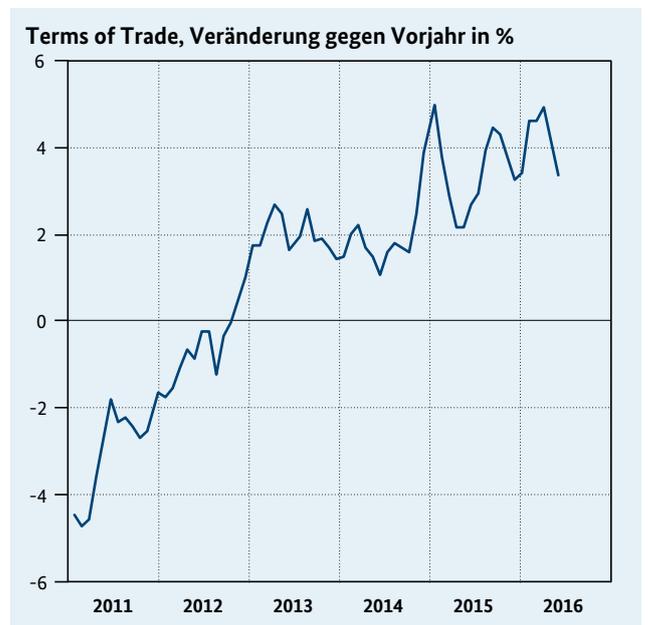
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ¹;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ²



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,12	-0,13	-0,15	-0,20	-0,31	-0,38	-0,31	-0,36	-0,36	-0,37	-0,39	-0,41
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,22	0,21	-0,02	-0,03	-0,09	-0,19	-0,26	-0,18	-0,23	-0,25	-0,26	-0,27	-0,30
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,34	0,31	0,05	0,04	-0,01	-0,10	-0,15	-0,12	-0,13	-0,14	-0,14	-0,16	-0,19
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,54	0,48	0,17	0,16	0,09	0,01	-0,02	-0,01	-0,01	-0,01	-0,01	-0,03	-0,06
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,09	0,11	0,13	0,11	0,13	0,12	0,13	0,13	0,11	0,12	0,12	0,11
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,41	0,22	-0,12	-0,09	-0,19	-0,36	-0,48	-0,41	-0,43	-0,44	-0,45	-0,54	-0,62
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,94	0,64	0,13	0,23	0,08	-0,12	-0,27	-0,18	-0,21	-0,24	-0,23	-0,35	-0,46
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,57	1,16	0,50	0,66	0,53	0,26	0,08	0,17	0,17	0,13	0,13	-0,02	-0,15
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	7,0	6,0	10,9	11,8	11,2	10,3	9,1	10,2	10,1	9,7	9,1	8,6	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	4,0	2,6	5,0	5,2	5,3	5,4	5,0	5,4	5,4	5,1	5,0	4,9	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	5,0	5,0	5,0	4,8	4,9	5,0	4,6	4,9	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,6	4,8	4,8	4,9	-	5,0	4,9	4,9	4,9	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,9	-2,0	+0,4	+0,8	+0,8	+1,0	+1,3	+1,2	+1,0	+1,2	+1,3	+1,4	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,2	-1,6	+0,6	+0,8	+0,8	+1,0	+1,1	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+0,6	+1,0	+2,5	+2,8	+2,7	+2,4	+2,9	+2,4	+2,4	+2,8	+3,0	+3,0	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,6	+0,8	+2,1	+2,2	+2,5	+2,6	+3,1	+2,5	+2,8	+3,2	+3,2	+2,9	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,7	-0,2	-0,6	-0,9	+0,1	+1,6	+2,2	+1,6	+1,8	+2,7	+2,4	+1,7	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-4,5	-2,9	-0,8	-0,9	-1,6	+0,5	+1,9	-0,3	+2,2	+3,9	+3,1	-1,1	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,2	+1,1	-1,5	-3,0	-1,6	+0,4	+1,8	+0,8	+0,3	+2,4	+0,6	+2,4	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	+0,3	-0,4	-0,4	+0,8	+2,2	+2,4	+2,2	+1,9	+2,4	+2,6	+2,2	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,0	+1,2	+2,1	+2,3	+2,6	+2,8	+2,9	+2,8	+2,8	+2,9	+2,9	+3,0	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,3	+2,2	+3,4	+3,6	+3,6	+3,5	+3,7	+3,5	+3,6	+3,8	+3,6	+3,8	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	8307	9537	10969	10686	10630	9674	9963	9291	9859	10023	10008	9859	9961
	gg. Vp. in %	+21,1	+14,8	+15,0	-7,9	-0,5	-9,0	+3,0	-5,9	+6,1	+1,7	-0,2	-1,5	+1,0
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2793	3145	3445	3385	3335	2977	2975	2863	3028	3031	2984	2911	2919
	gg. Vp. in %	+15,6	+12,6	+9,5	-6,6	-1,5	-10,7	-0,1	-5,9	+5,8	+0,1	-1,6	-2,4	+0,3
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1642	1931	2061	2026	2053	1949	2076	1903	2023	2076	2067	2084	2147
	gg. Vp. in %	+19,1	+17,6	+6,7	-3,6	+1,4	-5,1	+6,5	-1,1	+6,3	+2,6	-0,4	+0,8	+3,0
Nikkei 225 ⁵	Index	13540	15475	19166	19422	19037	16870	16389	16317	16890	16549	16549	16069	16184
	gg. Vp. in %	+48,6	+14,3	+23,8	-3,0	-2,0	-11,4	-2,9	-6,2	+3,5	-2,0	0,0	-2,9	+0,7

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

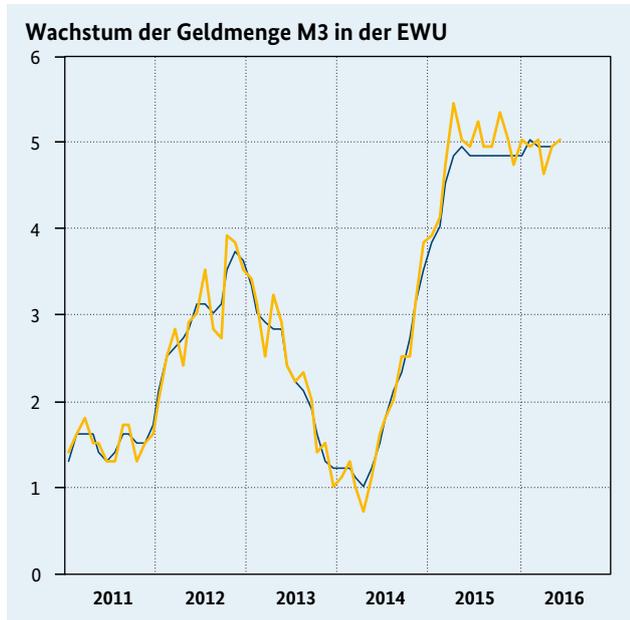
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

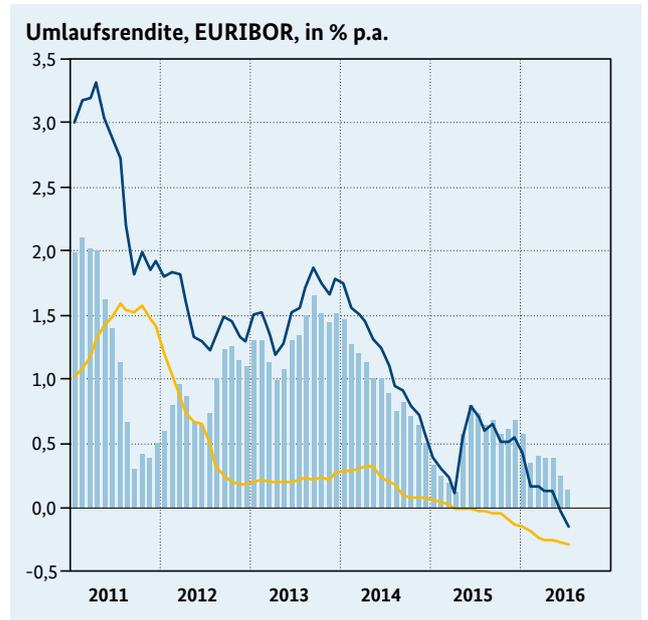
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

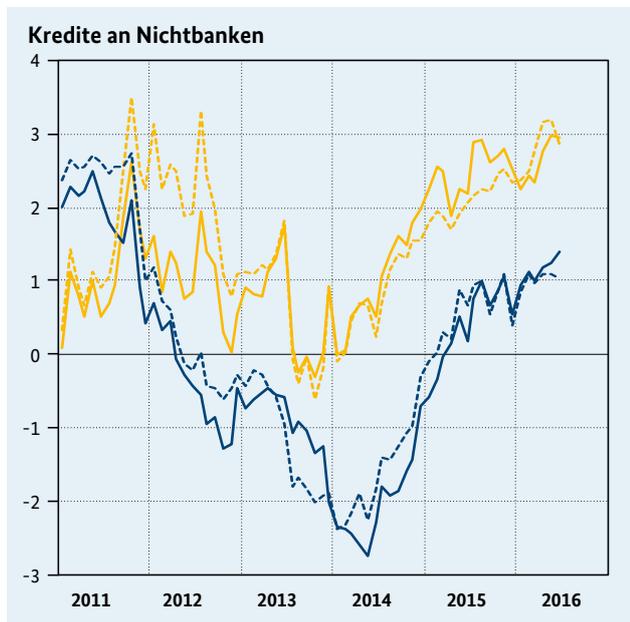
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



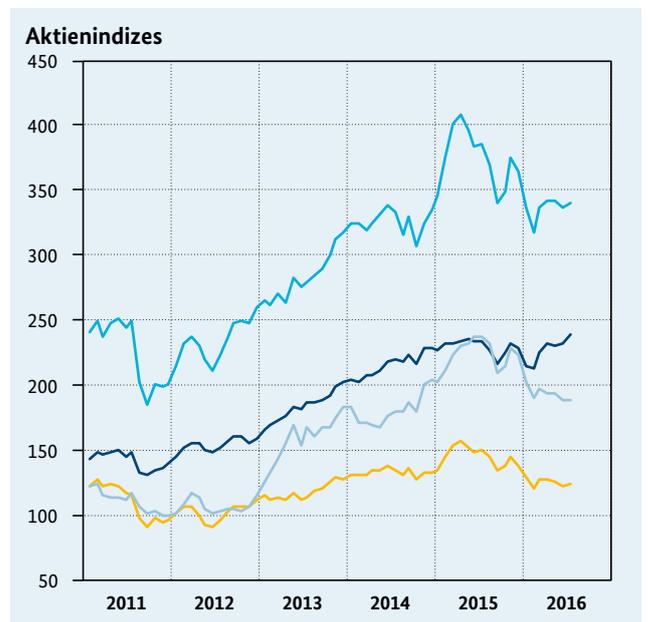
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Christian Storost
(Mit gebündelter Kraft auf in neue Märkte)

Christof Wegner
(Einbindung aufstrebender Exportnationen in internationale Regeln zur Exportfinanzierung)

Dr. Thomas Multhaup
(Für ein umfassendes, integriertes Konzept der Regionalpolitik ab 2020)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
September 2015	<p>Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft Gesundheit – made in Germany Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union „Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig</p>
Oktober 2015	<p>Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017</p>
November 2015	<p>Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015 Gemeinsam die Industrie stärken Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergieausstiegs zu tragen Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!</p>
Dezember 2015	<p>Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen! Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist</p>
Januar 2016	<p>Energieeffizienzstrategie Gebäude Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft Modelle für das Energiesystem der Zukunft 9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung</p>
Februar 2016	<p>Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen Das Klimaschutzabkommen von Paris Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz</p>
März 2016	<p>Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm Energieeffizienz Forschungsprojekt PEGASUS</p>
April 2016	<p>Das Urheberrecht in der digitalisierten Welt Neuer Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Energiewende auf dem Weg eBusiness-Standards – Schlüssel zur Digitalisierung Digitalisierung als Chance begreifen</p>

Ausgabe	Fachartikel
Mai 2016	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung – Stetiges Wachstum dank solider binnenwirtschaftlicher Auftriebskräfte Das Nationale Reformprogramm 2016 Soziales Unternehmertum heute – Unternehmerische Tätigkeit und soziales Engagement verbinden Smarte Netze ermöglichen effizienteren und umweltfreundlicheren Transport Forschungsinitiative UR:BAN – Innovative Fahrerassistenz- und Informationssysteme für die Stadt
Juni 2016	Die Reform des Vergaberechts 2016 Gesundheitswirtschaft: Gesamtdeutscher Wachstumsmotor Bleiben oder Nicht-Bleiben – das ist hier die Frage: Das EU-Referendum im Vereinigten Königreich Wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienz am Start Potenziale für die Wirtschaft: Über den Nutzen von offenen (Geo-)Daten
Juli 2016	Grünes Licht für zügigen Netzausbau 25 Jahre Sanierung der Uranerzbergbau-Gebiete in Sachsen und Thüringen Branchendialog mit der chemischen Industrie
August 2016	Datenschutz für das Digitale Zeitalter – Die EU-Datenschutz-Grundverordnung Abschluss des Europäischen Semesters 2016: Rat der Europäischen Union nimmt neue länderspezifische Empfehlungen an Deutschlands neue Aufsicht über Abschlussprüfer Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des Bundes zur Außenwirtschaftsförderung



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>

